

Asel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtigste Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenabteilung Bonn (02 28) 304-10 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 Bfr.; Frankreich 7,00 F.; Griechenland 150 Dr.; Großbritannien 65 P.; Italien 1500 L.; Jugoslawien 600 Din.; Luxemburg 28,00 Fr.; Niederlande 2,20 fl.; Norwegen 1,50 Nkr.; Österreich 14 S.; Portugal 150 Esc.; Schweden 8,00 Skr.; Schweiz 2,00 Sfr.; Spanien 170 Ptas.; Kanarische Inseln 185 Ptas.; Türkei 70 TL

POLITIK

Asylbewerber: Im Juli haben in der Bundesrepublik fast 10 000 Menschen einen Asylantrag gestellt. Dies waren 2300 mehr als im Juni. Einen solchen Antrag in einem Monat gab es nach den Angaben des Innenministeriums seit 1980 nicht mehr. (S. 8)



„Leitlinie“: Die Sozialdemokraten streben nach den Worten ihres Bundesgeschäftsführers Peter Glotz (Foto) zwar nach der absoluten Mehrheit bei der Bundestagswahl im Januar 1987, er könne allerdings nicht ausschließen, „daß es nicht klappt“. (S. 8)

„Lokomotive“: Die USA erwarten von Bonn keine stärkeren finanzpolitischen Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur. Allerdings müssten „Ungleichgewichte“ in der Weltwirtschaft beseitigt werden, erklärte der amerikanische Botschafter Richard Burt.

Drogen: Moskau hat dem Drogenkonsum den Kampf angesagt. Mit öffentlichen Kampagnen und harten Urteilen. So wurde nach Angaben der Tageszeitung „Sowetskaja Rossija“ eine Krankenschwester wegen Drogenhandels zum Tode verurteilt. (S. 5)

ETA? Die Madrider Botschaften der Bundesrepublik, Großbritannien und Italiens haben Drohbriefe erhalten, in denen Anschläge auf Diplomaten und in Spanien arbeitende Firmen angedroht werden. Ein Diplomat: „Wir müssen das sehr ernst nehmen.“ (S. 5)

Mizoram: Das indische Parlament hat das bisherige Unions-Territorium Mizoram zum gleichberechtigten Unionsstaat erklärt. Seit 20 Jahren hatte dort eine Befreiungsfront für die politische Eigenständigkeit gekämpft.

Abkommen: Die Sowjetunion und Rumänien haben ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit für die Zeit bis 1990 abgeschlossen. Moskau wird künftig für die rumänische Basisindustrie „technischen Beistand“ leisten.

Abgelehnt: Warschau verweigert dem Schriftsteller Lothar Herbst den Reisepaß für eine ärztliche Behandlung in einer Lübecker Augenklinik. Herbst, gegen den ein Verfahren wegen der Verbreitung von Untergrundliteratur läuft, droht zu erblinden.

Rassismus: Israels Parlament hat ein Gesetz gegen Rassismus verabschiedet. Religiöse Gruppen setzen durch, daß Bibelstellen, in denen die Juden als auserwähltes Volk bezeichnet werden, nicht als Diskriminierung von Nichtjuden angesehen werden dürfen.

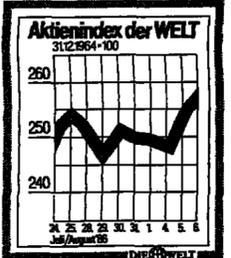
Warnung: Malta hat Libyen nach Angaben von Ministerpräsident Bonnici unmittelbar vor dem US-Angriff am 15. April gewarnt. Die maltesische Luftabwehr entdeckte seinerzeit Flugzeuge auf ihren Radarschirmen, ohne sie allerdings identifizieren zu können.

WIRTSCHAFT

Öl: Die Einigung der Opec-Länder, ihre Produktion vom 1. September an zu drosseln, hat den Markt für Mineralölprodukte belebt. Vor allem Benzin erfährt einen weiteren Auftrieb. Der heftige Wettbewerb in der Bundesrepublik hat bisher Preisrückgänge verhindert. Doch offenbar steht der Abschied vom Benzinpriest unter einer Mark bevor. (S. 9)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern uneinheitlich. Das Geschehen am Rentenmarkt hat sich beruhigt. WELT-Aktienindex 158,82 (255,32). BHF-Rentenindex 107,294 (107,298). BHF-Performance-Index 106,325 (106,300). Dollar:

mittelkurs 2,0828 (2,0983) Mark. Goldpreis je Feinunze 362,40 (358,50) Dollar.



KULTUR

Sehnsüchter: „Abel mit der Mundharmonika“ (Foto) war eines seiner bekanntesten Bücher. Man-



ABEL MIT DER MUNDHARMONIKA
Manfred Hausmann, jetzt im Alter von 87 Jahren gestorben, ließ in seinem Werk die Sehnsucht nach glücklichen Ordnungen wie die selbst erlittene Wiederbegegnung mit der Bibel widerspiegeln. Er durchwanderte Deutschland und unternahm weite Reisen. (S. 17)

fred Hausmann, jetzt im Alter von 87 Jahren gestorben, ließ in seinem Werk die Sehnsucht nach glücklichen Ordnungen wie die selbst erlittene Wiederbegegnung mit der Bibel widerspiegeln. Er durchwanderte Deutschland und unternahm weite Reisen. (S. 17)

Arrangeme: Unzählige sind die Beispiele bearbeiteter Vorlagen bis hin zu Johann Sebastian Bach. Die Arrangeme wollen nicht länger als Komponisten zweiter Wahl gelten. Die Definition: Das Arrangement ist „eine nach musikalischer Vorlage tonsetzerisch geschaffene Arbeit und als persönliche geistige Schöpfung urheberrechtlich geschützt“. (S. 17)

SPORT

Tennis: Boris Becker steht in der zweiten Runde des Turniers von Stratton Mountain. Er besiegte den Amerikaner Shultz 6:4, 7:6. John McEnroe feierte nach sieben Monaten Pause Comeback. (S. 6)

Leichtathletik: Claudia Losch, Olympiasiegerin im Kugelstoßen, hat mit 20,88 m die zweitbeste Weite in ihrer Laufbahn erreicht. Dennoch gibt es um sie und ihren Trainer im Verband Ärger. (S. 6)

AUS ALLER WELT

Synagoge: Der Ostteil Berlins fügt Stein auf Stein die preußische Vergangenheit der alten Reichshauptstadt zusammen - unter sozialistischen Vorzeichen. Jetzt beschloß das Politbüro der SED, Deutschlands ehemals größte Synagoge originalgetreu wieder zu errichten. In maurischem Stil, Raum für 3000 Gläubiger bietet, so, wie vor 120 Jahren von König Wilhelm I. eingeweiht. (S. 18)

die Verluste der Landwirtschaft werden derzeit auf 2,5 Milliarden Dollar geschätzt. (S. 18)



Schäden: Die Hitze läßt nach, das Ausmaß der Schäden aber wird immer deutlicher. Amerikas Süden ist von der Hitze wellenartig getroffen worden. Die Böden vertrockneten (Foto), Vieh mußte notgeschlachtet werden. Allein

Leserbriefe und Personalien
Umwelt - Forschung - Technik
Fernsehen
Wetter: Warm und Gewitter

Seite 5
Seite 6
Seite 16
Seite 18

Südafrikas Nachbarn drohen der Regierung in London

Pretoria nennt Sanktionsbeschluß des Commonwealth „hysterische Hetzjagd“

—/DW, Johannesburg

Die Weigerung der britischen Premierministerin Thatcher, die von mehreren Commonwealth-Staaten beschlossenen Sanktionen gegen Pretoria mitzutragen, droht sich nun gegen London selbst zu wenden.

Die sogenannten Frontstaaten im südlichen Afrika haben nach Angaben aus Diplomatenspielen die Einberufung einer Gipfelkonferenz beschlossen, auf der über Vergeltungsmaßnahmen gegen Großbritannien beraten werden soll. Erwogen werden Maßnahmen gegen die Interessen Londons in Angola, Botswana, Mozambique, Tansania, Sambia und Zimbabwe.

Die südafrikanische Regierung hat den Sanktionsbeschluß des Commonwealth mit Verständnislosigkeit aufgenommen und Gegenmaßnahmen angekündigt. Außenminister Roelof Botha erklärte auf einer Pressekonferenz in Pretoria, die Regierung werde mit Handelsmissionen für die Nachbarstaaten antworten.

Es sei an strengere Grenzkontrollen, Importlizenzen und eine Abgabe

für aller Güter gedacht, die Südafrika passieren.

Der Außenminister bezeichnete die beschlossenen Sanktionen gegen sein Land als „hysterische Hetzjagd“ und beschuldigte die Länder des Commonwealth, nach einem „geheimen Zeitplan“ für die Zukunft Südafrikas vorzugehen. Anders seien die jeweiligen Reaktionen auf Reform-Schritte

Südafrikas nicht zu erklären. „Je mehr Reformen wir einleiten, desto unerbittlicher werden wir gestraft“, sagte Botha. „Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß es ganz gleichgültig ist, welche Reformen wir einleiten. Es ist im Grunde egal, was wir tun - es sei denn, wir beugen uns denen, die zur Gewalt aufrufen.“

Botha betonte, seine Regierung habe sich zu dem Reformkurs verpflichtet, doch lasse sie sich diesen Weg nicht von ausländischen Kräften vorschreiben, weder von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) noch vom Commonwealth, dessen Mitglieder teilweise „tyrannische Regierungen“ hätten.

Die USA wollen ihr Vorgehen gegen Südafrika offenbar nicht mit den Commonwealth-Staaten koordinieren. Dies schloßen Beobachter aus den Äußerungen des Sprechers des amerikanischen Außenministeriums, Charles Redman, zu dem Sanktionsbeschluß von London. „Wir wollen weiterhin mit den führenden Industrienationen zusammenarbeiten, um eine gemeinsame Haltung zu erreichen“, sagte Redman.

Handelspartner

Die Republik Südafrika ist der wichtigste Handelspartner für die deutsche Wirtschaft auf dem afrikanischen Kontinent. Vor allem im Rohstoffhandel haben die Südafrikaner eine führende Stellung. So waren sie 1985 wichtigster Lieferant für Mangan, Chrom und Kobalt. Auch als Abnehmerland hat Südafrika für den deutschen Export die größte Bedeutung auf dem Kontinent. Im vergangenen Jahr kaufte es Waren im Wert von rund fünf Milliarden Mark.

Seite 16: Rohstofflieferant

Auch „Columbia“ stand vor Katastrophe

„Challenger“-Kommission: Zu wenig Treibstoff / War Übermüdung des Personals die Ursache?

FRITZ WIRTH, Washington
Nur 22 Tage vor der Explosion von „Challenger“ ist die amerikanische Raumfähre „Columbia“ einem Unglück im Weltall entgangen. „Columbia“ war vereinfacht mit zu wenig flüssigem Treibstoff aufgeladen worden. Der Fehler wurde 31 Sekunden vor dem Start entdeckt. Der Start wurde gestoppt.

Das geht einem zusätzlichen Untersuchungsbericht der Rogers-Kommission hervor, die in den vergangenen Monaten die Ursache der Challenger-Katastrophe untersucht hat. Die Folgen dieses Fehlers wären vermutlich nicht so katastrophal gewesen wie beim folgenden Challenger-Unglück. Die Raumfähre „Columbia“ hätte wahrscheinlich nicht ihre vorgesehene Umlaufbahn erreicht und entweder in Dakar im Senegal oder in Kalifornien notlanden müssen. An Bord der „Columbia“ hatte sich seinerzeit der demokratische Abgeordnete im Repräsentantenhaus, Bill Nelson, befunden.

Der Bericht macht für den Mangel

an Treibstoff in der Rakete „menschliches Versagen“ des zuständigen Ingenieurs beim Auftanken verantwortlich, der vereinfacht einen falschen Knopf bediente. Ursachen dieses Versagens sei jedoch Überarbeitung und Übermüdung gewesen. Der Mann habe bereits drei Nachtschichten von je zwölf Stunden Dauer hinter sich gehabt und sei am fraglichen Tag bereits elf Stunden im Dienst gewesen.

Der Bericht stellt ferner fest, daß die Überbeanspruchung des Personals sowohl in Cape Canaveral wie auch in jenen Betrieben, die die Antriebsaggregate für die Raumfähren bauten, chronische Formen angenommen hatte. Zahlreiche Ingenieure hätten im Januar dieses Jahres, dem Monat, in dem auch die Challenger-Fähre explodierte, bis zu 96 Wochenstunden gearbeitet. Die Männer, die in der Nacht vor dem Challenger-Unglück die umstrittene Entscheidung zum Start der Fähre fällten, hätten vor dieser Entscheidung nur ein Minimum an Schlaf gehabt.

Die gestern veröffentlichten Do-

kumente der Rogers-Kommission enthalten außerdem Fotos, aus denen hervorgeht, daß die Flugkabinen der Challenger-Fähre die Explosion im All intakt überstand und erst beim Aufprall auf dem Wasser zerstört wurde. Die Kommission schließt nicht aus, daß die sieben Astronauten in dieser Kapsel die Katastrophe bis zu diesem Aufprall auf dem Wasser lebend überstanden haben.

Inzwischen kämpft der neue NASA-Chef James Fletcher einen verzweifelten Kampf um die Zukunft seiner Behörde. In einer Anhörung vor dem Senat erklärte er, daß das vorgesehene Budget von 7,7 Milliarden Dollar für sein Raumfahrtprogramm absolut unzureichend sei. Zugleich forderte er, die verunglückte Fähre durch einen Neubau zu ersetzen. Ohne diese vier Forderungen sei der bis 1994 geplante Bau einer Weltraumstation nicht möglich. Die endgültige Entscheidung über den Bau einer vierten Raumfähre wird in den nächsten Tagen durch Präsident Reagan fallen.

Barzel warnt: In Moskau keine Wende

Auf Distanz zu Bonner Einschätzungen der Genscher-Mission / Beitrag für die WELT

lor, Bonn

Der ehemalige Bundestagspräsident und frühere CDU-Vorsitzende Rainer Barzel „sieht keine prinzipielle Wende der Moskauer Westpolitik“. Damit tritt er der Einschätzung des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe, entgegen, der kürzlich erklärt hatte, mit dem Abkommen über technologisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit habe die sowjetische Führung „die Normalisierung“ ihres Verhältnisses zur Bundesregierung vollzogen und die Politik der „Selbstfesselung“ aufgegeben. In einem Beitrag für die „WELT“ schreibt Barzel: „Die Weltmächte bemühen sich um Fortschritte in der Abrüstung, klammern aber die Spannungsursachen aus. In Berlin ist von weltpolitischem Tauwetter nichts zu spüren.“

Die Asylanten-Frage und das Bemühen, aus der Demarkationslinie in Berlin eine völkerrechtliche Grenze zu machen, stünden ebenso wie Vorgänge im internationalen Sportverkehr zum Beweis für diese Beurteilung. Barzel: „Ich sehe keine prinzipielle Wende der Moskauer Westpolitik. Im Verlauf der Visite unseres Außenministers wurde das deutlich.“ Nun „rede“ man von einer „neuen deutschen Politik“, sich zwischen den Blöcken anzusiedeln. Barzel: „Ich würde davor warnen, zwischen allen Stühlen landen. Bismarck hatte es mit Rußland zu tun, wir mit der Sowjetunion.“

Es gehe um die Zusammengehörigkeit mit Berlin - „nicht um die

in Berlin sowie in der Außenvertretung Berlins ihren Ausdruck, erinnert Barzel, der unter Kohl auch Minister für innerdeutsche Beziehungen war. „So gesehen kann von Moskauer Nachgeben hinsichtlich des Technologievertrages nicht gesprochen werden.“

Die westliche Ost-Politik gerate auf die abschüssige Bahn, „wenn sie Entspannung allein auf militärische Abrüstung einsetzt“. Nach dem Harnel-Bericht der NATO bedeute Entspannung, die grundlegenden politischen Fragen zu lösen. „Seit die westliche Ost-Politik hierzu schweigt, redet die östliche West-Politik von der Lösung politischer Fragen als Basis der Entspannung - Lösung in ihrem Sinne.“ „Die Moskauer“ drängten auf „zunehmendes Bonner Wohlverhalten im Sinne ihrer politischen Forderungen und auf entsprechenden Bonner Einfluß im Bündnis“. So passiere das Gegenteil von dem, was das Bündnis als richtig erkannt habe. „Die Moskauer haben den Spieß umgedreht.“

Der Lehrling soll Karriere machen

HANS BAUMANN, Essen

Mit großer zeitlicher Verzögerung folgt nun die Ausbildung von Lehrlingen in der Bundesrepublik Deutschland der dritten industriellen Revolution. Eine neue Ausbildungsordnung, um die in den mit Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Lehrern paritätisch besetzten Ausschüssen seit 1969 gerungen wird, soll im Herbst 1987 in Kraft treten.

Diese neue Ordnung bündelt die bisher 42 Berufe der gewerblichen Wirtschaft zu sechs neuen Ausbildungsberufen mit nur noch 16 Fachrichtungen. Das Angebot an die Jugendlichen wird damit breiter, aber auch anspruchsvoller. Der künftige Industriemechaniker zum Beispiel vereint die bisherigen Sprengel der Bauschlosser, Blechschnitser, Maschinenschlosser und Betriebschlosser. Eine Perspektive macht deutlich, wozu die neue Ausbildungsordnung zielt: Metallberufe ohne Elektronik sind morgen nicht mehr denkbar -

der deutsche Lehrling wird darum angehalten, Karriere zu machen. Um die Berufsleiter nach oben so offen wie möglich zu halten, wird es ab 1987 keine in sich geschlossenen Ausbildungsstufen mehr geben. Hinzu kommt, daß die Lehrzeit generell von drei Jahren auf dreieinhalb Jahre ausgeweitet wird.

Dennoch können den Lehrlingen damit noch lange nicht mehr Ausbildungsstellen angeboten werden. Durch gesetzliche und tarifvertragliche Regelungen wurde die betriebliche Ausbildung der Jugendlichen bisher immer weiter reduziert. Standen dafür 1950 bei dreijähriger Lehre noch 6000 Stunden zur Verfügung, so sind es durch Arbeitszeitverkürzung, längeren Urlaub und Vergrößerung des schulischen Angebotes heute weniger als 4000. Die vorgesehene Verlängerung der Lehrzeit auf dreieinhalb Jahre kann hier nur für einen geringen Ausgleich sorgen.

Mit der Anwendung der neuen Ausbildungsverordnung dürfte die

Diskussion um die berufliche Bildung der Jugend nicht verstummen. Noch bis Anfang der neunziger Jahre drückt der „Geburtenberg“ auf den Arbeitsmarkt. Dabei ist abzusehen, daß die dritte industrielle Revolution den Arbeitsmarkt auf Trab hält, weil nichts so sehr gefragt sein wird, wie ein hohes Maß an Qualifikation.

Der Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Essen, Rolf Speckmann, hat diesen Qualifikationswandel in Zahlen gefaßt: 1980 kamen im Revier auf einen Abiturienten zwei Hauptschüler, 1986 stehen einem Abiturienten 0,8 Hauptschüler gegenüber. Dieses Verhältnis verbessert sich voraussichtlich im Sinne einer kräftig zunehmenden Qualifikation bis 1988 auf 1 : 0,67. Die Bildungsexplosion in einer anderen Zahl: Heute studieren 1,2 Millionen Jugendliche, 1,7 Millionen stehen in einer betrieblichen Ausbildung. 1990 aber werden 1,5 Millionen studieren und nur noch 900 000 in den Betrieben geschult.

DER KOMMENTAR

Menschliche Tragödie

FRITZ WIRTH

Wenn jemand eine Reise tut, schaut er nach, ob genug Benzin im Tank ist. Für einen technischen Laien ist dies das Minimum an Aufmerksamkeit, das er beispielsweise seinem Auto zuwenden lassen kann. Wenn der Mensch jedoch die komplizierteste Maschine der Welt baut, um damit ins All zu fliegen und dann vergißt, ihr genug Treibstoff mit zu geben, bekommt das, was wir heute so anspruchsvoll mit dem Kürzel „High Tech“ versehen, chaplineske Züge. Stoff für eine Neuinszenierung von „Modern times“.

Nur um Haaresbreite, so erfahren wir nun, entging die Raumfähre „Columbia“ am 6. Januar dieses Jahres, drei Wochen vor der „Challenger“-Katastrophe, einer so banalen möglichen Katastrophensache. 31 Sekunden vor dem Start wurde das Treibstoffdefizit entdeckt und Schlimmeres verhindert.

Diese jüngste Enthüllung, wie auch die Katastrophen-Analyse von „Challenger“ zeigen: in diesen hochkomplizierten technischen Operationen ist der Mensch zum schwächsten und unzuver-

lässigsten Glied geworden. Man hat in den vergangenen Monaten in Cape Canaveral das technologische System dieser Raumfähren in die Einzelteile zerlegt. Man hat - abgesehen von einigen Topmanagern - jene, die das System bedienen, bisher von dieser Überprüfung ausgeschlossen. Diese Männer, so wird nun gesagt, waren physisch überfordert und übermüdet. Sie waren es auch psychisch, denn sie waren übermüdet vom Erfolg. Hier war nach Dutzenden gelungener Operationen das technische Abenteuer zur Routine geworden.

Die Nasa war zum Symbol menschlichen Fortschritts geworden. Die Demontage dieses Symbols wird von Tag zu Tag schmerzhafter. Ebenso werden es die Erinnerungen an die „Challenger“. Denn je mehr Einzelheiten über System und Arbeitsweise dieses Unternehmens bekannt werden, desto deutlicher wird es, daß die Katastrophe vermeidbar war. Es fällt schwer, es nur als ein Versagen von „High Tech“ zu begreifen. Es ist menschliche Tragödie, sowohl für die Opfer im All als auch für jene am Boden.

Knappes Votum für SDI-Budget

DW, Washington

Der US-Senat hat mit nur einer Stimme Mehrheit eine weitere Kürzung der Mittel für die Strategische Verteidigungs-Initiative für eine Raketenabwehr im Weltraum (SDI) auf 3,56 beziehungsweise 3,24 Milliarden Dollar für 1987 abgelehnt. US-Präsident Ronald Reagan hatte 5,3 Milliarden Dollar beantragt; dieser Betrag war im Militärausschuß des Senats auf 3,9 Milliarden Dollar reduziert worden. Das Repräsentantenhaus will in dieser Woche über eine weitere Kürzung der SDI-Gelder abstimmen.

Kreml-Kritik an Reaktorarbeiten

DW, Moskau

Der sowjetischen Führung geht die Verriegelung des zerstörten vierten Reaktorblocks in Tschernobyl nicht schnell genug voran. In der Moskauer Parteizeitung „Pravda“ wurde kritisiert, daß es an Zement mangle und die Arbeiten an den Mauern, die den Meißer umschließen sollen, zu langsam Fortschritte machten. Bevor der vierte Reaktor nicht eingeschlossen sei, könnten auch der erste und der zweite Block den Betrieb nicht wiederaufnehmen.

936-Mark-Gesetz wird erweitert

DW, Bonn

Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf zur Erweiterung des 936-Mark-Gesetzes verabschiedet. Der Lohnsteuerfreibetrag soll von 300 auf 500 Mark erhöht werden. Die Einkommensgrenzen für Sparzulagen werden nicht verändert. Erstmals soll auch die indirekte außerbetriebliche Beteiligung an nicht börsennotierten Unternehmen über Kapitalanlagegesellschaften ermöglicht werden. Der Staat verliert dadurch im ersten Jahr rund 70 Millionen Mark an Steuern.

Die Sowjets steigern ihre Ausgaben für die Rüstung

Kreml setzt verstärkt Technologie aus dem Westen ein

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Nach jüngsten Analysen westlicher Experten sind die ohnehin hohen sowjetischen Militärausgaben im vergangenen Jahr noch einmal drastisch gestiegen. Informierte westliche Stellen in Brüssel berichteten, es müsse jetzt davon ausgegangen werden, daß Moskau 1985 zum ersten Mal 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für seine Streitkräfte ausgegeben habe. Das wäre nahezu das dreifache der amerikanischen Aufwendungen, die 8,5 Prozent ausmachen.

Nach westlichen Schätzungen lagen die sowjetischen Militärausgaben bis dahin bei 12 bis 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der neue Schub bei den Aufwendungen für die sowjetische Rüstung habe 1982 begonnen und halte an. Seit 1983 sei der sowjetische Verteidigungshaushalt Jahr für Jahr gewachsen. Die durchschnittliche Steigerungsrate - berechnet nach dem Zeitraum der vergangenen 15 Jahre - liege bei 8,5 Prozent.

In die Analyse nicht einbezogen waren sowjetische Ausgaben für die

Pastoren-Protest in Brokdorf

DW, Brokdorf

Rund 100 Kernkraftgegner haben gestern morgen ungeachtet einer Mahnung des norddeutschen evangelischen Bischofs Ulrich Wilckens eine Sitzblockade vor dem Atomkraftwerk Brokdorf begonnen. Aufgerufen zu der Aktion hatte unter anderem eine Gruppe evangelischer Pastoren und Laien der Norddeutschen Kirche unter dem Namen „Solidarische Kirche“. Ihr Sprecher, der Hamburger Pastor Hans-Jürgen Benedict, wurde mehrmals von der Polizei weggetragen.

Fahndung nach Lkw am Saarufer

DW, Saarbrücken

Im Zusammenhang mit dem Fischersterben in der Saar werden Zeugen gesucht, die am 25. Juli einen Lastwagen im Mündungsbereich der Prims in die Saar bis hinab zur Staustufe Rehlingen beim Abblenden von Fässern beobachtet haben. Es scheinen Hinweise vorzuliegen, daß das Zyanidabwasser auf diese Weise in den Fluß gelangt ist. Gesucht werden auch Unternehmen, die Zyanid-Abfälle zur Entsorgung abgegeben haben. Seiten 2 und 8: Weitere Beiträge

Die Flucht war „getürkt“

AP, Berlin

Der 48jährige Ostberliner Heinz Braun hat gestern vor der Berliner Kriminalpolizei gestanden, daß er die „sensationale Flucht“ von Ost nach West vor einer Woche in einer Sowjetuniform frei erfunden habe. Justizsprecher Volker Käthe sagte, Braun habe während seiner Vernehmung am Vormittag „den ganzen Schwindel“ zugegeben. Als Motiv habe er angegeben, auf den 25. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer aufmerksam machen zu wollen.

Die Sowjets steigern ihre Ausgaben für die Rüstung

Kreml setzt verstärkt Technologie aus dem Westen ein

nach Ansicht von NATO-Experten eine strategische Dimension besitzt, so wie Aufwendungen für den Unterhalt von Militärpersonal nach dessen Ausscheiden aus dem Dienst.

Ein wesentlicher Teil der sowjetischen Rüstungsausgaben sei der qualitativen Verbesserung von Waffensystemen zugeflossen. Auffallend sei nach einer anderen Analyse westlicher „Intelligence“-Experten, daß immer mehr sowjetische Waffensysteme von modernster westlicher Technologie profitierten. Nach dieser Darstellung untersuchten die Sowjets selbst harmlos erscheinende westliche Technologie auf ihre militärische Verwendbarkeit. Gegenwärtig sei die Sowjetunion bemüht, für schätzungsweise 5000 militärische Forschungs- und Entwicklungsvorhaben Technologie legal oder illegal aus dem Westen zu beschaffen. Schwerpunkte des sowjetischen Ausspähsens seien die USA, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Japan, Schweden, die Schweiz, Südafrika und Spanien. (SAD)

Lächerliches

Von Hans-Jürgen Mahnke

George Shultz, der amerikanische Außenminister, hat recht: Die Sowjets können sich vor Lachen schüttern, daß sie US-Gehreide zu einem Preis erhalten, von dem die Hausfrau in New York oder Washington nur träumen kann.

Die Amerikaner lassen ihren BICEPs spielen. Mit diesem Exportförderungsprogramm jagen sie den Europäern Märkte ab, die diese dank ihrer gewaltigen Ausfuhr-Subventionen in den vergangenen Jahren erobert haben.

Totales Chaos nennt ein deutscher Händler die Situation auf den Märkten. Denn die Regierungen mit ihren Subventionen bestimmen, wie sich die Warenströme entwickeln. Dabei legen die Europäer auf die Tonne Weizen rund achtmal soviel drauf wie die Amerikaner.

Ein Ende des Subventionswettkampfs ist nicht in Sicht. Bei den Vorbereitungen für eine neue Liberalisierungsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) konnte sich die EG jetzt nicht zur Unterstützung eines Vorschlags durchringen, in dem lediglich ein Überdenken der Exportsubventionen angeregt wurde.

Man könnte sich über den Unsinn des staatlichen Interventionismus mokieren, der sich zudem immer stärker ausbreitet. Aber die Zeche bleibt beim Steuerzahler hängen, und die ist nicht zum Lachen.

Leinens Serie

Von Dankwart Guratzsch

Wenn der saarländische Landtag morgen zu einer Sonder-sitzung zusammentritt, um die skandalösen Fehlentscheidungen und Versäumnisse in Zusammenhang mit der größten Umweltschadung an der Saar zu klären, dann wird er nicht umhinkönnen, auch die Rolle des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine zu untersuchen.

„Das Fischsterben wäre niemals aufzuhalten gewesen, nachdem das schnell wirkende Atemgift Zyanid erst einmal im Fluß war“, erklärte der Ministerpräsident. Aber wann war es im Fluß? Die Wahrheit ist, daß die Leinen unterstellten Behörden zwei volle Tage lang nicht nur „wertvolle Zeit verspielten“ (Lafontaine), sondern überhaupt kein Interesse zeigten, die Art und Menge des Giftes festzustellen.

Lafontaine hat angekündigt, er werde Leinen erst nach einer „Serie“ von Fehlentscheidungen entlassen. Entweder wollte er damit verschlüsselt bereits das politische Todesurteil für den Minister aussprechen, oder er hat in den letzten Tagen keine Zeitung gelesen.

Der Fisch beginnt am Kopf zu stinken - das alte Sprichwort beweist an der Saar in diesen Tagen seine makabre, doppelsinnige Aktualität. Die dringend notwendige politische Hygiene gebietet, daß sich die Politiker nicht die Maßstäbe jenes „Hygiene-Instituts“ zu eigen machen, das die Verwischung der Spuren jener Fischskandale zu verantworten hat.

Des Bürgers Sicherheit

Von Uwe Bahnsen

Meinungsumfragen in Bund und Ländern attestieren den Sozialdemokraten immer wieder, daß die Bürger die innere Sicherheit bei der SPD nicht so gut aufgehoben glauben wie bei den Christdemokraten. In Hamburg hat der Senat soeben ein höchst instruktives Exempel dafür abgeliefert, daß diese Einschätzung nicht unbegründet ist.

Es war schon schlimm genug, daß der Fall des Berufskiller Werner Pinzner klaffende Defizite im Justiz- und Sicherheitsapparat der Hansestadt offengelegt hat - die Bezeichnung Skandal ist dafür durchaus angemessen. Kaum anders zu charakterisieren ist aber die politische Nonchalance, mit der die sozialdemokratische Landesregierung diesen Fall bislang behandelt hat - durch schlechte Nichtbefassung. Es mag ja sein, daß die Spitzengonossen um Dohnanyi glauben, der Fall Pinzner werde sich politisch durch Aussetzen bewältigen lassen.

Anzunehmen ist eher, daß diese Wähler sich erinnern werden - und zwar an die internen Turbulenzen, in die Dohnanyis Senat geriet, als die Polizei am 8. Juni durch die Bildung des „Hamburger Kessels“ Chaoten darin hinderte, marodierend durch die Stadt zu ziehen, wobei die Polizei auch friedliche Demonstranten für mehrere Stunden ihrer Bewegungsfreiheit beraubte. Da dauerten Krisen- und Sonder-sitzungen bis in die Nächte, und schließlich entschuldigte sich der Senat öffentlich bei den Kernkraftgegnern, die in den Kessel geraten, dabei allerdings nicht zu Schaden gekommen waren.

Der Fall Pinzner aber, das von einem Berufskiller im Sicherheitsstrakt des Polizeipräsidiums wahrscheinlich unter Kokain-einfluß angerichtete Blutbad, dem auch ein Staatsanwalt zum Opfer fiel - dieser beispiellose Vorgang erschien am Dienstag nicht einmal auf der „sommerlichen Tagesordnung“ des Senats. Er wurde infolgedessen auch nicht behandelt. „Zu gegebener Zeit“, so ließ Dohnanyi erklären, werde er seine Konsequenzen ziehen. Deutlicher kann ein Politiker nicht sagen, was er vom berechtigten Sicherheitsbedürfnis des Bürgers hält.



„Mir wächst ein Kornfeld auf der flachen Hand!“

KLAUS BÖHLE

Kollegen, Zensuren erteilend

Von Henning Frank

Ist die Parteipendenzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts ein Fehlurteil? Grünen-Anwalt Otto Schily, aber auch sozialdemokratische Politiker wie der finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Spöri, versuchen das der Öffentlichkeit zu suggerieren. Abgesehen davon, daß sie dabei von einem großen Teil der veröffentlichten Meinung unterstützt werden, berufen sie sich in erster Linie auf zwei Mitglieder des Staatsgerichtshofens des Karlsruher Zwillingsgerichts.

Die beiden Verfassungsrichter haben sich nicht damit begnügt, darin ihre abweichende Meinung zum Parteipendenzurteil zu begründen. Sie erteilen vielmehr ihren sechs Senatskollegen regelrechte Zensuren. Böckenförde und Mahrenholz, die beide der SPD angehören, schreiben ihnen ins Stammbuch, daß die in der Entscheidung für die steuerliche Abzugsfähigkeit von Parteipendenz festgelegte Obergrenze von 100 000 D-Mark außerhalb jeder Rechtfertigungsmöglichkeit liege. Außerdem merken sie kritisch an, daß das von der Senatsmehrheit gefällte Urteil angeblich den Weg zu einer steuerbegünstigten Millionenspende an politische Parteien eröffne.

So hart waren bisher nur die verstorbenen Bundesverfassungsrichter Wiltraud Rupp von Brünneck und ihr Kollege Helmut Simon in ihrem Sondervotum zum Paragraph-218-Entscheidungs im Jahre 1975 mit den fünf Richtern des Grundrechtssenats ins Gericht gegangen. Es war allerdings nicht nur die Härte dieses ersten Urteilschrittes in einem Sondervotum des Bundesverfassungsgerichts, die das damalige Mitglied des Ersten Senats, Karl Haager, davon abhielt, sich ihr anzuschließen, obwohl er wie Frau Rupp von Brünneck und Helmut Simon - gegen die Entscheidung der Senatsmehrheit gestimmt hatte. Mit anderen Richtern des Bundesverfassungsgerichts hatte er sich Ende der sechziger Jahre gegen die vor allem vom Deutschen Juristentag empfohlene Bekanntgabe der abweichenden Meinung der überstimmten Gerichtsmitglieder ausgesprochen.

Karl Haager und die anderen Gegner des Sondervotums sahen sich in ihrer Haltung durch die Praxis des schließlich Ende 1970 eingeführten Sondervotums bestätigt. Die Erwartungen, die an sie geknüpft worden waren, wurden nicht erfüllt. Durch die Sondervoten wurde weder ein „wesentlicher Beitrag zur Fortentwicklung des Verfassungsrechts“ geleistet noch die „Autorität des Bundesverfassungsgerichts und seiner Entscheidungen“ gestärkt. Auch die „Qualität der Entscheidungen“ wurde durch die Sondervoten nicht gefördert. Im Gegenteil: Eine der großen Richterpersönlichkeiten des Bundesverfassungsgerichts, Professor Hans-Joachim Fallert, stellte bei seiner Verabschiedung im Juli 1983 fest, daß die Möglichkeit, ihre Meinungen unabhängig vom Senat äußern zu können, manche Richter verleide, den Prozeß der Entscheidungsfindung zu früh abzubrechen: „Wird die Chance, Andersmeinende doch noch zu überzeugen zu können, nicht voll wahrgenommen, so kann dies der Entscheidungsfindung abträglich sein.“

Auch wenn die Mitglieder des 1. Senats, dem Fallert fast zwölf Jahre angehörte, bisher von der Möglichkeit des Sondervotums weit aus-

sparamer Gebrauch gemacht haben als ihre Kollegen vom Zweiten Senat, so hatte er trotzdem Grund genug zur Warnung. Denn es waren zwei seiner Senatskollegen, die durch ihre Sondervoten alles andere als einen Beitrag zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens leisteten. Wiltraud Rupp von Brünneck und Helmut Simon heizten durch die Veröffentlichung ihrer abweichenden Meinung zum Paragraph-218-Urteil und anderen Entscheidungen sogar die Diskussion im politischen Bereich noch an.

Diesem Beispiel folgte im Zweiten Senat vor allem Martin Hirsch, der in den siebziger Jahren zu fast allen politisch brisanten Entscheidungen des Staatsgerichtshofens kritische Anmerkungen gemacht hat. Diese aber wurden nicht selten als Aufforderung zur Mißachtung von Verfassungsgerichts-urteilen verstanden. Zwar ist kein Verfassungsrichter vor einem solchen Mißbrauch eines Sondervotums gefeit; die abweichenden Meinungen von Martin Hirsch eignen sich aber sowohl in ihrer Form als auch in ihrer Zahl dazu besonders. Auch viele Jahre nach seinem Ausscheiden aus dem Verfassungsgericht liegt er mit einundzwanzig Sondervoten noch immer einsam an der Spitze, gefolgt von dem früheren Vizepräsidenten Walter Seuffert, der bis 1975 Vorsitzender des Zweiten Senats war und „lediglich“ sechzehnmal abweichende Meinungen veröffentlichte.

Im Gegensatz zu ihm haben sich die anderen Vorsitzenden der Senate die Mahnung ihres Richterkollegen Hans Fallert zu Herzen genommen, von Sondervoten nur in Ausnahmefällen Gebrauch zu machen. Während Expräsident Ernst Benda und sein Amtsnachfolger Wolfgang Zeidler nur ein einziges Mal eine abweichende Meinung veröffentlicht haben, hat der derzeitige Vizepräsident und künftige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Roman Herzog, bisher überhaupt darauf verzichtet. Nach den spektakulären Sondervoten des neuen Gespanns Böckenförde-Mahrenholz in den letzten Monaten besteht allerdings wenig Hoffnung, daß die Enthaltensamkeit Herzogs im Bundesverfassungsgericht Schule macht.



Sondervotum statt Überzeugungsarbeit? Professor Hans-Joachim Fallert

Sanktionen kämen einige Sanktionäre teuer

Wer würde eine Luftbrücke finanzieren? / Von Reiner Gatermann

Niemand könne mit Gewißheit sagen, ob gegen Südafrika verhängte Sanktionen tatsächlich in dem Apartheid-Staat die gewünschte Wende bringe, und zwar ohne größere Gewalt und totalen Umsturz. Es sei jedoch moralische Pflicht, Pretoria unter Druck zu setzen. Dieser wiederum könne eben nur über wirtschaftliche Auflagen erfolgen. „Umfassende und verbindliche“ Sanktionen könnten den Prozeß der Umwandlung aller Wahrscheinlichkeit nach verkürzen und somit die - mögliche - Gewaltanwendung auf eine relativ kurze Phase beschränken.

So sieht Malcolm Fraser die Lage. Der frühere konservative australische Ex-Premier ist Vize-Präsident der „Eminent Persons Group“ des Commonwealth, die nach einer Südafrika-Lösung suchen sollte, ihre Mission jedoch als gescheitert betrachten mußte und daraus den Schluß zog, daß nur noch harte Boykotts helfen könnten. Nun folgte die Mini-Commonwealth-Konferenz in London, mit Ausnahme der Britin Margaret Thatcher, dieser Vorstellung und beschloß elf Maßnahmen. Commonwealth-Generalsekretär Ramphal soll das Programm der gesamten Völkerfamilie bekanntmachen und „die Maßnahmen koordinieren“. Aber Commonwealth-Beschlüsse sind für dessen Mitglieder keineswegs bindend, und selbst die Unterzeichner des Londoner Kommuniqués, die Regierungschefs von Australien, den Bahamas, Kanada, Indien, Sambia und Zimbabwe (sowie Großbritannien, das sich dem Boykott-Programm nicht anschließt), haben sich ein Schlupfloch gelassen. Ramphal soll nicht nur koordinieren, sondern „notwendige Korrekturen identifizieren, die aufgrund der Auswirkungen der Maßnahmen auf Commonwealth-Länder erforderlich“ werden.

Diese dürfte es schon bald bei den Frontstaaten geben, die wirtschaftlich entweder vom Güteraus-tausch mit Südafrika oder dessen Transportnetz abhängig sind. Drei Frontstaaten, Botswana, Lesotho und Swaziland, sämtlich Common-

wealth-Mitglieder, sind strikte Gegner von Sanktionen. Schon versuchen britische Fluggesellschaften, sich erweiterte Landrechte für Botswanas Hauptstadt Gaborone zu sichern. Sie liegt nur 250 Kilometer von Johannesburg entfernt. Überhaupt zeigte sich schon vor dem London-Beschluß, daß starke Kräfte hinter den Kulissen dabei sind, eine eventuelle Boykott-Front zu durchlöchern. Mehrere britische Unternehmen berichteten von hauptsächlich osteuropäischen Kontakten, die Dienste als Zwischenhändler offerierten. Ähnliches wird aus einigen fernöstlichen Ländern erwartet.

Die „Sanktionäre“ an den Grenzen Südafrikas behaupten, sie seien bereit, für ihre schwarzen Brüder und Schwestern in Südafrika Leiden auf sich zu nehmen. Sie füllen allerdings schnell hinzu, daß sie auf Unterstützung angewiesen sein werden und für ihre Boykott-Verluste kompensiert werden müßten: Zustimmung fanden sie beim neuseeländischen Premier Lange, ebenfalls ein „Sanktionär“,

IM GESPRÄCH Olusegun Obasanjo

Der schwarze Kandidat

Von Volker S. Stahr

Ende des Jahres läuft die Amtszeit des UNO-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar ab. Nach den Europäern Lie, Hammarskjöld und Waldheim, dem Asiaten U Thant und dem Lateinamerikaner Pérez soll ein Afrikaner Generalsekretär werden. An Kandidaten mangelt es den Afrikanern nicht; aber auch nicht an Vorbehalten. Die Frankophonen wollen keine Anglophonen - und umgekehrt. Die Christen aus dem Süden sähen ungern einen Moslem aus dem Norden- und umgekehrt.

Die besten Chancen hat im Augenblick Olusegun Obasanjo (48), der von 1976 bis 1979 Präsident von Nigeria war und das Land nach Jahren der Militärherrschaft in die Demokratie zurückführte. Daß der gewählte Präsident Shagari 1983 wieder durch einen Putsch gestürzt wurde, ging wohl mehr auf das Machtstreben der Generäle denn auf Mängel in der Demokratie zurück. Obasanjo hatte mit dem neuerlichen Umsturz nichts zu tun: Er zog bereits 1979 die Uniform aus und sich als Farmer aufs Land zurück. Er wollte seinen vom Ölboom der siebziger Jahre verwöhnten Landesleuten zeigen, daß die Zukunft Nigerias in Landwirtschaft und Selbstversorgung liege.

Schon bevor er 1976 Nachfolger des ermordeten Staatschefs Muhammad wurde, hatte sich der „ewig lächelnde“ Obasanjo einen guten Namen als Mitglied verschiedener Militärregierungen gemacht. Als Bau-minister (1975) und Vizepräsident (1975/76) galt er als Wortführer im Kampf gegen die Korruption. Allein in seiner Zeit als Vizepräsident wurden mehr als zehntausend Staatsbedienstete entlassen. Immer wieder beschwor Obasanjo die „innere Kraft“ Afrikas zur Selbsthilfe und griff sowohl östliche als auch westliche Einflußnahmen scharf an - von Angola bis Südafrika.

Für ihn spricht auch, daß er ein Land im Herzen Afrikas repräsentiert, das zugleich das volkreichste



Nächster UNO-Generalsekretär? Obasanjo

des Kontinents ist. Gegen ihn spricht: Er beherrscht kein Französisch, verfügt über keinerlei Erfahrung in den Wandelgängen der UNO und ist zu dem ehemaligen General. Obasanjo, ein Yoruba aus dem Westen Nigerias, ging bereits von der Schulbank weg in die damals noch von Briten geführte Armee. Auch seine Offiziersausbildung erhielt er in England.

Nach der Unabhängigkeit stieg er in der nigerianischen Armee rasch auf, vorwiegend in technischen Abteilungen. In weiteren Kursen in England und Indien ließ er sich zum Ingenieur ausbilden. Bekannt wurde sein Name im Biafra-Krieg, wo er als Kommandeur die Kapitulation der letzten Separatisteneinheiten entgegen-nahm. Danach leitete er bis 1973 das Ingenieurstaff der Armee.

Seit 1979 lebte Obasanjo als Privatmann. Erst jüngst trat er als Ko-Vorsitzender der Commonwealth-Kommission zu Südafrika wieder auf die Bühne. Er traf sowohl mit Präsident Botha als auch mit Nelson Mandela zusammen. Obasanjo tritt für einen friedlichen Wandel im südlichen Afrika ein - eine zentrale Aufgabe für den nächsten UNO-Generalsekretär.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Bundestag

Sie endet einen Vergleich für Jo Leinen: Was den öffentlich desavouierten Jo Leinen angeht, so sollte der überlegen, ob er nicht schon längst der Watschenmann geworden ist - für Oskar Lafontaine. Nicht umsonst gibt es an der Saar das geflügelte Wort vom Mistwagen, der vor der Brant herfähren muß, damit die Mücken nicht auf sie fliegen.

Urtierlicher Volkstempel

Der „Dollar-Krieg“, mit dem die Amerikaner in jüngster Zeit die „widerspenstigen“ Handelspartner in Übersee zu überziehen trachten, ist in jeder Hinsicht ein untauglicher Versuch, die eigenen hausgemachten Probleme zu Lasten anderer lösen zu wollen.

Andener Volkszeitung

Während der deutschen Sommertheaterwochen betreten die seltsamsten Akteure die politische Bühne, deklarieren seltsame Gedanken, ertönen Pfiffe und Applaus. (Vor)gestern war es der „Schlesier“. Das halböffentliche Blättchen der Landsmannschaft Schlesiens regte eine neue Partei der national gesinnten Deutschen an; die Heimatvertriebenen werden aufgerufen, „Rebellen und Revolutionäre“ der Wiedervereinigung Deutschlands zu sein, und Herbert Eupka, der bisher keine Kandidatur für die Bundestagswahl 1987 bei der CDU gefunden hat, soll sein Lebenswerk mit dem Vorsitz dieser neuen

Partei krönen. Hupka sollte einen Teufel tun, wenn er nicht sein beachtliches Lebenswerk zugrunde richten will.

MORGEN

Er kommentiert den Wahltermin in Rheinland-Pfalz:

Ministerpräsident Vogel hat dem strikten Verlangen der FDP nachgegeben, weil er sich dem verfassung-rechtlichen Risiko einer Doppelwahl nicht aussetzen und den Landtagswahlkampf nicht mit einer Verfassungsklage belasten wollte. Außerdem die CDU in Rheinland-Pfalz einkalkulieren, daß sie im nächsten Jahres ihre absolute Mehrheit verlieren und dann auf einen liberalen Koalitionspartner angewiesen sein könnte. Die FDP rechnet ihrerseits sich aus, bei der getrennten Landtagswahl um so leichter Stimmen aus dem CDU-Lager für sich zu gewinnen, je deutlicher sich ein Verlust der absoluten CDU-Mehrheit abzeichnet.

Kieler Nachrichten

Der regierungsmäßig zum Werkbankkoordinator bestellte Landesbank-Chef Gerd Laus sieht maximal für sechs der zwölf Schiffbau-triebe eine Überlebenschance. Und auch das nur, wenn Bund und Land sich schleunigst zu einer Rettung aus öffentlichen Geldern durchringen. Das ist bis heute nicht geschehen. Bund und Küstenländer, Unternehmen und Branchenverband schieben den Schwarzen Peter, wer welches Konzept zu realisieren und wer-wem überhaupt - die finanziellen Mittel dafür bereitzustellen hat, mit Ausdauer hin und her. Dabei vermisst die Zeit.

مكتبة الأمل

Immer lauter wird der Ruf nach einem „Gurkha-Land“

Die indische Regierung steht vor einem neuen Problem, das ein Erbe der britischen Kolonialzeit ist: Die Gurkhas aus den Bergen Nepals, die als Soldaten der Briten berühmt wurden und sich im Norden Indiens ansiedelten, verlangen mit wachsender Militanz ein autonomes Territorium.

Von PETER DIENEMANN

Es vor kurzem war Darjeeling ein beliebter Ausflugsort mit erfrischendem Klima und wunderbarer Aussicht auf die Berge des indischen Himalaya. Bislang stritt man sich dort nur darum, ob Darjeeling wirklich König ist. Doch dann kam Subash Gheising, Präsident - manche sagen auch Diktator - der „Gurkha Nationalen Befreiungsfront“ (GNLF). Und seit Mai dieses Jahres bleiben die Ausflügler aus dem brütend heißen nordindischen Flachland aus.

Ausgerechnet jene von den Engländern seit den 20er Jahren dieses Jahrhunderts als unbedingt gehorsam und tapfer hochgeschätzten Gurkha-Soldaten (über eine Ausnahme von dieser Regel ist weiter unten zu lesen), die auf dem indischen Subkontinent und im übrigen Asien kämpften und zuletzt im Falklandkrieg von sich reden machten, revoltieren jetzt als Zivilisten gegen die Staatsmacht, die ein Teil von ihnen auch heute noch in der indischen Armee repräsentiert. Sie fordern einen eigenen Staat, „Gurkha-Land“.

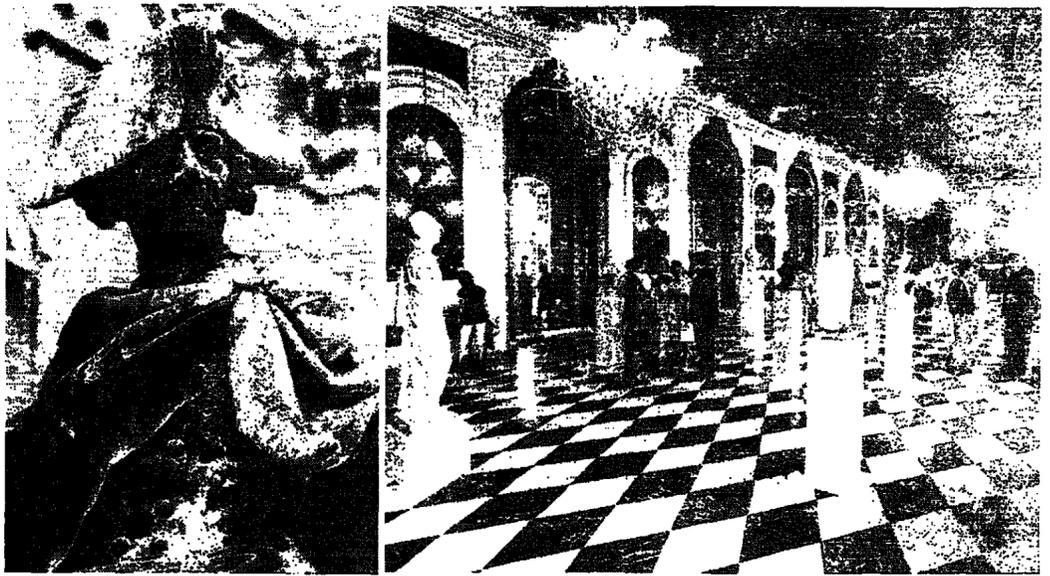
Einer von ihnen ist Man Bahadur Rai, ein pensionierter Angehöriger des indischen Verwaltungsdienstes. Jetzt lebt er in Darjeeling und meint: „Wenn ich nach 34 Jahren Dienst für mein Land von jedem einfachen Polizeikonstabler belästigt werden kann und ihm meine Staatsbürgerschaft nachweisen muß, ist es nicht mehr wert, in diesem Land zu leben.“ So wie Bahadur (der Tapfere) denken viele jener drei Millionen Nepalesen, die in den Nordost-Staaten Indiens um Assam leben, vor allem aber die Hunderttausende von Gurkhas, die sich vornehmlich in Darjeeling angesiedelt haben.

Und die erinnern sich jetzt wieder daran, wie ihre Vorfahren vom damaligen Regenten des Königreiches Nepal aus ihren Dörfern in den Bergen West-Nepals als Grenzsicherungstruppe gegen die englischen Kolonialherren ins damals nepalesische Darjeeling geschickt wurden. Dort angesiedelt, blieben sie auch, nachdem

Darjeeling in einem Tauschgeschäft an Britisch-Indien abgetreten wurde. „Und seitdem“, meint Gurkha Ram Bahadur Kathri, „fühlen wir uns auch als Inder.“ Vor allem nachdem zwischen Indien und dem nördlichen Nachbarland Nepal 1950 ein Vertrag abgeschlossen wurde, der unter anderem den Bürgern beider Länder garantiert, im jeweiligen Nachbarland Grundeigentum zu besitzen, Handel zu treiben und sich frei bewegen zu dürfen. „Damit ist es jetzt vorbei“, schimpft Kathri. Denn die Regierung Assams hat mit Neu Delhi vereinbart, daß die eingewanderten Nepalesen Assam verlassen müssen.

Die Unzufriedenheit der Nepalesen - die ersten 7000 wurden über die indische Grenze zwangsweise nach Hause geschickt - macht sich Subash Gheising, Ex-Corporal einer Gurkha-Einheit, für seine Sache zunutze. Schon Mitte der 70er Jahre hatte er seine „Befreiungsfront“ gegründet, die bisher aber von niemandem in Indien ernstgenommen wurde.

Erst als Gheising vom 12. bis 14. Mai in Darjeeling 30 000 unzufriedene Nepalesen zu einer Großdemonstration sammeln konnte, wachten indische Zentralregierung und die Regierung West-Bengalens auf. Denn Zehntausende fordern jetzt zusammen mit dem Ex-Corporal: „Wir wollen ein eigenes Land haben, mit unserer eigenen Sprache, als Bürger Indiens.“ „Gurkha-Land“ soll ein Unionsterritorium werden, das der indischen Zentralregierung untersteht und mit den „verhassten“ Bengalen nichts mehr zu tun haben soll.



Im Hof des Neuen Palais in Potsdam empfängt der „Alte Fritz“ (in einer Nachbildung des Standbildes von Gottfried Schadow) die Besucher der Ausstellung, die im Innern unter anderem Friedrichs Sammlung antiker Statuen noch bis Mitte Oktober bewundern können. FOTOS: JÜRGENS

„Und alles nur für Herrn Friedrich“

Vor dem Neuen Palais im Park von Sanssouci in Potsdam sind seit zwei Wochen Schlangen wartender Menschen zu beobachten. Was sie lockt, ist die erste große Friedrich-Ausstellung in der „DDR“. Anlaß ist der 200. Todestag des „Alten Fritz“.

Von HOLGER LINDNER

Wie? Zu Friedrich dem Großen, zu dem wollen Sie? Na, da fahren ja jetzt ganze Karawanen hin“, wundert sich der „DDR“-Zöllner. Nicht mehr F.Zwo“, wie bislang das barsche Kürzel für den König im Umgangsjargon der Funktionäre lautete, gilt „Friedrich der Große“, sagt der Mann an der Grenze.

Wagen über Wagen säumen das märkische Blaubasalt-Pflaster zum Neuen Palais. Links Limousinen mit Heidelberg, Gießener oder Berliner Kennzeichen, dazwischen „Trabis“, tschechische Gäste. Zwei Millionen Touristen durchqueren allsommerlich die Gärten der Hohenzollern. Die halbe „DDR“ scheint unterwegs zu sein. Auf dem Weg zum Alten Fritz.

Nach dem alten Singspruch „Preuße zu sein, ist eine Ehre, aber kein Vergnügen“ haben die Ausstellungs-Götter vor dem Eintritt den Schweiß von mindestens einer Wertstunde gesetzt. „Friedrich II. und die Kunst“ - die staatlichen Schlösser und Gärten als Veranstalter haben ihr Thema neutral und charmant unpolitisch gewählt. Dem Jüngling von Rheinsberg, dem kunstsinngigen Mäzen, dem Flöten auf dem schwarzelfenbeinernen Instrument, das unter Glasplatten schimmert, gilt die Huld.

In praller Sonne oder in kurzen Regenschauern verharren die, die dem „Alten von Sanssouci“ und seiner Zeit näher treten möchten. „Nun machen die auch noch zu“, klagt ein Ehepaar aus dem Mecklenburgischen leise. „Mittagspause 12.45 bis 13.15 Uhr“ steht auf einem Pappschildchen an der Eingangstür. Das Entrée befindet sich im Ehrenhof. Die Jahrzehnte haben die Sandstein-Figuren an der Fassade geschwärzt. Mancher Satyr verlor den Kopf, die alten Gastlerinnen aus der Zeit Wilhelms II. funzeln nicht mehr.

Ein Völkchen, so bunt wie die Heerhaufen des Schlachten-Genies Friedrich, harrt im staubigen Hof aus. Sowjetische Touristen, die ständig „Neues Palais“ auf Deutsch üben, holländische Meisjes mit ihren Eltern. Mütter soll die Postleitzahl sagen, weil das Warten dazu genutzt wird, Postkarten im Stehen zu schreiben.

Dann rückt und rührt es sich vom wieder. Der ältere Zerkerus an der Kassentür, mit Baskenmütze und prüfendem Blick, läßt wieder einen Schwung Besucher ein. Vier, fünf - es kann nur tropfen, weil die Statiker um den Bau fürchten, den sein Bauherr nach dem Schlesischen Krieg selbst eine „Fanfaronade“ (Prahlerei) nannte. „Und außerdem sind nur 850 Filzpanntöfel da“, nennt eine Aufsichtsperson den tiefsten Grund für das lange Warten auf die „fêtes galantes“, die auf den Gemälden zu bewundern sind. Auf Friedrichs unschätzbare Sammlung antiker Köpfe, Statuen, beheimter Krieger.

Viel Athen und wenig Sparta auf dem Boden der Mark Brandenburg, der Straußentüchle des Heiligen Römischen Reiches teutscher Nation“.

Eine stille, in sich gekehrte Schar von Besuchern. Zum erstenmal erleben sie komprimierte Geschichte im Hause des Herrschers - Friedrichs Wohnung die „Blaue Kammer“ und anderes. Interieur war seit 40 Jahren nicht zugänglich. „Und alles nur für Herrn Friedrich“, nur für Herrn Friedrich“, lächelt ein älterer Herr vor Personal angesichts der endlosen Besucherkette fassungslos.

Es fehlt nicht an nadelspitzen, fast unmerklichen politischen Keckheiten in der Ausstellung: Sie läßt nicht nur im wesentlichen die

Sonnenseiten in Friedrichs widersprüchlichem Gemüt schimmern, sondern sie läßt den Rundgang mit der Trauerdekoration für den toten Herrscher im Potsdamer Stadtschloß beginnen. Schwarz-silberne Tressen, dunkler Samt - nur Dekoration, denn die Ruine dieses Stadtschlosses ließ die SED in den fünfziger Jahren sprengen.

Den Anlaß für die Besinnung auf das Phänomen Friedrich bietet der „DDR“ dessen 200. Todestag am 17. August. Die, die da kommen, scheinen nach Historie zu dürsten: „Also, ich hab ja noch alle von ollen Ziethen und so in der Schule gelernt. Aber heute“, sinniert ein Rentner inmitten der Pracht der Spiegel, Lorbeerbäume, Original-Dekorationen. Nichts Dämonisches stürzt die Gäste in Zweifel. Auch der Feldherr bleibt weitgehend ausgeblendet - eine eigenhändige Zahlenkolonne seiner Armeen fällt allenfalls auf.

Zwei museumspädagogische Gags gereichen jedem anderen Museum zu Ehre: Fachleute zimmerten die „Tafelrunde von Sanssouci“ nach. Wer mag, darf Platz nehmen. Frage an den Nachbarn: „Hatze er nun was ge-

gen Frauen oder nicht?“ Nein, er weiß es auch nicht.

Im Musikzimmer quillt es in zarten Tönen aus einer Lautsprecherbox - Musik aus friderizianischer Zeit, ein schier endloses Tonband. Unter Glas schimmert die Partitur einer „Sonata par il Flauto Traverso“ aus der Feder „di Federico“.

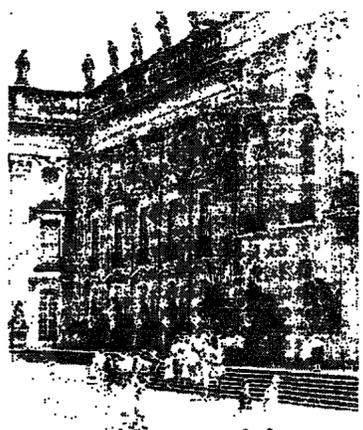
Weshalb der Freund der Wind- und Wortsprache, der Sottisen und der schönen Kunst sich bis 1980 nicht mehr in Ost-Berlin als Denkmal von Christian Daniel Rauch dem Volk präsentieren durfte, wird im Neuen Palais keineswegs mehr antipreussisch erklärt. Im „zerstörten Berlin“ der Nachkriegszeit sei dies eben nicht möglich gewesen. Sehr einfach, aber falsch.

Die Souvenirkunst im Andenkenlächen in der Schloßfront hält mit dem Weltniveau der Ausstellung nicht mit. Ein Foster mit Schlachtengetümmel, der Alte Fritz zu Pferde, ist ausverkauft. Als Gips-Kopf mit Dreispitz kostet der König 30 Mark. Nur an der Grenze, und gegen acht D-Mark, hält man neue, versilberte Fünfmark-Stücke mit Potsdamer Motiven feil. Im Schloß-Café kostet der Eisbecher „à la maison“ 3,85 Mark, Schwarzwälder Kirschtorte 1,25 Mark. Statt ohrenscheibelnender Rokoko-Weisen schallt sozialistisch-deutsche Schlager-Produktion durch den Raum. „Es regnet in Döbeln“, schmalzt ein Sänger. Gut hätte der Hausherr den Stürbruch wohl nicht empfunden.

Am 16. August, dem Vorabend des Todestages, beginnt der Fern-Wettkampf zwischen Potsdam und dem westlichen Berlin um die bessere Ausstellung. Bundespräsident Richard von Weizsäcker eröffnet an diesem Tag mit einer großen Rede über Preußen und was es an politischen Lehren bereit hält, das Pendant zu Potsdam.

Draußen, im Sand des Palais-Vorfelds, hält - sehr grünspanig - das berühmte Friedrich-Standbild von Schadow Hof. Am Morgen nach der Eröffnung der Ausstellung lag ein Blumenangebinde zu seinen Füßen. Mit einem Zettelchen, verwaschene Schrift.

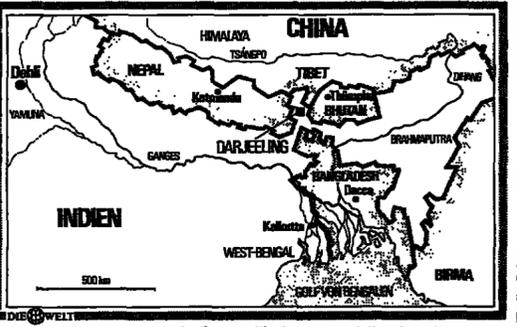
Ein Gruß an die Geschichte, wo die Geschichte grüßen läßt.



Schlagenten für Friedrich den Großen



Ein Gurkha-Soldat mit traditionellem Kukri-Messer; Darjeeling, die neue Helmet vieler Gurkhas



Das Schweigen der Kompanie

Daß die Gurkhas rechte Hautdegen sind, haben sie auf weniger rühmliche Weise erst kürzlich wieder unter Beweis gestellt. Eine ganze Kompanie der berühmten Gurkha-Infanterie wurde gefeuert: 111 Mann erhielten die Entlassungspapiere, weil das „Vertrauen zum Offizierscorps unrettbar zerrütet“ ist.

Bei der Manöver-Abschiedsparty im Mai kam es dann zum großen Knall. Ein paar vom Mai-Tal-Schnaps befüllte Soldaten ließen die Fäuste fliegen. Kompaniechef Corin Pearce und ein subalterner Offizier landeten mit angeknackten Rippen und Nasenbeinen im Lazarett. Es folgte ein Riesentheater: Militärpolizei begann mit der hochnotpeinlichen Suche nach den im Kameradenkreis untergetauchten Schlägern. Doch noch zwei Monate nach der offiziell als „Disziplinverletzung schwerster Art“ gewerteten Prügelei hielten alle 111 anwesenden Mannschaftsdienstgrade den Mund und ihre Reihen fest geschlossen.

Und ebenso geschlossen müssen sie nun (mit einer im verknoteten Army-Jargon „nicht unehrenhaft“ genannten Entlassung im Brotbeutel, freilich auch unter Verlust ihrer Pensionsansprüche) in Kompaniestärke

heimmarschieren - was wohl noch ein parlamentarisches Nachspiel im einstigen Mutterland haben wird. Es gibt nämlich bereits Abgeordnete, die den vom Londoner Verteidigungsministerium abgesegneten Hiniauswurf als „beschämend und unangemessen“ bezeichnen.

Und dies dürfte wohl auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß die Freiwilligen aus den entlegenen Bergdörfern des Himalaya bei den Briten einen legendären Ruf haben. Die kleinwüchsigen, dunkelhäutigen Männer (augenblicklich dienen 8000 in der Armee) waren stets hoch geschätzt wegen ihrer großen Härte, Ausdauer und Loyalität. Letztere erwies sich nun als zweischneidig. Denn unbedingt loyal sind die Krieger vom „Dach der Welt“ nicht nur gegenüber dem Dienstherrn, sondern auch und vor allem untereinander.

JOCHEN ZWIKIRTSCH

Bei einem letzten Jahreseinkommen von DM

beträgt ihr Versorgungsgrad aus der gesetzlichen Rentenversicherung

so daß sich folgende Versorgungslücke ergibt

150.000	81,00%	69,00%
140.000	79,00%	66,00%
130.000	77,00%	63,00%
120.000	75,00%	60,00%
110.000	73,00%	57,00%
100.000	71,00%	54,00%
90.000	69,00%	51,00%
80.000	67,00%	48,00%
70.000	65,00%	45,00%
60.000	63,00%	42,00%

Beispiel: mit 40 angenommenen Versicherungsjahren und einem persönlichen Bemessungs-faktor von 164,67%. (Aus Zahlung von Höchstbeiträgen.)

So groß wird Ihre Versorgungslücke nach der Pensionierung, wenn Sie jetzt nichts dagegen tun.

Zwischen dem Einkommen, das Sie als Berufstätiger erzielen, und den gesetzlichen Rentenansprüchen besteht eine große Kluft. Diese Versorgungslücke wird künftig sicher noch größer. Sie ist im allgemeinen um so gravierender, je höher Ihr laufendes Arbeitseinkommen ist. Wenn Sie daher nach der Pensionierung Ihren gewohnten Lebensstandard aufrechterhalten wollen, müssen Sie zusätzlich vorsorgen. Je eher Sie damit beginnen und je planvoller Sie Ihr Geld anlegen, desto mehr haben Sie später. Wir bieten Ihnen mit dem DWS-Anlage- und Entnahmeplan die perfekte Zusatz-Vorsorge: ertragreich, bequem, übersichtlich, in Höhe und Dauer genau auf Ihre individuellen Ansprüche zugeschnitten. Sprechen Sie über dieses wichtige Thema mit dem Anlageberater unserer Gesellschafterbanken. Es sind die Deutsche Bank und weitere deutsche Banken und Bankiers. Oder schreiben Sie uns.

DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen
Postfach 10 06 20 - 6000 Frankfurt 1

DWS Mehr finanzielle Unabhängigkeit.

Schüler Tür an Tür mit Marine

UWE BAHNSEN, Hamburg

Hamburg wird endgültig Standort für die internationale Projektorganisation „Fregatte 90“. Diese Entscheidung der zuständigen NATO-Gremien, um deren Abänderung sich bis zuletzt vor allem die spanische Regierung bemühte, ist für die Hansestadt zwar mit rund 400 zusätzlichen Arbeitsplätzen verbunden; zugleich hat sich die Landesregierung, die in dieser Angelegenheit zuletzt unter beträchtlichen Zeitdruck geraten war, jedoch in eine delicate politische Situation manövriert.

Der Senat hat der mit der vorbereitenden Planung des Projekts beauftragten Marinetechnik GmbH (MTG), die seit einigen Jahren in Hamburg als Konstruktionsbüro tätig ist, die wegen sinkender Schülerzahlen spätestens im Herbst des kommenden Jahres auslaufende Gesamtschule im Vorort Rahlstedt als künftiges Domizil angeboten. Bis zur Schließung dieser Schule sollen aber noch fünf Gesamtschulen dort unterrichtet werden. Für diese Übergangszeit werden alle Gesamtschullehrer, die den Erfordernissen der Wehrtechnik bekanntlich nicht unbedingt nahestehe und in diesem Sinne auch ihre Schüler unterrichten, mit Marineplern und Fregattenkonstrukteuren sozusagen unter einem Dach tätig sein müssen. Der zum linken SPD-Flügel der Hansestadt zählende Schulsenator Professor Joist

QUICK hat Ihnen mehr zu sagen. Zum Beispiel:

QUICK hat Ihnen mehr zu sagen. Zum Beispiel:

Nach dem Fischsterben an der Saar. Die Wahrheit über unsere Flüsse. Innerhalb kürzester Zeit transportierte die Saar obdringende Chemie-Frachtgut flussaufwärts. Und eine Umweltskatastrophe ungelagerten Ausmaßes nahm ihren Lauf. QUICK macht eine aktuelle Bestandsaufnahme deutscher Flüsse. Wie sauber oder verunreinigt sind sie tatsächlich? Und was unternimmt unsere Industrie, um der Verschmutzung zu begegnen? Eine Reportage, die lebenswichtige Erkenntnisse bringt, denn letztlich ist unsere Wasserversorgung mit unseren Flüssen verbunden.

QUICK steht für Qualität!

Deutschlands rebellische Töchter. Noch nie waren Mädchen so aggressiv. Zwischen 12 und 17 Jahren „explodieren“ die Mädchen nicht nur äußerlich. Die rasche Entwicklung ist mit viel Aggression verbunden. Wer verhält sich falsch, die Eltern oder die Kinder? Der QUICK-Report gibt Ihnen Antworten!

QUICK steht für Qualität!

Grolle, der bislang noch bei jeder Gelegenheit seine tiefe Aversion gegen die Bundeswehr öffentlich kundgetan hat, (dem Verteidigungsminister Manfred Wörner hat er sogar empfohlen, als Folge des Rückgangs an Wehrpflichtigen kurzfristig Kasernen zu schließen), hat der Senatsofferte an die MTG zahnknirschend zustimmen müssen. Denn auch Grolle will nicht politisch vertreten, daß ein Schulkomplex mit einem Neubau von 25 bis 30 Millionen Mark, modernen Anlagen und vergleichsweise hohen Instandhaltungskosten leer steht.

Zunächst hatten die Rathausregenten überlegt, ob die Universität mit den Bereichen Meereskunde, Geophysik und Meteorologie in der auslaufenden Gesamtschule untergebracht werden könne. Doch diese Lösung stieß auf den Widerstand des Bonner Forschungsministeriums: Die in Rahlstedt zur Verfügung stehende Freifläche sei zu klein, und angestrebt werde eine Konzentrierung der in diesem Bereich tätigen wissenschaftlichen Institutionen in dem westlichen Standort Bahrenfeld. Das Projekt „Fregatte 90“ kam der Senatsofferte um die beiden Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und Alfons Pawelczyk vor diesem Hintergrund gerade recht. Die Landesregierung sah nicht nur die Chance, einen kostenträchtigen Leerstand zu verhindern, sondern überdies die notleidenden Stadtfinanzen durch eine jährliche Mieteinnahme zwischen einer und zwei Millionen Mark aufzubessern.

Da mit diesem Projekt überdies die Gründung eines nationalen Trägerunternehmens mit den Gesellschaften Blohm + Voss, Bremer Vulkan, HDW, AEG und Siemens verbunden sein wird, hofft der Senat der Hansestadt auch auf eine bessere Auslastung der Werften in Hamburg. Schulsenator Joist Grolle präpariert sich unterdessen auf die Einlösung eines Versprechens, das er den Gesamtschullehrern gegeben hat: Ihren Kindern soll „eine pädagogisch angemessene Situation“ garantiert werden. Auch sei „sicherzustellen, daß der Turmhallen-Komplex der Schule wie der Öffentlichkeit weiter zur Verfügung steht“.

WELT-Beitrag von Rainer Barzel / Keine „Wende“ in Moskaus West-Politik

Wer nicht handelt, wird behandelt

VON RAINER BARZEL

Deutschlandpolitik muß die weltweite Lage einrechnen und auf diese einwirken. In Deutschland und vor allem in Berlin, der wenn es nach uns ginge, deutschen Hauptstadt, kann man immer wie an einem Puls fühlen, wie es international steht.

Für den Augenblick läßt sich folgendes erkennen:

1. Die Weltmächte bemühen sich um Fortschritte in der Abrüstung, klammern aber die Spannungsursachen aus. In Berlin ist von weltpolitischem „Tautwetter“ nichts zu spüren. Die Asylanfrage zum Beispiel und das östliche Bemühen, aus der Demarkationslinie in Berlin eine völkerrechtliche Grenze zu machen sowie Vorgänge im internationalen Sportverkehr stehen zum Beweis für diese Beurteilung.

2. Ich sehe keine prinzipielle Wende der Moskauer Westpolitik. Im Verlauf der Visite unseres Außenministers wurde das deutlich.

3. Nun redet man von einer neuen deutschen Politik, sich mehr zwischen den Blöcken anzusiedeln. Ich warne davor. Wir würden zwischen allen Stühlen landen! Bismarck hatte mit Rußland zu tun, wir mit der Sowjetunion. Das Deutsche Reich konnte aus eigener Kraft Sicherheit und Wohlstand für Deutschland bewirken. Die Bundesrepublik Deutschland kann das nicht: Wir haben weder Atomwaffen, noch haben wir Sitz und Stimme im Welt Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, noch militärische Kräfte zum Einsatz anders als zur Verteidigung im Bündnis. Unsere Souveränität ist begrenzt. So stehen wir aus guten

Gründen mit beiden Füßen fest im Westen und reichen nach Osten die Hand. Nur so bleiben Frieden und Freiheit, wie die Chance zur Selbstbestimmung aller Deutschen.

4. Wer wegen der drängenden Probleme der Asylanfordernden den Status Berlins oder das Grundgesetz auf den Prüfstand stellen will, gibt Steine statt Brot und opfert Lebensrechte für ein Linsengericht, das kaum für den Tag satt macht.

5. Es kann nicht unsere Politik sein, der DDR gegenüber verträglich zu werden. Auch mit dieser Einstellung sind wir - wie die konkrete Erfahrung lehrt und beweist - gegen Willkür der DDR nicht machtlos. Zum Beispiel: Die DDR ist mit Recht prestigebefürchtigt. Bald tagt in New York die Vollversammlung der Vereinten Nationen. Die DDR dürfte bereit sein, vieles neu zu bedenken und manches konkret zu ändern, wenn sie zwingend befürchten müßte, vor dem Forum der Welt mit diesem Thema von vielen weltweitem befragt und so peinlich bloßgestellt zu werden.

6. „Aus Berlin darf kein drittes Deutschland werden.“ - Wir müssen diese Zusammengehörigkeit festigen. Von diesen beiden westlichen Prinzipien her sind alle Texte zu werten, welche westliche Vorhaben mit Einschluß des freien Berlin betreffen. Es geht um die Zusammengehörigkeit mit Berlin. - nicht um

die Beteiligung von Personen oder Potentialen. Basis der Ostverträge war und ist: beide Seiten anerkennen auch solche Realitäten, die sie nicht mögen. Ohne die Sicherung der Zusammengehörigkeit zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet hätte es keine Ostverträge gegeben. Diese Zusammengehörigkeit findet



Der CDU-Politiker Barzel: Nicht zwischen den Stühlen landen. FOTO: LOTHAR KUCHARZ

auch in der Bundespräsenz in Berlin sowie in der Außenvertretung Berlins ihren Ausdruck. So gesehen kann von Moskauer Nachgeben hinsichtlich des Technologievertrages nicht gesprochen werden.

7. Die Aufgabe der Deutschlandpolitik ist im „Brief zur deutschen Einheit“, einem Bestandteil des Vertragswerkes mit der Sowjetunion, festgelegt. Dieser Brief ist kein Rechtsvorbehalt, sondern eine Handlungsmaxime. Da heißt es: Unser po-

litisches Ziel ist, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. Hinwirken! Abwarten genügt nicht. Auch im Deutschlandvertrag mit den Westmächten verpflichten wir uns, mit diesen „zusammenzuwirken“, um dieses politische Ziel zu erreichen. - Die Verantwortlichen sind verpflichtet, über dieses zielgerichtete Wirken öffentlich Rechenschaft zu geben.

8. Die westliche Ost-Politik gerät auf die abschüssige Bahn, wenn sie Entspannung allein auf militärische Abrüstung einsetzt. Nach dem Harmel-Bericht der NATO heißt Entspannung: die grundlegenden politischen Fragen lösen. Waffen gehen ja nicht von alleine los. Ihre Verminderung allein schafft weder Frieden noch Entspannung.

So passiert das Gegenteil von dem, was das Bündnis als richtig erkannt hat. Die Moskauer haben den Spieß umgedreht. Es ist Zeit, das zu ändern und die Initiative zur Entspannung zurückzugewinnen. Deutschlandpolitik als europäische Friedenspolitik ist ein wesentlicher Teil davon. Wer nicht handelt, wird behandelt.

Engelhard plant Maßnahmen gegen Vorverurteilungen

dpa, Bonn

Der Schutz von Beschuldigten und Angeklagten vor den Gefahren einer öffentlichen Vorverurteilung muß nach Ansicht von Bundesjustizminister Engelhard (FDP) verbessert werden. Engelhard schlug gestern den Ländern eine Reihe von verwaltungsinternen Maßnahmen vor. Diese sehen im wesentlichen vor, durch Änderungen der Richtlinien für das Strafverfahren die Staatsanwaltschaften dazu anzuhalten, daß über Einzelheiten der Anklage die Öffentlichkeit erst dann unterrichtet werden darf, wenn zuvor dem Beschuldigten die Anklage gestellt ist. Weiter wird vorgeschlagen, daß bei Verfahren gegen Abgesandte noch vor der Öffentlichkeit zunächst das Parlament und der Betroffene selbst über die vorgesehene Immunitätsaufhebung unterrichtet werden. Gesetzesänderungen lehnt der Bundesjustizminister dagegen ab. Nach seiner Auffassung eigne sich eine Verschärfung strafrechtlicher Vorschriften nach dem Muster des im englischen Recht geltenden „Contempt of Court“ (Mißachtung des Gerichts) nicht für das deutsche Rechtssystem. Dies gelte auch für die Einführung eines gesetzlichen Verbotens der Veröffentlichung (Verfahrenseinstellung) im Fall einer öffentlichen Vorverurteilung.

Bereits Ende Juli hatte das Saarland neue Presse-Richtlinien für die Justiz des Landes in Kraft gesetzt. Mit ihnen werden von Gerichtsverfahren betroffene Bürger künftig besser vor einer öffentlichen Vorverurteilung geschützt.

Fraktions-Vize Rühle spricht SPD über die Fähigkeit zur Entspannung ab

DIETHART GOOS, Bonn

In ihrer Außen- und Sicherheitspolitik ist die SPD „weder bündnis- noch entspannungsfähig“. Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse, die der Vorsitzende des Bundesausschusses Außen- und Deutschlandpolitik der CDU, Fraktionsvize Volker Rühle, gestern im Hinblick auf den Nürnberger SPD-Parteitag Ende des Monats vorlegte. Rühle sagte, im Ergebnis ihrer Politik seien die Sozialdemokraten auch „regierungsunfähig“. Denn es sei keine Bundesregierung vorstellbar, die eine gegen die NATO gerichtete Politik nach SPD-Muster betreiben könnte. „Zwischen den Koalitionsparteien und der SPD liegen hier Welten“, sagte Rühle.

Vermittlerrolle schädlich

Der immer wieder gestartete Versuch von führenden Sozialdemokraten, eine Vermittlerrolle zwischen Ost und West zu übernehmen, sei eindeutig schädlich. Die Bundesrepublik Deutschland sei Mitglied des westlichen Bündnisses und könne daher kein Vermittler zwischen Ost und West sein. „Nur eine unzuverlässige Westpolitik sichert unserem Land den größtmöglichen Einfluß für eine erfolgreiche Politik des Dialogs zwischen Ost und West“.

Seine kritische Einschätzung der SPD-Politik stützt Rühle in seiner Analyse mit dem Hinweis, in den letzten vier Jahren hätten sich die Sozialdemokraten allen wichtigen Verteidigungsanstrengungen im Bündnis verweigert. Stattdessen befürworte die SPD eine Verringerung des Personalbestandes der Bundeswehr. Zugleich spreche sie von der Notwendigkeit, bei NATO und Warschauer Pakt nichtangriffsfähige Strukturen zu schaffen.

Voraussetzung für eine Verbesserung der Ost-West-Beziehungen ist nach Darstellung Rühles die gegenseitige Berechenbarkeit. Doch gerade das fehle bei der SPD. Mit ihrer „Verweigerung und Anti-NATO-Politik“ sei sie weder für West noch Ost berechenbar. Daran änderten auch nichts Versuche, wie die vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ehmke, „sich als blinder Passagier an Bord unseres erfolgreichen Regierungsschiffes zu schleichen, wenn es um unsere Abrüstungsvorschläge geht“.

Immer stärker würden die Sozialdemokraten dazu neigen, wie Rühle in seiner Analyse feststellt, den Dialog mit dem Osten als Alternative zu den notwendigen Verteidigungsanstrengungen zu suchen. Wörtlich erklärt der außenpolitische CDU-Experte: „Mit Begriffen wie der Sicherheitspartnerschaft mit dem Osten wird die Bild einer Idylle projiziert, die die grundsätzlich bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West verwischt und dabei vernebelt, warum und mit wem vor wem Sicherheit geschaffen werden muß.“

Im Unterschied zu einer selbstbewußten Partnerschaft mit den Vereinten Staaten, wie sie die Koalition verstehe, würden die USA immer

Verschärfter Ruf in Bonn nach Leinens Rücktritt

Fischsterben in der Saar hat es schon öfter gegeben

DANKWART GURATZSCH, Bonn

Der Druck auf die Entlassung des saarländischen Umweltministers Jo Leinen (SPD) hat sich gestern verstärkt. Nachdem der saarländische Ministerpräsident Lafontaine (SPD) „Fehlentscheidungen“ Leinens im Zusammenhang mit dem größten Umweltskandal an der Saar eingetriggert hatte, forderten gestern CDU und CSU in Bonn den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel auf, die Entlassung des Ministers zu veranlassen. Lafontaine selbst wollte eine solche Maßnahme davon abhängig machen, daß sich Leinen erst eine „Serie“ von Fehlern zuschulden kommen lassen müsse.

Nach den Worten des umweltsprechers der Unionsfraktionen, Paul Laufs, müsse unter diesen Umständen mit „weiteren derartigen Katastrophen im Saarland“ durch „stümperhaftes Vorgehen“ des Umweltministers gerechnet werden. Der Unionssprecher bezog sich damit offensichtlich auf verschiedene Presseberichte, nach denen es in der Amtszeit Leinens bereits wiederholt zu Fischsterben in der Saar gekommen sei, die allerdings sämtlich bis heute ebenfalls nicht aufgeklärt worden seien.

Der Sprecher des Umweltministeriums, Lattwein, bestätigte gegenüber der WELT, Fischsterben in der Saar seien „nicht unüblich“. „Dreie bis viermal im Jahr“ würden tote Fische kilo- und auch zentnerweise aus dem Fluß geborgen. Ergebnisse von Laboruntersuchungen über die Ursachen lägen dem Ministerium indes nicht vor.

weltministeriums unterstellten und mit den Untersuchungen beauftragten Hygiene-Institut meinte Abteilungsleiter Stemka, er sei „nicht befugt, Einzelheiten bekanntzugeben, so lange die Fälle von der Staatsanwaltschaft nicht geklärt“ seien. Stemka, Mitarbeiter, Biologierat Schmidt, ergänzte dazu, es lägen durchaus Untersuchungsergebnisse vor, aber es gehe „in die Politik des Umweltministeriums hinein, sie auch zu veröffentlichen“.

Auch Schmidt nannte gegenüber der WELT Fischsterben in der Saar „etwas ganz Alltägliches“. Es sei „kein Geheimnis“, daß sie zum Teil auf die „hohe Gesamtbelastung“ des Flusses durch industrielle Abwässer, zum Beispiel durch Ammonium, zurückgeführt werden müßten. Alle maßgebenden Dienststellen hätten davon Kenntnis.

Der rheinland-pfälzische Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) hat den Vorwurf des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine zurückgewiesen, er habe mit seiner Kritik an Leinen die Beziehungen zwischen den Nachbarländern belastet. Vielmehr sei Lafontaine Schelte am Umweltministerium des Saarlandes weitaus härter ausgefallen. Wie Töpfer in Mainz erklärte, solle Lafontaine „unsaatliche Polemik“ offenbar dazu dienen, einen Nebenkriegschauplatz zu eröffnen. Damit werde aber „der nächsten, sachlichen Bestandsaufnahme am allerwenigsten gedient“.

Der saarländische Landtag wird sich morgen auf einer Sondersitzung mit den politischen Konsequenzen aus dem Fischsterben befassen. CDU und FDP haben einen Mißtrauensantrag gegen Leinen eingekündigt.

Berlin hat seine „innere Ruhe“ wiedergefunden

hrk, Berlin

Die innere Ordnung in Berlin hat sich offenbar auf Dauer stabilisiert und ist grundsätzlich nicht mehr gefährdet. Zu diesem Schluß kommen vier Jahre nach den schweren Ausschreitungen anlässlich des Reagan-Besuchs - die Sicherheitsbehörden der Stadt.

So verliefen sämtliche 384 Aufzüge unter freiem Himmel friedlich, die im ersten Halbjahr 1986 von der Polizei registriert wurden. Lediglich nach drei Veranstaltungen kam es anschließend zu Ausschreitungen. Nach einer Übersicht von Innen Senator Wilhelm Kewenig nahmen damit erstmals seit 1983, jeweils auf das erste Halbjahr bezogen, alle Demonstrationen ein gewaltloses Ende.

Der Innenminister meinte zu der positiven Entwicklung: „Die neuesten Statistiken belegen, daß Berlin seine innere Ruhe und Ordnung dauerhaft wiedergefunden und bewahrt hat. Dies muß jedem mit Genugtuung erfüllen, dem diese Stadt am Herzen liegt, die in besonderem Maße auf inneren Frieden und Stabilität angewiesen ist.“

Er begriffe es daher, „daß die große Zahl friedfertiger Demonstranten sich nicht von einer kleinen Zahl gewalttätiger Chaoten zu Aktivitäten verführen läßt, die rechtswidrig sind und die Demonstrationsziele in Mißkredit bringen.“ Der Senat werde auch weiterhin „allen Versuchen, das Demonstrationsrecht zu mißbrauchen und den Ruf Berlins zu schädigen, mit allem Nachdruck entgegenzutreten.“

„Rigoroser Stil“ bei Grünen gegen Abtreibungsgegner

T.E. Marburg

In der Diskussion um die umstrittene „Abtreibungsklinik“ von Pro Familia in Gießen haben jetzt fünf Grüne aus Marburg in einem Brief an den hessischen Sozialminister Armin Claus (SPD) appelliert, die dafür vorgesehenen staatlichen Zuschüsse nicht herauszugeben. Die Autoren schrieben zur Begründung: „Abtreibung bedeutet nicht, wie oft behauptet wird, die Entfernung von ‚Schwangerschaftsgewebe‘ oder eines ‚Zellklumpens‘, sie bedeutet vielmehr die Tötung eines in allen seinen Anlagen fertigen menschlichen Wesens.“

Heinrich Rautenhaus, Gründungsmitglied der Grünen im Kreis Marburg-Biedenkopf und Initiator des Briefes, geht in diesem Zusammenhang auch hart mit seinen Parteifreunden ins Gericht. Seiner Ansicht nach gibt es bei den Grünen, besonders in der „ökologischen Fraktion“, mehr Abtreibungsgegner, als man gemeinhin vermutet. Diese meldeten sich jedoch kaum noch zu Wort, weil sie sich „die Parteiversammlungen mit dem rigorosen Diskussionsstil der Feministinnen nicht zumuten“ wollten. Da blieben viele lieber weg, als „sich in diese Fast-Folter hineinzuwerfen“. Rautenhaus vermutet, daß es deshalb „auf Bundesebene zu den jetzt herrschenden Mehrheitsverhältnissen in der Frage des Paragraphen 218 gekommen ist“.

Bei den Marburger Grünen hat der Brief der fünf Abtreibungsgegner Empörung ausgelöst.

Junge Union befürchtet Schikanen der „DDR“

US-Botschafter Burt Gustadner der Jugendorganisation

DIETHART GOOS, Bonn

Die Teilnehmer einer Berlin-Sternfahrt der Jungen Union (JU) aus Anlaß des Mauerbaus vor 25 Jahren müssen mit Schikanen der „DDR“-Grenzkontrolle rechnen. Wie der JU-Bundesvorsitzende Christoph Böhr in einem WELT-Gespräch erklärte, seien Behinderungen oder gar Zurückweisungen wie schon bei ähnlichen Veranstaltungen der Jungen Union in früheren Jahren nicht auszuschließen. Die meisten der mindestens 3000 Teilnehmer reisen am Wochenende mit Bussen nach Berlin. Der Bundesvorstand habe die Landesverbände gebeten, Konfrontationen an den Kontrollpunkten zu meiden, sagte Böhr. „Es geht uns um die Veranstaltungen in Berlin mit möglichst vielen jungen Teilnehmern aus dem Bundesgebiet.“

Das Berlin-Programm der Jungen Union im Gedenken an den 13. August 1961 erhält durch die Teilnahme von amerikanischen Spitzenpolitikern besonderes Gewicht. So wird der Gesandte John C. Kornblum, höchster Vertreter des State Department in Berlin, am Samstag um 9.30 Uhr mit Vertretern europäischer Jugendverbände und dem ehemaligen „DDR“-Schriftsteller Sigmar Faust über das Thema „Menschenrechte - Fundament einer europäischen Friedensordnung“ diskutieren. Kornblum war an den Verhandlungen

RTL Plus liegt im Berliner Kabel vor dem ZDF / SAT 1 sucht den Einstieg in München

Mehr Konsum mit Kabel

da, Bonn

Die Bewohner in den verkehrtesten Haushalten von Berlin sehen länger RTL Plus als ZDF. Das ist das erstaunlichste Ergebnis einer Untersuchung der Berliner Projektgesellschaft für Kabelkommunikation, die zwei Wochen lang im Mai in 500 Haushalten mit 1211 Bewohnern Taggebühren führen ließen. In Berlin sind mit 242 000 mehr als ein Viertel aller Haushalte verkabelt, jedoch haben bisher erst 68 Prozent dieser Haushalte Fernsehgeräte, mit denen alle Programme empfangen werden können.

Die Zuschauer gaben an, daß sie täglich 27 Minuten ARD, 24 Minuten RTL Plus, 23 Minuten ZDF und 14 Minuten lang SAT 1 sehen (alle Angaben sind Durchschnittswerte). Es folgen die deutsche und die englische Musicbox mit je 4, das dritte Programm von SFZ und NDR mit 3, Sky Channel mit 2 und 3SAT und ARD-Eins Plus mit je einer Minute pro Zuschauer pro Tag. An Sonntag und Feiertagen ist das ZDF das beliebteste Programm vor ARD und RTL Plus; an Samstagen ist SAT 1 beliebter als RTL Plus.

Die anderen Programme, die diese Haushalte empfangen können, haben durchschnittliche Sehlängen pro Zuschauer und Tag von unter zwei Minuten: die beiden „DDR“-Pro-

Run auf die Frequenzen

fac, Bonn

Der Vertrag ist perfekt: Das private Fernsehprogramm SAT 1 und der Münchner lokale Fernsehbetreiber „TV Weiß-Blau“ haben sich für eine „koordinierte Nutzung“ der lokalen Fernsehfrequenz in der bayerischen Landeshauptstadt entschieden. Zustimmen müssen allerdings noch die zuständigen Instanzen des Freistaates. Mit einem Votum wird für Anfang September gerechnet. Um die Frequenz bemüht sich allerdings noch RTL Plus, das deutschsprachige Fernsehprogramm von Radio Luxemburg.

Das bayerische Medienerechts- und entwicklungsgesetz (MEG) schreibt vor, daß auf der lokalen Frequenz ein Vollprogramm und ein lokales Programm geboten werden müssen. SAT 1 hat nun mit der Kooperation mit TV Weiß-Blau eine Konzeption, die diese Forderung erfüllt: SAT 1 bietet das Vollprogramm, TV Weiß-Blau das lokale Fenster.

120 Minuten sollen täglich dem lokalen Anbieter zustehen. Der Sender, der mehrheitlich Franz-Georg Strauß, dem Sohn des bayerischen Ministerpräsidenten, gehört, wird als aussichtsreichster Kandidat für die Zuteilung der lokalen Frequenz ge-

DIE WELT (USPS 403-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by Gorman Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Weitet ETA den Kampf auf Spaniens Verbündete aus?

Botschaft der Bundesrepublik nimmt Drohbrieft „sehr ernst“

ROLF GÖRTZ, Madrid
Die baskische Terrororganisation ETA droht jetzt offenbar auch die Bundesrepublik als einen „Verbündeten Spaniens“. In Schreiben an die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland, Italiens, Großbritanniens und Japans wird den Diplomaten „Strafe für die Zusammenarbeit mit der spanischen Regierung“ angedroht. Die Drohung gilt gleichermaßen der diplomatischen Vertretung wie auch den in Spanien arbeitenden deutschen Wirtschaftsunternehmen. Ein Sprecher der Botschaft in Madrid erklärte dazu: „Wir müssen das sehr ernst nehmen.“

Ein ähnliches Schreiben, das sich gegen den Tourismus als eine „wirtschaftliche Unterstützung Spaniens“ richtete, hatte die ETA bereits im Mai an die deutsche Botschaft gerichtet. Tatsächlich kamen bei etwa einem Dutzend Bombenanschlägen gegen Hotels und Restaurants an der spanischen Mittelmeerküste zwei Personen zu Schaden; in den meisten Fällen gab es nur Sachschaden.

Die jüngste Terrorwelle der ETA, bei der allein in Madrid 17 Polizisten bei Bombenanschlägen ums Leben kamen, wurde durch die Auslieferung von fünf Autos ausgelöst, die Madrid an die französische Regierung Chirac stellte. Nach der in den vergangenen 14 Tagen erfolgten Auslieferung von fünf Autos, die von den südfranzösischen Baskenpartei „Herri Batasuna“ in Spanien vorbereitet, kündigte der französische Außenminister weitere Auslieferungen an Spanien an.

Unruhe in Frankreich

Aus Protest gegen die spanisch-französische Zusammenarbeit gingen in den vergangenen zwei Wochen im spanischen Baskenland 30 Privatwagen mit französischen Kennzeichen in Flammen auf. Auch die Verbrennung von mehreren Linienbussen zwischen den baskischen Städten San Sebastian und Renieria dient dem gleichen Protest.

Wütender Protest auch gegen die ETA und ihre Helfer. So wurde am Mittwoch in Madrid bekannt, daß in den letzten Tagen fünf Autos führender Mitglieder der anarcho-kommunistischen Baskenpartei „Herri Batasuna“ im Baskenland ebenfalls verbrannt wurden. „Herri Batasuna“ bekennt sich offen zu den Zielen der ETA - die Volksrepublik Baskenland - und gilt als der politische Arm der Terrororganisation.

In Südfrankreich protestierten französische Basken gegen die Haltung der Regierung Chirac im Kampf gegen die ETA. Schon vor zwei Wochen explodierte vor dem Bezirksgericht von Bayonne eine Bombe, gelegt von französischen Basken-Terroristen. Die Aktivität der Terroristen und ihrer Anhänger in Spanien und Frankreich sowie das Bemühen der eng mit der ETA verbundenen spanischen Basken-Partei „Herri Batasuna“ läßt darauf schließen, daß die spanische Regierung zu Verhandlungen gezwungen werden soll.

Selbst der Chef der bürgerlichen Nationalisten-Partei PNV, Javier Arzallus, lamentierte öffentlich: „ETA will verhandeln - Madrid nicht.“

451 Personen ermordet

Am Wochenende traf der französische Minister für Sicherheit, Robert Pandrau, zu Gesprächen mit dem spanischen Innenminister José Barionuevo zusammen. Pandrau wurde auch von Ministerpräsident Felipe Gonzalez empfangen, der ihm seinen Dank für die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus aussprach. „Mit der ETA gibt es kein Verhandeln“, lehnte Gonzalez jeden Einlenkungsversuch der baskischen Landesregierung ab.

Der spanische Regierungschef erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß die ETA seit den ersten demokratischen Wahlen im Juni 1977 451 Personen ermordet hat, darunter 183 Angehörige der Guardia Civil, 64 Nationalpolizisten, 18 Kriminalbeam-

Drogen - Moskau schlägt Alarm

Zahl der Rauschgiftsüchtigen steigt / Aufklärungskampagne in den Medien / Harte Strafen

R.-M. BORNHÄSSER, Moskau
„Ich weiß nicht, was ich tun soll. Und doch darf ich nicht länger schweigen, zu bitter ist die Not zuhause. Sie dauern bereits seit 14 Jahren an“, schreibt eine verzweifelte Mutter aus Odessa. Sie hat zwei Söhne - und beide sind rauschgiftsüchtig.

Rauschgift in der Sowjetunion: ein Thema, das lange Zeit in der Presse weitgehend tabuisiert wurde, wird heute mit vermehrter Offenheit diskutiert. Immer häufiger erscheinen Artikel über dieses Problem. Angesichts der gefährlichen Neugierde, die vor allem junge Menschen der westlichen Drogenmode entgegenbrachten, sei es dringend notwendig, auch in der Sowjetunion „Alarm zu schlagen“ und durch intensive Aufklärung sowie durch schärfere Kontrollen der Ausbreitung dieses Lasters einen eisernen Riegel vorzuschieben, schreibt die „Komsomolskaja Prawda“. Zwar zählen die Behörden offiziell nur 3500 Rauschgiftsüchtige, doch diese Zahl ist zweifellos geschönt. Die Sucht breitet sich aus, daran besteht kein Zweifel. Gefördert wird sie indirekt von der Gorbatschow so drastisch angekündigten Anti-Alkohol-Kampagne.

Anders als im Westen greifen die sowjetischen Süchtigen noch nicht nach harten Drogen wie Heroin, Kokain oder LSD, sondern schüttelein und spritzen Haschisch und Marihuana, das in den Kaukasus-Republiken angebaut wird. So ist das Gebiet um Kuibischew, wo Kolchosen Mohn für die pharmazeutische Industrie des Landes anbauen, zur Pilgerstätte der sowjetischen Süchtigen geworden. Da liest man in der „Komsomolskaja Prawda“: „Kaum fängt der Mohn an zu blühen, erscheinen in den Dörfern des Kuibischewskaja-Gebietes „Tourenten“. Sie kommen mit Autos, kommen in Gruppen aus Orenburg, Orgol, Krasnodar, sogar aus baltischen Republiken. Aber nicht die Schönheit der Landschaft bezaubert diese Gäste, klagt das Parteiblatt, vielmehr

Lücken in der Erziehung

„Was zieht dich am Rauschgift an“, fragte der Reporter der „Komsomolskaja Prawda“ einen jungen Rauschgiftsüchtigen. Und dieser erklärte ihm: „Rauschgift ist dem Alkohol sehr ähnlich. Der Stoff vertreibt meine Sorgen, verwischt meine Probleme. Wenn ich verzweifelt bin, nehme ich eine kleine Dosis und fühle mich gleich wohl.“ Resignierend resümiert das Parteiblatt: Die Sorgen und Probleme werden kurzzeitig gelöst - doch die Sucht bleibt. Die Ur-

IRA schüchert irische Firmen ein

dp.a, Belfast
Die IRA droht Firmen, die in Nord-Irland das Militär oder die Polizei beliefern, verstärkt mit Attentaten. Beschäftigte von Betrieben, die für die Sicherheitskräfte arbeiten würden, seien „legitime Ziele“, heißt es in einem Brief der Organisation. Verschiedene Unternehmen haben sich daraufhin von Regierungsaufträgen zurückgezogen. Vier Angestellte von Baufirmen wurden bereits ermordet.

China besteht auf Raketenabbau

dp.a, Peking
Die chinesische Regierung reagiert abwartend auf die Gorbatschow-Vorschläge gegenüber China. Peking besteht auf seinen Bedingungen für die Verbesserung der Kontakte. Diese seien der Abbau von SS-20-Raketen in Fernost sowie die Beseitigung der Krisenpunkte Afghanistan und Kambodscha. Die angekündigte Reduzierung der Besatzungstruppen in Afghanistan sei ungenügend.

China besteht auf Raketenabbau

Die chinesische Regierung reagiert abwartend auf die Gorbatschow-Vorschläge gegenüber China. Peking besteht auf seinen Bedingungen für die Verbesserung der Kontakte. Diese seien der Abbau von SS-20-Raketen in Fernost sowie die Beseitigung der Krisenpunkte Afghanistan und Kambodscha. Die angekündigte Reduzierung der Besatzungstruppen in Afghanistan sei ungenügend.

China besteht auf Raketenabbau

Die chinesische Regierung reagiert abwartend auf die Gorbatschow-Vorschläge gegenüber China. Peking besteht auf seinen Bedingungen für die Verbesserung der Kontakte. Diese seien der Abbau von SS-20-Raketen in Fernost sowie die Beseitigung der Krisenpunkte Afghanistan und Kambodscha. Die angekündigte Reduzierung der Besatzungstruppen in Afghanistan sei ungenügend.

Erleichterung im Westen nach Wiederwahl Prems

Garant gegen den politischen Radikalismus in Thailand

E. GROEBEL, Bangkok
Mit der Order des Königs, General Prem Tinsulanonda erneut mit der Regierungsbildung zu beauftragen, ist das erwünschte Gerangel der aus der Wahl vom 27. Juli hervorgegangenen Parlamentsgruppen beendet. Prem, dessen Nominierung vom Parlament noch bestätigt werden muß, will sein fünftes Kabinett „so bald wie möglich“ vorstellen, wie er vor Journalisten in Bangkok erklärte. Damit sind die zuletzt hektischen Bemühungen der künftigen Oppositionsparteien fehlgeschlagen, die Nominierung Prems durch Einigung auf einen mehrheitsfähigen Gegenkandidaten doch noch zu verhindern.

In Bangkok wird das gute persönliche Verhältnis des Königs zu Prem Tinsulanonda hervorgehoben, einer vertrauensvollen Beziehung gegenseitiger Wertschätzung, die sich in einer der in Thailand so wichtigen Gestalten ablesen läßt: Nach der Überreichung des „Königlichen Dekrets“ durch die Generalsekretärin des neu gewählten Parlaments wandte sich Prem mit einer Verneigung in Richtung des königlichen Palastes. Anschließend legte er das Dokument auf einem Altar gegenüber einem Porträt des Königs nieder und erwies der Flagge von Thailand und dem König eine militärische Ehrenbezeugung.

Sofort nach Bekanntwerden der königlichen Order hat Bundeskanzler Kohl in einem Telegramm dem neuen Premierminister die Glückwünsche der Bundesrepublik Deutschland übermittelt. In Erinnerung an seinen Staatsbesuch im Mai dieses Jahres erneuerte Kohl seine Einladung zum Besuch der Bundesrepublik an Prem und fügte eine persönliche Einladung hinzu, sich im Anschluß an den Staatsbesuch noch einige Tage im Schwarzwald zu erholen.

Die fünfte Kabinettsbildung durch General Prem wird von ausländischen Beobachtern in Bangkok übereinstimmend als Ausdruck des politischen Willens von König und Parlamentsmehrheit bewertet, den eingeschlagenen Weg einer Schritt für Schritt stattfindenden weiteren Demokratisierung in diesem Land fortzusetzen. Kritischen Stimmen - vor allem aus dem Lager oppositioneller Studenten - die einen Mangel darin sehen, daß Prem kein gewähltes Mitglied des Parlaments ist, muß angesichts des unbestreitbaren Vertrauens

Nutzen Sie alle Berufs-Chancen.

Nutzen Sie den großen Stellenreichtum für Fach- und Führungskräfte. Sie finden ihn

jeden Samstag in der WELT

Beobachter, lobte die in den vergangenen Jahren erfreulich gestiegene Repräsentanz deutscher Politiker in Thailand als wichtige Unterstützung der wirtschaftspolitischen Arbeit seiner Kammer und der deutschen Botschaft. Allerdings sei die deutsche Investitionsneigung im zukunftsstrahlenden Markt Thailand nach wie vor zu schwach entwickelt.

Dieser „Mangel an Unternehmertum zum Risiko“ war auch während des Besuchs von Bundeskanzler Kohl Gegenstand der Beratungen. Als erstes Ergebnis der damaligen Gespräche wird im Oktober eine aus ranghohen Beamten der jeweils zuständigen Ministerien bestehende Kommission in Bangkok zusammengetreten, um über Maßnahmen für die auch von thailändischer Seite dringend gewünschte Verstärkung deutscher Investitionen in diesem Land zu beraten. Ziel ist der Abbau von Investitions- und Handelshemmnissen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Kaum noch Schlagzeilen

„Die Deutschen sind uns schon fast zu gewöhnlich geworden“, WELT-Serie vom 12. Juli

Offen gesagt, ich bin froh, daß wir aus den Schlagzeilen der Weltpresse heraus sind, sowohl von der Überschrift „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ wie auch unter dem Aspekt „Deutschland als permanenter Krisenherd“ oder als „Stolperdraht für Ost-West-Krisen“. Wenn es uns auch noch gelänge, Deutschland aus dem Schlaglicht „Hauptgefechtsfeld des Terrorismus“ herauszubringen, wären wir alle froh.

Die „Langweiligkeit“, die David Binder konstatiert, gestattet uns als geteiltem Land in Kleinarbeit millimeterweise Klimaverbesserungen in dem am stärksten militarisierten Bereich unserer Welt zu betreiben und gleichzeitig mit ein wenig mehr Freizügigkeit für die Folgen von Mauer und Teilung zu mildern.

Als wichtigster Bündnispartner der USA auf dem europäischen Kontinent und als wichtigster Wirtschaftspartner in Europa ist Bonn heute in drei Bereichen: der Einigung Europas, der Stärkung des atlantischen Zusammenhalts und der Verbesserung der Ost-West-Beziehungen.

Wer heute in Deutschland „in der Nacht an Deutschland denkt“, kann alles andere als ruhig schlafen, aber er weiß, daß Alpträume, Schlaflosigkeit und Aufgeregtheit ebenso wenig wie Aktionismus geeignet sind, uns voranzubringen.

Recht hat David Binder, wenn er bemängelt, daß wir in der „Reklamewelt der USA“ höchstens noch als Hersteller perfektionistischer Automobile vorkommen. Dabei ist mit einem sicherlich nicht immer rundlaufenden und gelegentlich sogar stot-

EKD und Politik

EKD ist zu politischen Positionen: WELT vom 21. Juli

Nicht erst seit heute mißt die EKD mit zweierlei Maß. Wer hat je ein Wort von Sanktionen gegen eine linke Regierung von Kuba bis DDR und UdSSR gehört?

Die Tatsache, daß man die Regierung nicht wählen kann, haben Schwarz und Sozialdemokraten mit den Menschen in sozialistischen Staaten gemeinsam. Wo bleibt der Protest der EKD?

Dr. Wulf Rothenbacher, Diez

Man kann der EKD nur raten: „Schuster bleib bei Deinem Leisten.“

Max Kreuzfeldt, Langballig

EKD: Solange keine Asyl-Verfahren: WELT vom 29. Juli

Sehr geehrte Redaktion, eine homogene „evangelische Kirche“, etwa der römisch-katholischen vergleichbar, gibt es nicht. Die „EKD“ setzt sich aus sehr unterschiedlichen „Konfessions-Kirchen“ zusammen: Es gibt keine „EKD-Konfession“.

Wir wollen als evangelisch-lutherische Christen nicht von einer dafür überhaup nicht zuständigen kirchlichen Institution meinungspolitisch „gegängelt“ werden.

Pastor Horst Runge, Brügge/Holstein



Walter Leisler Kiep

sichts Europas und Deutschlands, die inneramerikanische Diskussion über die eigene Rolle der USA, die Frustration vieler Amerikaner mit ihrer Weltführungsrolle, die sie gelegentlich als eine Art von „unfreiwilligen Römern“ erscheinen läßt, sollten nicht vergessen machen, wie wichtig, ja entscheidend die Stabilität und Lebensfähigkeit des wichtigsten Bündnispartners auf dem europäischen Kontinent für das Überleben freier Gesellschaften ist.

Walter Leisler Kiep
Vorsitzender der Atlantik-Brücke
Frankfurt

Verliebt

Fischer der Welt - Welt der Fischer: WELT vom 21. Juli

Der Artikel über die Ausstellung in Weinheim ist mit Fotos versehen, für die ich mich interessiere. Genaue Angaben, es sind nicht die Fotos an sich, sondern das darauf abgebildete Mädchen, in das ich mich verliebt habe.

Volker Abmann, Marburg

Wort des Tages

„Nicht die Politik, das heißt, nicht die Sorge um das Gemeinwohl verdient den Charakter, sondern ein verdorbener Charakter verdient die Politik.“

Julius Raab, österreichischer Politiker (1891-1964)

Schachtstandort

„Die Naturschutzverbände rüfen Bau und rufen Waldmann“: WELT vom 16. Juli

Es wird von den Naturschutzverbänden BUND und WWF nicht verkannt, daß die nordrhein-westfälische Landesregierung Planungsgenehmigungen für ein industrielles Großprojekt zurückgezogen hat.

Trotzdem bleibt der Bau einer Schachtanlage der Ruhrkohle AG ein Verstoß gegen das Internationale Abkommen zum Schutz von Feuchtgebieten (Ramsar 1971).

Ein Wetterschicht mit einem Flächenbedarf von circa einem Hektar wäre als Alternative noch gerade akzeptabel, aber 25 Hektar für einen Seilfahrtschicht stellt einen drastischen Eingriff in dieses wertvolle Gebiet dar, denn über die von den Planern festgelegten Grenzen hinaus gehen Störungen von diesem Areal aus, so daß es für die darauf existentiell angewiesenen Vögel gänzlich unbrauchbar werden könnte.

Die Naturschutzverbände fordern die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen auf, die positiven Ansätze in ihrer Naturschutzpolitik endlich in die Tat umzusetzen.

Wolfgang Fremuth, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

In Ihrem Artikel sind Sie Informationen aufgesessen, die durch Entscheidungen in den letzten Monaten längst überholt sind. Die Landesregierung hat in einer großen Kraftanstrengung dafür Sorge getragen, daß das Ramsar-Gebiet Orsoy-Rheinbogen nicht industriellen Großvorhaben zum Opfer fällt - im Gegenteil, es wird alles getan, um dieses Gebiet für die Natur zu erhalten.

Nach einem Beschluß des Landeskabinetts wird der Bereich Orsoy-Rheinbogen nicht mehr als Gebiet für flächenintensive Großvorhaben im Landesentwicklungsplan VI vorgesehen. Mit der Entscheidung der Landesregierung zugunsten des Natur- und Artenschutzes im Orsoy-Rheinbogen ist der Abwägungsprozess für die Planungen in diesem Raum abgeschlossen.

Wer kritisiert, daß dennoch in diesem Bereich ein Schachtstandort geplant ist, muß der Ehrlichkeit halber hinzufügen, daß dieser Schachtstandort eine Fläche von rund 20 Hektar in Anspruch nehmen wird, was im Vergleich zur gesamten Ramsar-Fläche Orsoy-Rheinbogen von mehr als 1000 Hektar zu tolerieren ist.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Buchow,
Ministerium für Umwelt,
Raumordnung und Landwirtschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

Personen

KIRCHE

Das 60. Jahr seines Wirkens als Priester vollendete der Bischof von Regensburg, **Rudolf Graber** - von 1962 bis 1981 Diözesanbischof von Regensburg und von 1981 bis 1982 Apostolischer Administrator des Bistums Regensburg. Der Bauernsohn aus Unterkrankenbrunn wurde 1903 in Bayern geboren und diente der katholischen Kirche schon im Schüleralter als Ministrant. Er studierte in Eichstätt Philosophie und in Innsbruck Theologie. Bereits mit 23 Jahren wurde er zum Priester geweiht. In seinem Bemühen um die innere Erneuerung der Kirche und Ordensleute gründete der Bischof schließlich das inzwischen über ganz Europa verbreitete Monatsheft „Directorium spirituale“. Der Gedanke, mit diesem „Werkheft“ den vielbeschäftigten Priestern zu helfen, hatte Bischof Rudolf Graber „nahezu 15 Jahre lang beschäftigt“. Nicht zuletzt damit hat der Bischof sein erklärtes Ziel erreicht, eine neue Generation von Priestern heranzubilden.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Ednard Zehnder** aus der Fakultät der Mathematik der Ruhr-Universität Bochum, hat einen Ruf auf die Lehrstühle für Mathematik an der University of California in Santa Cruz und an der University of Minnesota in Minneapolis (USA) erhalten. Für welchen Lehrstuhl er sich entscheiden wird, ist noch offen.

WAHL

Die Akademie der Künste in Berlin hat die Ostberliner Schriftsteller **Heiner Müller** und **Günter de Bruyn** zu neuen Mitgliedern der Abteilung Literatur gewählt. Auch der in Basel lebende Dramatiker **Kolf Hochhuth** ist neues Mitglied der Abteilung Literatur. Neues Mitglied

VERNISSAGE

Unbeirrt hält ein Außenseiter der Kunst den verwirrend schnellen Film- und Videostreifen unserer Tage seine schwebenden Bilder und Töne entgegen. Der Engländer **Brian Eno**, der im Grenzbereich von Musik und bildender Kunst arbeitet, stellte am Dienstagabend in Hamburg seine Video-Installation „Place Number 15“ vor, die bis zum 31. August im Kulturzentrum Markthalle gezeigt wird. Die Ausstellung soll anschließend in Mailand zu sehen sein. In einem grabesdunklen Saal

EHRUNGEN

Mit der höchsten päpstlichen Auszeichnung, die eine Frau erhalten kann, ist die ehemalige Vorsitzende des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) Würzburg-Stadt, **Hedwig Hoch**, geehrt worden. Die 69jährige erhielt die Medaille „Pro Ecclesia et Pontifice“ (Für Kir-

VERANSTALTUNG

Zu einem musikalischen Lekturbissen für Musikfreunde wird vom 20. August bis 1. September das fünfte „Festival Bahnhof Rolandseck“. Initiator und zum fünften Mal Leiter des musikalischen Festivals, das in Zusammenarbeit mit der „Stiftung Bahnhof Rolandseck“ durchgeführt wird, sind **Chaim Taub**, der Konzertmeister des israelischen Philharmonischen Orchesters, und der Hausherr in Rolandseck, **Johannes Weimert**. Zu den Kursen werden Meisterschüler aus der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Israel, Finnland und Mexiko erwartet. Als Lehrmeister treten Solisten des Chicago Sinfonieorchesters auf, die Pianisten **Esley Blackwood** und **Tamara Orlovsky**, **Albert Igonikow**, **Nancy Park** und **Richard Ferrin** (Violine), **Arkady Orlovsky** (Violoncello), **Joseph Guastafeste** (Kontrabaß), **Richard Graef** (Flöte), **Ray Still** (Oboe), **John Bruce Yeh** (Klarinette), **Willard Elliott** (Fagott), **Daniel Gingrich** (Horn) und **George Vozburg** (Trompete). Öffentliche Konzerte, die in diesem Zeitraum durchgeführt werden, gehören inzwischen zu den begehrtesten sommerlichen Musikereignissen im rheinischen Raum.

GESTORBEN

David Cooper, einer der Väter der Anti-Psychiatrie, ist in Paris im Alter von 55 Jahren gestorben. Der in Südafrika geborene Cooper kämpfte in den sechziger Jahren zusammen mit dem Schotten **Ronald D. Laing** gegen die traditionelle Psychiatrie an. Beide Wissenschaftler lehnten den Begriff der Geisteskrankheit ab und betrachteten Psychosen als soziale Phänomene. Laing und Cooper übten in den sechziger Jahren starken Einfluß auf intellektuelle und Jugendliche aus. Cooper gab der neuen Theorie den Namen „Anti-Psychiatrie“. Die Unterbringung in Heilanstalten oder psychiatrischen Kliniken lehnten beide strikt ab. Cooper lebte seit zwölf Jahren in Paris. Mit Laing zusammen schrieb er unter anderem die Werke „Psychiatrie und Anti-Psychiatrie“ (1967) und „Tod der Familie“ (1977).

Gnade für Rudolf Heß?

Nach seinem Amtseid ist Herr Kohl der Kanzler aller Deutschen. Dann sollte er auch bedenken: Wären Rudolf Heß und seine Komplizen noch heute an der Macht, sähe ich, falls ich überhaupt noch am Leben wäre, mit unzähligen anderen homosexuellen, jüdischen und sonstig „unwerten“ Leidensgefährten im KZ. Solange Heß für die Millionen Opfer seines politischen Wirkens kein Wort des Bedauerns übrig hat, ist das Kriegsverbrecher-Gefängnis in Spandau der einzig richtige Aufenthaltsort für ihn.

Die USA, Großbritannien und Frankreich, die stets für die Menschenrechte eintreten, werden gerade von den ehemaligen deutschen Frontsoldaten und Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges aufgefordert, endlich die Unmenschlichkeit an Rudolf Heß zu beenden durch die unverzügliche Freilassung des fast erblindeten Greises. Dann könnte auch die Sowjetunion nicht umhin, ihre gnadenlose Rache gegenüber Rudolf Heß aufzugeben.

Mit freundlichen Grüßen
Alois Glogger,
Augsburg

Wort des Tages

„Nicht die Politik, das heißt, nicht die Sorge um das Gemeinwohl verdient den Charakter, sondern ein verdorbener Charakter verdient die Politik.“

Julius Raab, österreichischer Politiker (1891-1964)

FUSSBALL

Prominente Klubs in Italien hart bestraft

Italiens Traditionsverein Lazio Rom steht vor dem Ruin. Nachdem der Klub bereits vor sechs Jahren zwangsweise in die zweite Liga versetzt wurde, muß er jetzt sogar in die dritte Liga absteigen.

Hart bestraft wurden außerdem der Erstligaklub FC Udinese und der Zweitligaveren Perugia, die ebenso wie Lazio Rom zwangsweise in die nächstuntere Spielklasse absteigen müssen.

Die weitreichendsten Konsequenzen hat das Urteil für Lazio Rom. Der Sprecher der Aktienmehrheit des Vereins hat nach Bekanntwerden des Urteils die Auflösung des Vereins beantragt.

Aber auch für den FC Udinese, bei dem der Brasilianer Edinho spielt, beginnt jetzt eine Durststrecke. Udinese verlor neben dem Platz in der ersten Liga, den jetzt der SC Pisa einnehmen wird, auch wichtige Männer in der Vereinsführung.

Nach den Urteilen wurde in Italien bereits Kritik laut. So wurde Franco Janich, Manager in Bari, für ein Jahr gesperrt, der in der Beweisaufnahme viel verdächtige Manager von Neapel, Italo Allodi, jedoch aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

Nach den Urteilen wurde in Italien bereits Kritik laut. So wurde Franco Janich, Manager in Bari, für ein Jahr gesperrt, der in der Beweisaufnahme viel verdächtige Manager von Neapel, Italo Allodi, jedoch aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

LEICHTATHLETIK / Aufregung um private Suche nach Sponsoren

Claudia Losch in Bestform, aber ihr Trainer fühlt sich schlecht behandelt

JÖRG STRATMANN, Bonn Christian Gehrman gibt sich resigniert. „Der Ärger und die Aufregung der letzten Tage“ haben den Leichtathletik-Trainer wortkarg werden lassen.

Dabei hätte der 48jährige Landes-trainer des Bayerischen Leichtathletik-Verbandes zur Zeit allen Grund, sich über die konstant prächtigen Leistungen seiner Musterschülerin, der Kugelstoß-Olympiasiegerin Claudia Losch, auszulassen.

Doch Christian Gehrmanns Stimmung ist verdorben. Nicht, weil Claudia Losch erneut knapp die 21-m-Marke verfehlt.

„Außergewöhnlich, aber nicht außerordentlich“, nennt Gehrman seine Maßnahme. Der DLV allerdings äußerte sofort erhebliche Bedenken. Auch Gerhard Klein, Geschäftsführer der Stiftung Deutsche Sporthilfe, wies auf die Schwierigkeiten hin, die Gehrman bei seinem Vorgehen riskiert.

„Ein Monat nach ihrem Weltrekord über 10 000 Meter unterstrich die Norwegerin Ingrid Kristiansen ihre Favoritenstellung für die EM in Stuttgart. Bei einem Meeting in Stockholm verbesserte die 30jährige in 14:37,33 Minuten die alte Bestleistung der Britin Zola Budd um 10,74 Sekunden.“

EM sei gefährdet, wird befürchtet. Denn Athleten dürfen zwar ihre Leistungen und ihren guten Namen vermarkten, aber nur über eine Fördergesellschaft, die das Geld in der aktiven Zeit des Sportlers verwaltet.

Christian Gehrman versteht die ganze Aufregung nicht. Er habe den DLV vorher von seinem Plan informiert und wolle selbstverständlich die Spielregeln des Amateurstatus einhalten.

Einem Monat nach ihrem Weltrekord über 10 000 Meter unterstrich die Norwegerin Ingrid Kristiansen ihre Favoritenstellung für die EM in Stuttgart.

FRANKREICH

Littbarski „sehr diskret“

Die französische Sportzeitung „L'Equipe“ suchte und fand immer neue Superlative. „Mini-Mundial“, hieß es und: „Ganz Europa schaut auf uns“ beim „glanzvollen Krieg der Fußball-Sterne“.

Die beiden deutschen National-spieler in Diensten französischer Klubs starteten mit unterschiedlichen Erfolgen.

Nach den Urteilen wurde in Italien bereits Kritik laut. So wurde Franco Janich, Manager in Bari, für ein Jahr gesperrt, der in der Beweisaufnahme viel verdächtige Manager von Neapel, Italo Allodi, jedoch aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

STANDPUNKT

Matt dem Präsidenten

Es gibt Probleme im Schach, die sind sehr einfach zu lösen mit dem Stimmentzettel. Florencio Campomanes, Präsident des Weltverbandes, ein Mann, der die Figuren bewegt, wie es Moskau Funktionäre und sein Freund Karpow wollen, hat die Schach-Olympiade nach Dubai verlegt.

Nur noch eine Bemerkung zur Gewichtung des politischen Matts für Israel: Karpow ist der erste russische oder sowjetische Weltmeister, der nicht jüdischer Abstammung ist.

FÜNFKAMPF / WM

Schwacher Detlef Kreher

Einen Dämpfer erhielten die Hoffnungen der deutschen Männer-Mannschaft bei den Weltmeisterschaften der Modernen Fünfkämpfer in Italien bereits am ersten Tag.

Michael Scharf aus Bonn kam hingegen auf dem Sandplatz in Lucca viel besser mit dem schweren Parcour zurecht. Der WM-Neuling Letste sich lediglich zwei Abwürfe und rangierte mit 1036 Punkten auf dem dritten Platz nach dem ersten Durchgang hinter dem Mexikaner Macedo Hoyos (1100) und dem Australier Alexander Watson (1070).



Auf leisen Sohlen durchs Wattenmeer

Öumfälle im Wattenmeer und Sumpffzonen können jetzt mit Hilfe eines Allzweck-Amphibienfahrzeuges bekämpft werden, das nicht nur fahren und schwimmen, sondern gleichzeitig auch Ölsperrnetze auslegen, Öl aufnehmen und die Verunreinigungen im Flachwasser abschöpfen kann.

Im Watt erreicht das Fahrzeug eine Geschwindigkeit von 20 Stundenkilometern, im Wasser ist es etwa halb so schnell. Da das Gefährt wegen seiner geschlossenen, überbreiten Laufkette einen sehr niedrigen Bodendruck ausübt, wird das gefährdete Einsinken und Festfahren im Schlamm vermieden.

Ein Wärmebild von kalter Hand

Computergesteuerte Infrarot-Thermografie diagnostiziert Durchblutungsstörungen

Von RICHARD SCHWALBE Mit einem neuen Untersuchungsverfahren sind Mediziner der Universität Mainz jetzt der Erkennung der sogenannten Weißfingerkrankheit (Vibrationsbedingtes Vasospastisches Syndrom) nähergekommen.

Hierbei handelt es sich um eine in der Bundesrepublik erst seit kurzem beachtete Berufskrankheit, von der besonders Waldarbeiter und Personen betroffen sind, die mit sehr schnell vibrierenden Geräten arbeiten.

Ursachen der Durchblutungsstörung einig. Eine der vertretenen Theorien geht davon aus, daß die Vibrationen von Motorsägen und Schleifgeräten ein starkes Wachstum der Muskulatur in den Blutgefäßwänden bewirken.

Die neue Untersuchungsmethode aus dem Institut für Arbeits- und Sozialmedizin der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz macht sich zunutze, daß schlecht durchblutete Hautpartien kälter sind als solche mit ausreichender Blutversorgung.

Werden die Hände in kühles Wasser getaucht und anschließend in wärmere Luft gehalten, setzt die im Wasser verminderte Durchblutung allmählich wieder ein.

Ein jeder kennt einen vergleichbaren Schmerz nach einer Schneeballschicht, wenn die ausgekühlten Hände bei Wärmeeinwirkung beginnen zu „brennen“.

Ähnlich machen sich auch die periodischen, ohne äußeren Anlaß auftretenden Anfälle der Weißfingerkrankheit bemerkbar. Ihr Name leitet sich von dem mit dem Blutmangel verbundenen weißen Verfärbung der betroffenen Fingerglieder ab.

Die von Prof. Heinrich Dupuis entwickelte Diagnoseanlage benutzt für die Aufnahmen eine elektronische Kamera. Die Wärmebilder der Hände werden in einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert und aufbereitet.

Erprobt wurde das Verfahren in den letzten drei Jahren mit einer großen Zahl von Waldarbeitern. Dabei hat sich die Infrarot-Fotografie als eine zuverlässige Diagnosemethode erwiesen.

SPORT-NACHRICHTEN

Großverdiener

Rom (sid) - Diego Maradona ist der Großverdiener im italienischen Fußball. Er verdient beim AC Neapel 2,5 Millionen Mark netto im Jahr - ohne Werbeeinnahmen.

Kritik am Fernsehvertrag

München (sid) - Uli Hoenes, Manager des deutschen Fußball-Meisters FC Bayern München, hat in der Illustrierten „Bunte“ den Fernsehvertrag der Bundesliga mit ARD und ZDF kritisiert.

Renn im Finale

Zürich (sid) - Der Nürnberger Roland Renn erreichte bei den Schweizer Weltmeisterschaften in der Schweiz den Final-Lauf der Radamateure.

Paz in Paris

Paris (sid) - Ruben Paz, Fußball-Nationalspieler aus Uruguay, hat beim französischen Erstliga-Klub Racing Club Paris einen Vier-Jahres-Vertrag unterschrieben.

Sieg am grünen Tisch

Paris (sid) - Die Rover-Fahrer Armin Hahne/Win Percy (Deutschland/Großbritannien) wurden beim Tourenwagen-EM-Lauf im österreichischen Zellweg nachträglich auf Platz eins gesetzt.

Mannschaftsarzt Steinbach

Homburg (sid) - Der ehemalige Weltklasse-Schwimmer Klaus Steinbach ist vom Fußball-Bundesliga-Klub FC Homburg als Mannschaftsarzt verpflichtet worden.

Sieg für Krug

Cedar Valley (dpa) - Der 48jährige Hochheimer Herbert Krug gewann zwei Rahmenprüfungen bei der Weltmeisterschaft der Dressurreiter in Cedar Valley bei Toronto.

ZAHLEN

LEICHTATHLETIK Internationales Sportfest in Ingelheim, Hessen, 1900 m: 1. Almasandige 3:44,33 Min. - 3000 m: 1. Noak 8:05,23 - Speer: 1. Tafeimeler (alle Deutschland) 82,00 m (DLV-Jahresbestweite).

TENNIS

Turnier in Stratton Mountain, 1. Runde: Becker (Deutschland) - Shultz (USA) 6:4, 7:5; McEnroe (USA) - Ostoja (Jugoslawien) 7:5, 6:3; Connors - Kozitz 6:7, 6:3, 7:5; Mayotte - Hoopert (alle USA) 3:6, 7:5, 7:6; Lendl (CSRB) - Mansdorf (Israel) 6:2, 7:5.

FUSSBALL Freundschaftsspiele: Avenir Beggen - Köln 0:0, Bochum - Everton 0:2, Spich - Leverkusen 0:1, Kirchheim - Frankfurt 0:0, Neus - M'gladbach 0:7, St. Pauli - HSV 1:3.

TENNIS / Comeback nach sieben Monaten

McEnroe erfüllte seine Pflicht - Becker auch

Es waren Erfolge, kein Zweifel, die nackten Zahlen sind eindeutig. Aber es waren welche von der Art, die die Spieler selbst gerne „Arbeitssiege“ nennen. Etwas langweilig also, reine Pflichterfüllung, nicht gerade attraktiv für die Zuschauer und auch nicht aussagekräftig für das, was noch kommen soll.

vergleichsweise unwichtige, Spiel gegen Ostoja als Maßstab genommen: Der wilde Junge von 27 Jahren scheint tatsächlich etwas ruhiger geworden zu sein.

Boris Becker, der vom Hohenstrahlung in Crans Montana (Schweiz) direkt in die USA gereist war, wirkte noch etwas langsam und schwach in seinen Reaktionen. In seinen Gedanken aber ist er schon in der Zukunft bei John McEnroe. Vorausgesetzt, beide gewinnen ihre nächsten Spiele, dann treffen sie am Samstag im Halbfinale aufeinander.

Am ersten Tag des Turniers von Stratton Mountain ging wegen McEnroes Comeback fast unter, daß die anderen Weltklasse-Spieler ebenfalls in die zweite Runde einzogen.

Weitläufige Suchaktion

Die Ortung von Flugzeugen und Schiffen wird verbessert

Von DIETER THIERBACH Eine Palette von neuartigen Navigationsdiensten, die jetzt auch den Luftfahrt-Gesellschaften angeboten werden sollen, wurde auf der diesjährigen Tagung des Inmarsat-Bates in London vorgestellt.

Navigationssystem und Höhenmesser genau arbeiten. Das ganze, so Inmarsat-Generaldirektor Olof Lundberg in London, würde das erste weltumspannende Echtzeit-System darstellen, auf dem man - wie bei einem Radarschirm - sämtliche in der Luft befindlichen Maschinen darstellen und ihre Bewegungen verfolgen kann.

Inmarsat (International Maritime Satellite Organisation) ist eine internationale Vereinigung, die von 46 Mitgliedsländern, unter anderem auch der Bundesrepublik Deutschland getragen wird.

Dieser neuartige Entfernungsmeßdienst würde es dann ermöglichen, die Position eines Teilnehmers - an Land, zu Wasser oder in Luft - zu bestimmen, indem man die Zeit mißt, die ein übermitteltes Signal braucht, um bei seiner ursprünglichen Funktion wieder empfangen zu werden.

Die Schiffe können die Satelliten-Fernmeldeeinrichtungen mit dem von ihnen benutzten Navigationssystem verbinden, um so eigene Positionsmeldungen abzusenden.

Zu diesem Zweck sind gleichzeitig mindestens zwei verschiedene Satelliten-Arten notwendig, sowie Sendeeinrichtungen, die dem aufzuspeisenden Objekt nötig sind.

In kommenden Jahr will die Organisation mit der Bereitstellung ähnlicher Dienste für Flugzeuge beginnen. Eine vollautomatische Überwachung würde es den Fluggesellschaften ermöglichen, die jeweilige Position des Flugzeuges festzustellen - an welcher Stelle der Welt es sich auch befindet.

Bei einer anderen Forschungslinie, die ebenfalls in kommenden Jahr intensiv vorangetrieben werden soll, geht es um die Integration der Ortungsmöglichkeiten in die von Inmarsat neuentwickelten „Standard-C-Mikroterminals“.

Die traditionellen europäischen Baudteller gehen langsam zu Ende. Arno Nöbden berichtet über die Herausforderung an die Geologen, neue Lagerstätten zu finden.

NOTIZEN

Linsen-Verpflanzung

Gießen (DW) - In der Bundesrepublik werden jährlich etwa 90 000 Linsen zur Behandlung des Grauen Stars implantiert.

Umwelt-Simulation

Hamburg (D. T.) - Im Rahmen des vom BMFT geförderten Komplexes „Bautenschutz“ ist dem Institut für Allgemeine Botanik der Hamburger Universität eine neuartige Umweltsimulationskammer bewilligt worden.

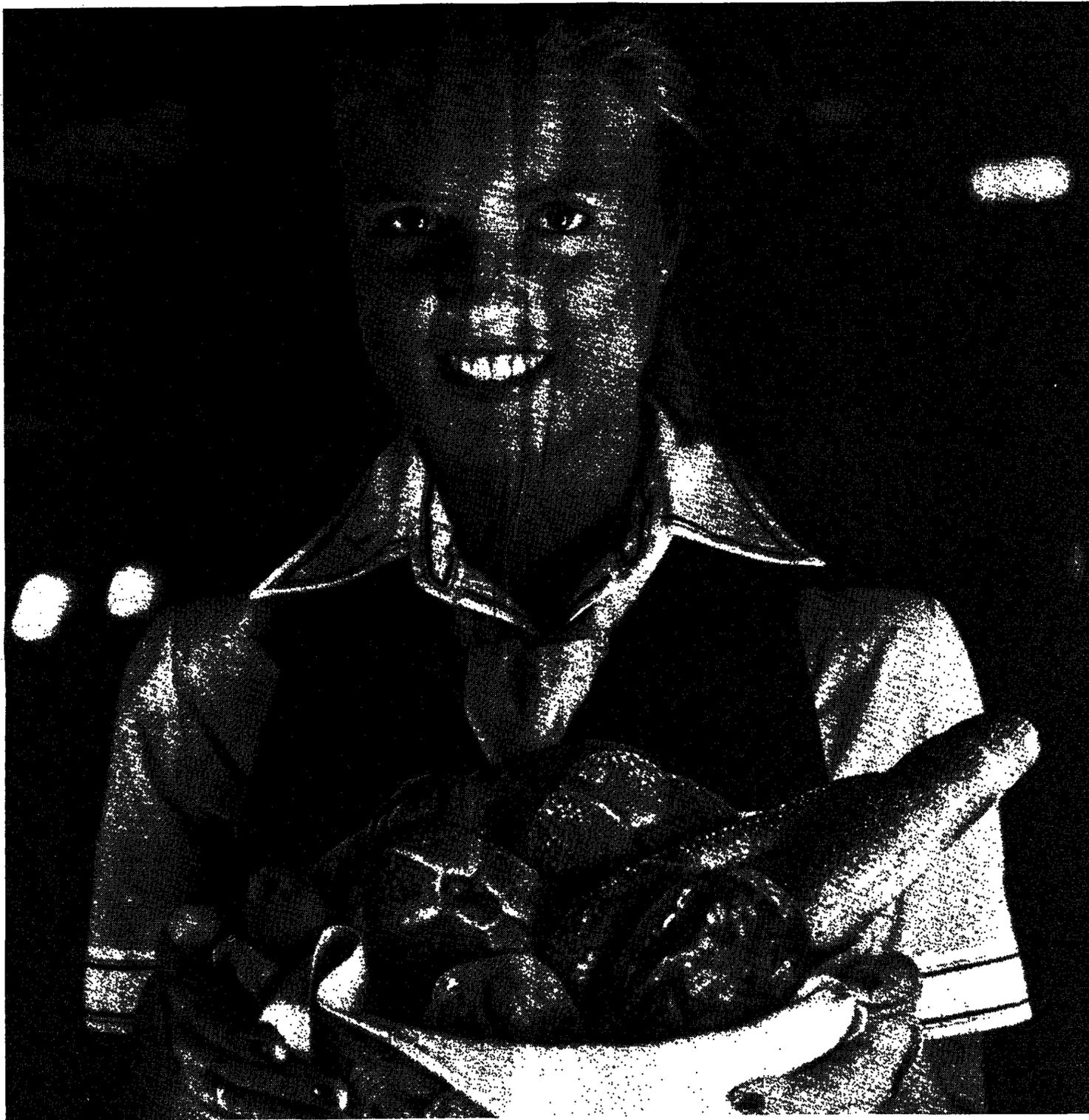
Samstag auf der Wissenschafts-Seite

„Warum nicht einfach die Sonne anzapfen?“ - Dieter Thierbach geht der Frage nach, ob die Solarenergie in absehbarer Zeit einen nennenswerten Beitrag zur Strom-Produktion leisten kann.

Die traditionellen europäischen Baudteller gehen langsam zu Ende. Arno Nöbden berichtet über die Herausforderung an die Geologen, neue Lagerstätten zu finden.

Handwritten text in Arabic script: مكالمة الهاتف

Über 100mal in der Woche nach Amerika. Auf die deutsche Art.



Natürlich hört die deutsche Art nicht bei den frischen Brötchen auf. Auch Gründlichkeit und Zuverlässigkeit wird uns Deutschen gerne zugeschrieben. Wir tun alles, um diesem Ruf gerecht zu werden.

Zum Beispiel mit einer modernen Flotte, intensiver Wartung oder unserem Service, bei dem Komfort, Bequemlichkeit und Pünktlichkeit großgeschrieben werden. Wie gut Sie bei Lufthansa aufgehoben

sind, können Sie jederzeit erleben: nach Anchorage, Atlanta, Boston, Calgary, Chicago, Dallas, Houston, Los Angeles, Miami, Montreal, New York, Philadelphia, San Francisco, Toronto oder Vancouver. Unsere Flüge

sind nonstop, einige mit einem Stop. Und immer mit modernsten 3- und 4strahligen Großraumflugzeugen. Insgesamt 100mal jede Woche ab Deutschland. Das bietet Ihnen keine andere Fluggesellschaft.



Lufthansa

Die Asyl-Frage wird zum Wahlkampfthema

FDP: Flüchtlinge aus dem Ostblock nicht automatisch aufnehmen

DW, Bonn
Beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zimmern sind im Juli 6577 Asylanträge für 9710 Personen eingegangen. Das ist die höchste Zahl in einem Monat seit 1980. Im Juni waren es noch 7340 Bewerber.

Die meisten Bewerber vom Juli kamen aus Iran (2339 Personen) und aus Libanon (1418), gefolgt von Staatenlosen (1034), vor allem Palästinensern. Weitere Herkunftsländer waren Ghana (768), die Türkei (489) und Indien (681). Die Zahl der Asylbewerber aus den Ostblockstaaten, vor allem aus Polen, stieg auf 1118 Personen. Ihr Anteil liegt damit bei 11,5 Prozent der Asylbewerber.

In Berlin wurden im Juli 4109 Anträge gegenüber 3416 im Juni gestellt. Insgesamt haben in diesem Jahr bisher 52 032 Ausländer einen Asylantrag gestellt, 36,7 Prozent davon in Berlin.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann schrieb im CSU-Organ „Bayernkurier“ zur Asylanfrage: „Wir haben bisher, das muß man sarkastisch sagen, noch Glück gehabt, daß nur Hunderttausende, aber nicht Millionen kamen.“ Durch das Grundgesetz habe „jeder einzelne der fünf Milliarden Menschen auf der Welt ein verbietet Recht zumindest auf vorübergehenden Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland.“ Jeder, der einmal hier sei, könne durch geschicktes Verhalten seinen Aufenthalt auf Jahre und vielleicht auf Dauer verlängern.

„Dauerstörer in der FDP“

Zimmermann fordert nachdrücklich eine Änderung des Grundgesetzes, um des Asylantragszuzustroms Herr zu werden. Nach der Bundestagswahl im Januar 1987 will er einen Gesetzesvorbehalt zum Asylparagrafen des Grundgesetzes formulieren, um sicherzustellen, daß nur noch tatsächlich politisch Verfolgten Asyl gewährt wird.

Den stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Gerhart Baum und den innenpolitischen Sprecher der FDP, Bundestagsfraktion, Burkhard Hirsch, die zu den strikten Gegnern einer Grundgesetzänderung gehören, bezeichnete er als „Dauerstörer einer vernünftigen Koalitionlinie“. Die FDP-Führung sei offenbar nicht in

Chirac kürzt mit der Vertrauensfrage die Debatte um Mediengesetze ab

Sozialisten und Kommunisten sehen „Hochburg“ in Gefahr / Wer übernimmt Fernsehsender?

hW/DW, Paris
Der französische Premierminister Jacques Chirac hat die geplante Änderung der Mediengesetze mit der Vertrauensfrage verbunden, um ein weiteres Mal eine parlamentarische Debatte zu umgehen. Die oppositionellen Sozialisten haben bereits angekündigt, daß sie auf die Pläne der Regierung mit einem Mißtrauensantrag antworten wollen. Wichtigster Punkt der geplanten Änderungen ist die Privatisierung der staatlichen Fernsehanstalt TF 1.

Die Abstimmung im Parlament wird voraussichtlich am Wochenende stattfinden. Seit seiner Amtseinführung im März dieses Jahres hat Chirac bereits fünf Mal Gesetzesänderungen mit der Vertrauensfrage verbunden.

Linke besetzten Schaltstellen

Sozialisten und Kommunisten, unterstützt von den Gewerkschaften, strüben sich mit Händen und Füßen gegen die Gesetzesvorlage, die das Fernsehen in Frankreich als eine der mächtigsten Hochburgen der Linken gilt. Nach der Regierungsübernahme

Gericht billigt Begnadigungen

Der Oberste Gerichtshof Israels hat in Jerusalem die Begnadigung des ehemaligen Chefs des Inlandsgeheimdienstes Schim Bet, Avraham Schalom, und dreier Angestellter seines Dienstes für rechtmäßig erklärt.

Juristen und linksgerichtete Politiker hatten das Gericht angerufen, nachdem Staatspräsident Chaim Herzog die vier Männer im Zusammenhang mit der Ermordung zweier Palästinenser noch vor einer Anklageerhebung begnadigt hatte.

Der ehemalige Geheimdienstchef soll die Ermordung von zwei Palästinensern angeordnet haben, die im April 1984 nach dem Überfall auf einen Bus im besetzten Gaza-Streifen festgenommen worden waren. Außerdem wurde ihm zur Last gelegt, dies vertuscht zu haben.

der Linksparteien 1981 hatten diese das Fernsehen gründlich „gesäubert“ und sämtliche Schaltstellen mit ihren eigenen Leuten besetzt.

Der derzeitige Präsident von TF 1, Herve Bourges, ein „Schützling“ von Staatspräsident Mitterrand, trägt den Spitznamen „Mohammed“, da er eine Zeitlang Berater des verstorbenen algerischen Staatspräsidenten Boumedienne war und sogar, zumindest vorübergehend, die algerische Staatsbürgerschaft angenommen hatte.

In der vergangenen Woche hatte die Regierung Chirac bereits eine andere „Bombe“ hochgehen lassen, als sie die Anfang dieses Jahres kurz vor den Parlamentswahlen von der sozialistischen Regierung erteilten Konzessionen für die beiden privaten Fernsehstationen „La Cinq“ (Die Fünf) und TV 6 wiederrief.

Die Konzession für die „Cinq“ hatte Präsident Mitterrand persönlich an ein Konsortium von zwei den Sozialisten nahestehenden französischen Industriellen, den Brüdern Seydoux, und dem italienischen „Fernsehkönig“ Silvio Berlusconi erteilt. Die „Cinq“ strahlt seither ein Programm von TV-Spielen und -meist amerikanischen - Serien aus. TV 6 war an die

Bastian wegen Nötigung verurteilt

DW, Bitburg
Zu 27 000 Mark Geldstrafe wegen Nötigung hat das Amtsgericht Bitburg den Grünen-Bundestagsabgeordneten Gert Bastian verurteilt. Mit dem nach Informationen der WELT bereits am Montag nach stürmischer Verhandlung gefällten Richterspruch wurde die Beteiligung des früheren Bundeswehr-Generals an einer Blockade-Aktion des US-Luftwaffenstützpunktes Bitburg am 3. September 1983 geahndet. Als strafverschärfend sah das Gericht das Merkmal einer „Wiederholungstat“. Bastian war bereits wegen einer früheren Blockade-Aktion in Neu-Ulm, ebenfalls im Zuge der „Friedensbewegungs“-Proteste gegen die NATO-Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen, mit einer Geldstrafe von 2 400 Mark belegt worden. Seine Verteidigung wird gegen das Bitburger Urteil Berufung einlegen.

„Wassergroschen ist Landesrecht“

Baden-Württemberg will die auf jährlich 160 Millionen Mark geschätzten Einnahmen aus dem „Wassergroschen“ nicht mit den anderen Bundesländern teilen. Das Stuttgarter Finanzministerium teilte mit, es sehe keine Rechtsgrundlage für die Einbeziehung dieser Abgabe in den Länderfinanzausgleich. Eine Gleichstellung mit der in Niedersachsen erhobenen Ölförderabgabe sei nicht möglich, da diese bundesgesetzlich geregelt sei. Die Wassergebühr beruhe aber auf Landesrecht.

Der „Wassergroschen“ soll nach dem Willen der CDU-Landesregierung ab 1987 von Verbrauchern und Industrie erhoben werden, um die Bauern für Anbaubeschränkungen in Wasserschutzgebieten zu entschädigen.

Die Partei zeigt sich bescheidener als Rau

Nürnberg SPD-Kongress soll für neuen Aufbruch sorgen

PETER PHILIPPS, Bonn
Während Kanzlerkandidat Johannes Rau an der Nordsee neue Kraft dafür tankt, vom 16. August an das Streben der SPD nach der absoluten Mehrheit wieder verkünden zu können, geben sich seine Mitstreiter aus der Parteiführung weiterhin sehr viel bescheidener. Auf die Bemerkung von Willy Brandt, daß 43 Prozent bei der Bundestagswahl im kommenden Januar ja auch schon ein ganz „schöner Erfolg“ wären, setzte ein insistierend befragter Bundesgeschäftsführer Peter Glotz die Worte: „Natürlich halte auch er eine absolute Mehrheit weiterhin für erreichbar, dies bleibe das Ziel. Aber keiner kann ausschließen, daß das nicht gelingt.“ Wenn die SPD „nur stärkste Partei“ würde, wäre dies auch ganz schön und „kein Grund die SPD aufzulösen“. Dann werde man immerhin „ein wichtiger Faktor in der deutschen Politik sein, als in dieser Legislaturperiode“.

Angesichts des niedersächsischen Wahlerfolgs der SPD, der allerdings nicht zum Sieg gereicht hatte, scheinen die Glotz-Worte den ein wenig verlorengangenen Schwung in der Partei zu symbolisieren. Nun soll der Bundestagswahl vom 25. bis 29. August in Nürnberg neue Aufbruchstimmung erzeugen. Dabei steht unter anderem, so Glotz, eine Rau-Rede im Zentrum, die „die Leitlinien der zweiten Phase seines Wahlkampfes deutlich machen“ und die Genossen ähnlich bewegen soll, wie die Kandidaten-Vorverkündigung im Dezember 1985 in Ahlen.

Schon 654 Anträge

Doch vor allem wird die Delegierten, die von prominenten Gastrednern wie Felipe Gonzalez und Ingvar Carlsson sowie zusätzlichen 120 Betrieben und Personalräten verstärkt werden, wohl etwas anderes schon gedruckt auf mehr als 900 Seiten vor, zahlreiche Initiativanträge werden noch hinzukommen - die Partei wird sich einmal mehr als papierverarbeitender Betrieb betätigen.

Die wenigste Zeit wird dabei die Debatte und Abstimmung über „Antrag 1“ erfordern: „Der Bundestag parteitag möge beschließen, der Bundestag parteitag bestätige den Beschluß des Parteivorstandes vom 15. Dezember 1985: Johannes Rau soll Bundeskanzler werden.“

Alle anderen Anträge aber sollen, dazu dienen, sagte Glotz, „die Auseinandersetzung mit dem Neokonservatismus des regierenden Blocks aufzunehmen“, was er hinterher wieder dahingehend relativierte, daß das „Lager-Denken für Sozialdemokraten kein Denkanlass ist“.

Anzeige gegen Kohl

Die Zielrichtung dessen, was die SPD in Nürnberg als Grundlage für die eigene, künftige Politik beschließen will, ist eindeutig: „Menschen anzusprechen, die nicht automatisch SPD wählen“, vor allem aus dem Reservoir der Union. Dabei greifen die Sozialdemokraten offensiv den Fehdehandschuh einer Diskussion über den Einfluß des Staates in der Bundesrepublik Deutschland auf.

Der Regierungskollegium wari Glotz gestern vor, statt über die anstehenden „Probleme“ über „Beziehungen“ etwa zwischen Strauß und Genscher zu sprechen. Es sei auch „bezeichnend, daß Heiner Geißler bei der Vorstellung des Wahlkampfes der Union die Außenpolitik zunächst einmal ausgelassen hat“.

Nürnberg sollte auch „der stieren zwischen Strauß und Genscher blockierten Außenpolitik neue Impulse geben, wobei im Vergleich mit der Stahhelm-Fraktion der CDU Strauß ja ein großer Außenpolitiker ist“.

Dritter Schwerpunkt des Parteitagessoll die „ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft“ werden, als „Beispiel der Lernfähigkeit“ der SPD auf dem Feld der Kernenergie. Und man werde sich mit „dem Klima der Restauration“ im Land auseinandersetzen. In diesem Zusammenhang attackierte Glotz scharf den Bundeskanzler: „Die SPD plant ein großes Forum zum Thema Erziehung, Aufklärung, Restauration. Wir wollen verhindern, daß man nach Kohl in Deutschland wieder nationalistisch und antisemitisch plappert darf, wie einem der Schnabel gewachsen ist.“

Bonn wünscht stabiles Jugoslawien

Gespräch Genschers mit Belgrader Amtskollegen / Der Balkanstaat erwartet Unterstützung bei EG

BERNT CONRAD, Dubrovnik
Im deutsch-jugoslawischen Verhältnis ist nach dem Eindruck von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher eine Atmosphäre des Vertrauens entstanden, die eine völlige Veränderung der Beziehungen innerhalb der vergangenen Jahre widerspiegelt. Genscher bekräftigte dies bei zweitägigen Konsultationen mit seinem jugoslawischen Amtskollegen Raif Dizdarevic in Dubrovnik, indem er das Interesse der Bundesrepublik an einem „in jeder Hinsicht stabilen Jugoslawien“ unterstrich und sich zur Unterstützung jugoslawischer Wünsche an die Europäische Gemeinschaft bereit erklärte.

Beide Minister waren sich darin einig, daß alles getan werden müsse, um noch vor dem Wiener KSZE-Folgetreffen zu einem erfolgreichen Abschluß der Stockholmer Verhandlungen über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) zu kommen. Das größte Defizit der Sowjetunion liege nach wie vor bei der Verifikation, betonte Genscher. Dies müßten auch die Neutralen den Russen klarmachen. In Wien sollten nach

Ansicht Bonns und Belgrads die Möglichkeiten für eine bessere Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen aufgrund von Korb 2 der KSZE-Schlussakte erörtert werden. Dazu gehöre vor allem auch die Frage der Reaktorsicherheit. Bilateral plädierte Genscher für eine verstärkte Kooperation bei der Kernenergie. Wie verlautet wollen sich deutsche Firmen an einem jugoslawischen Reaktorbauprojekt beteiligen.

Ausführlich berichtete der Bundesaußenminister über seine Gespräche in Moskau. Von jugoslawischer Seite war die Einschätzung zu hören, der sowjetische Parteichef Gorbatschow habe in seiner noch kurzen Amtszeit der Moskauer Politik nach innen und außen schon mehr Impulse gegeben, als dies in dem Jahrzehnt zuvor der Fall gewesen sei. Darum lohne es sich, die Möglichkeiten zu prüfen, die sich daraus für eine Verbesserung der Ost-West-Beziehungen ergeben könnten. Die persönliche Position Gorbatschows wird von den jugoslawischen Kommunisten als gefestigt angesehen. Mit Interesse nahm Genscher jugo-

slawische Bemühungen zur Kenntnis, die ungebundenen Mittelmeerstaaten zu einer engeren Zusammenarbeit zu bewegen. Er plädierte dafür, daß die Blockfreien-Bewegung auf ihrem bevorstehenden Gipfel in Harare den westlichen Einsatz für ein weltweites C-Waffenverbot unterstützen sollte.

Der jugoslawische Außenminister legte besonderes Gewicht auf die Wirtschaftsprobleme des eigenen Landes. Von der Bundesrepublik erwartet er Unterstützung in der EG und beim Ausgleich des bilateralen jugoslawischen Handelsdefizits. Genscher wies darauf hin, daß deutsche Unternehmen durchaus Interesse an Investitionen in Jugoslawien hätten, außen schon mehr Impulse gegeben, als dies in dem Jahrzehnt zuvor der Fall gewesen sei. Darum lohne es sich, die Möglichkeiten zu prüfen, die sich daraus für eine Verbesserung der Ost-West-Beziehungen ergeben könnten. Die persönliche Position Gorbatschows wird von den jugoslawischen Kommunisten als gefestigt angesehen. Mit Interesse nahm Genscher jugo-

Der Bundesaußenminister bekräftigte eine Einladung des Bundeskanzlers an den jugoslawischen Ministerpräsidenten zu einem Besuch in der Bundesrepublik.

Rätsel um Skizze der Terroristen

DW, Karlsruhe
Eine selbstgefertigte handschriftliche Skizze des Grundrisses eines großen Industrieunternehmens wurde am Samstag bei der Festnahme der RAF-Terroristin Hauke-Frimpong und ihrer Begleiter Hornstein und Kluth in Rüsselsheim gefunden. Nach Auffassung der Bundesanwaltschaft könnte die Skizze zur Vorbereitung eines neuen Gewaltverbrechens gedient haben. Bislang ist jedoch noch nicht klar, um welchen Betrieb es sich handelt. Nach Informationen der „Bild“-Zeitung wurden Notizbücher von Eva Sybille Hauke-Frimpong sichergestellt, die Namen und Kontaktadressen aus dem terroristischen Umfeld enthalten. Außerdem gingen daraus Beschreibungen möglicher Ziele von Terroranschlägen sowie Einzelheiten zu Plannamen von Attentaten hervor.

100 000 Mark hat das Bundeskriminalamt (BKA) demjenigen gezahlt, der Frau Hauke-Frimpong erkannt hatte. Für ihre Festnahme waren lediglich 50 000 Mark Belohnung ausgesetzt. Das BKA machte keine Angaben, wie sich die endgültige Summe zusammensetzt. Es wies jedoch darauf hin, daß jedem Informanten Vertraulichkeit zugesichert werde, auch offiziellen Angaben gab es in Polen vor der Amnestie 189 politische Häftlinge, die Opposition gibt deren Zahl mit 350 an.

Staatsanwaltschaft: Michnik freilassen

AFP, Warschau
Die polnische Generalstaatsanwaltschaft hat dem Obersten Gerichtshof zur Freilassung des Historikers und Ideologen des „Komitees für soziale Selbstverteidigung“ (KOR), Adam Michnik, aufgefordert. Die Gerichtsvorsitzende Halina Kmiec erklärte, eine entsprechende Aufforderung, die auf das Amnestiegesetz vom 22. Juli Bezug nimmt, sei eingegangen und werde noch in dieser Woche geprüft. Für den Historiker müßten „besondere Bedingungen“ geltend gemacht werden, damit er unter die von der Amnestie betroffenen Personen fällt.

Michnik war im Februar 1985 zusammen mit Bogdan Lis - einem Führer der Untergrundleitung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ - verhaftet und wegen „Leitung einer illegalen Vereinigung“ zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Bisher hatte der Oberste Gerichtshof nur eine Aufforderung zur Freilassung eines politischen Gefangenen erhalten. Michnik ist bisher mehr als dreißigmal verhaftet und verurteilt worden.

Trennung vom „Schlesier“ erwogen

dpa, Bonn
In der Führung der Landsmannschaft Schliesien wird eine Trennung von der Zeitschrift „Der Schlesier“ erwogen, die in ihrer neuesten Ausgabe einen Aufruf zur Gründung einer Vertriebenen-Partei abgedruckt hat (WELT v. 6.8.). Im September will die Landsmannschaft darüber entscheiden, ob sie künftig ein eigenes Mitteilungsblatt herausgibt.

Der Vorsitzende der schlesischen Landsmannschaft, Hupka, der zur Zeit Urlaub macht, stand zu keiner Stellungnahme zu dem Parteigründungsaufruf zur Verfügung. Die stellvertretenden Vorsitzenden der Landsmannschaft, Pawella und Lorenz, erklärten, die Gründung einer Vertriebenen-Partei sei „völlig absurd“. Der Verfasser des Gründungsaufrufs, Schilling-Werra, hat nach eigenen Angaben seit der Veröffentlichung hunderte zustimmender Anträge von Vertriebenen erhalten. Der Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen (BdV), Lackschewitz, führt solche Stimmen auf „Irritationen“ zurück, die von den bestehenden Parteien verursacht worden seien. Als Beispiele nannte er die Entscheidungen in der CDU, Burka nicht wieder als Bundestagskandidat aufzustellen und den CDU-Slogan „Weiter so, Deutschland“, der die Bundesrepublik mit Deutschland gleichsetzt.



Systral® stoppt das Brennen, kühlt die Haut.

Systral wirkt rasch und zuverlässig. Sie spüren sofort, wie die Spannung der Haut nachläßt und der Schmerz vergeht. Dabei läßt sich Systral gut auf der Haut verteilen, zieht gar ein und klebt nicht. Ist völlig reiblos und wird nach von empfindlicher Haut gut vertragen. Systral gehört einfach in jede Haus- und Reisepoche.

Systral. Millionenfach bewährt bei Sonnenbrand und Insektenstichen.

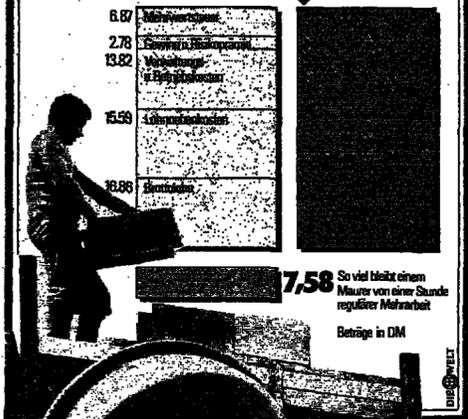
Systral Gelee und Salbe bei allergischen, juckenden Hauterkrankungen wie Urtikaria, Ekzeme, leichte Verbrennungen, Sonnenbrand, Quallverbrennungen, Insektenstiche und Frostbeulen. Nicht zur großflächigen Anwendung (z. B. Verbrennungen und Verbrühungen) bei Säuglingen und Kleinkindern. Diese gehören umgehend in ärztliche Behandlung.

سكايو الابل

Spielraum für den Schwarzarbeiterlohn

55,92 So viel muß der Kunde für eine reguläre Arbeitsstunde bezahlen

So groß ist der Spielraum für den Schwarzarbeiterlohn



Wie sehr die hohen Personalzusatzkosten die Schwarzarbeit begünstigen, zeigt eine Beispielrechnung des Bundes der Steuerzahler für einen Maurer. Während der Kunde, wenn er einen Bauunternehmer beauftragt, für eine Arbeitsstunde 55,92 Mark bezahlen muß, behält der Maurer nach Abzug von Steuern, Verwaltungskosten und Sozialabgaben 7,58 Mark für eine Stunde zusätzlicher Arbeit.

FÜR DEN ANLEGER

Devisen: Der Druck auf den Dollar setzte sich nach der kurzfristigen Erholung wieder durch. Auch das Pfund Sterling verlor mit 3,0680 (3,1210) DM in Frankfurt wieder deutlich.

Euromarkt: Eine siebenjährige Anleihe über 50 Mill. Dollar legt die National Australia Bank auf. Sie wird zu pari ausgegeben und in den ersten vier Jahren halbjährlich mit 3,5 Prozent über Libor verzinst. Für die letzten drei Jahre werden keine Zinsen gezahlt.

München: Ab heute sind folgende niederländischen Aktien in den unregulierten Freiverkehr einbezogen: Aegon N.V., Ahold N.V., Bols, Elsevier, Fokker, Gist-Brocades, Heineken N.V., Royal Nedlloyd Group und Nationale Nederlanden N.V.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 258,82 (255,32); Chemie: 147,12 (145,64); Elektro: 300,24 (299,28); Auto: 664,38(653,00); Maschinenbau: 146,88 (147,63); Versorgung: 151,43 (148,09); Banken: 400,71 (394,77); Warenhäuser: 158,83 (158,74); Bauwirtschaft: 492,54 (490,85); Konsumgüter: 172,44 (171,55); Versicherung: 1401,93 (1386,77); Stahl: 152,03 (151,53).

Nachbörse: Freundlich.

WELTWIRTSCHAFT

Nigeria: Auslandswährungen können künftig frei am Schwarzmarkt gehandelt werden, gab der Polizeibefehlshaber bekannt.

Motor: über eine Kooperation im Lkw-Bereich. Dabei sind verschiedene Projekte in Westeuropa und den USA im Gespräch. (S. 10)

Kaffee: Die niedrigeren Preise sind reine Kampffreie. Der Wettbewerb am Markt wird immer rigorosere. (S. 10)

Welttextilkommission: Nur noch mit minimalen Exportsteigerungen können die traditionellen Billig-Lieferanten aus der Dritten Welt rechnen. Die EG ist mit dem Abschluss der Verhandlungen sehr zufrieden. (S. 11)

Volvo: Der schwedische Automobilkonzern verhandelt mit General Motors über eine Kooperation im Lkw-Bereich. Dabei sind verschiedene Projekte in Westeuropa und den USA im Gespräch. (S. 10)

MÄRKTE & POLITIK

Vermögensbildung: Das Bundeskabinett hat gestern den Entwurf eines zweiten Vermögensbeteiligungsgesetzes erörtert. Die Vorlage soll im Umlaufverfahren beschlossen werden.

Mode: Die 50. Internationale Herren-Mode-Woche/Inter Jeans, Köln, wird vom 22. bis 24. August 1986 von rund 900 Ausstellern aus 30 Staaten besichtigt.

Einzelhandel: Der Konsum belebt sich kräftig. Im Juni setzten die Läden 5,1 Prozent mehr um. Im ersten Halbjahr stieg der Umsatz um 3,9 Prozent.

Versandhandel: Ein Umsatzplus von 5,6 Prozent im ersten Halbjahr 1986 registrierte der Branchenverband in einer Umfrage.

Landwirtschaft: Der Preis für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke ist 1985 im Durchschnitt um vier Prozent auf 36 864 DM pro Hektar gesunken.

Arbeitsmarkt: Immer mehr Schulentlassene besuchen vor dem Beginn einer Lehre eine berufliche Vollzeitschule, um ihre Chancen im Rennen um einen Ausbildungsplatz zu verbessern. (S. 11)

Produkt	5.8.86	4.8.86	1.7.86	1.8.85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	151,50	146,00	165,00	286,00	97,00
Normalbenzin 0,15 g Bleigehalt	-	-	139,00	265,00	88,00
Diesel (EG-Material)	127,00	95,00	104,00	226,00	84,00
Heizöl 1,0 % S	-	-	62,00	142,00	37,00
2,5 % S	54,00	45,50	51,00	139,00	28,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

der japanischen und amerikanischen Firmen in der Telekommunikation spürt das süddeutsche Unternehmen bei Kunden in Südostasien einen „psychologischen Gegendruck“, der den europäischen Herstellern zugute komme. (S. 11)

Feldmühle Nobel: Das Ergebnis wird nach Meinung der Firmenleitung die bei Börseneinführung gegebene Ertragsprognose noch übererfüllen.

BP: Mit moderaten Preiserhöhungen bei Benzin und Heizöl rechnet Vorstandschef Hellmuth Buddenberg aufgrund der Opec-Vereinbarungen, die er als tragfähig einstuft. Beschlüsse seien bei BP aber noch nicht getroffen worden.

Nestlé: Die deutsche Gruppe hat den Außer-Haus-Verpfleger Dany Club-Sandwich GmbH & Co. Vertriebs KG, Heppenheim, gekauft.

Victoria-Versicherungen: Ein deutlich schlechteres Ergebnis für 1985, vor allem aufgrund von Verlusten aus dem Rückversicherungsgeschäft, meldet die Feuerversicherung. (S. 10)

SEL: Angesichts der Übermacht

Die Industrie wird auch 1986 mehr Mitarbeiter beschäftigen

DIW: Fahrzeugbau, elektrotechnische Industrie und Maschinenbau führen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn Die Zahl der Beschäftigten in der deutschen Industrie wird in diesem Jahr weiter steigen. Nach einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) war trotz der konjunkturellen Flaute die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe im ersten Quartal um zwei Prozent höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. „Die saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigung zeigt bis zuletzt eine steigende Tendenz“, heißt es in der Untersuchung des Berliner Instituts.

Damit werden auch die Aussagen des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, vom Vortage noch einmal untermauert. Auch Franke sah den Arbeitsmarkt trotz der leichten Zunahme der Arbeitslosigkeit im Juli weiter auf „einen konjunkturellen Besserungskurs“.

Erstmals wurden von der Nürnberger Anstalt auch aktuelle gesamtwirtschaftliche Erwerbstätigenzahlen vorgelegt, die nur noch einen Monat hinter den Angaben über die Arbeitslosigkeit hinterherhinken. Danach lag im Mai und Juni die Beschäftigung um 1,1 Prozent höher als zwölf Monate zuvor. Nach der DIW-Untersuchung wird die Beschäftigung in

diesem Jahr besonders kräftig in den Investitionsgüter produzierenden Sektoren steigen. Hier würden 1986 mit Ausnahme des Stahl- und Leichtmetallbaus sowie des Schiffbaus alle Branchen ihre Beschäftigung erneut erhöhen. „Der Fahrzeugbau, die elektrotechnische Industrie und der Maschinenbau werden die meisten Neueinstellungen in diesem Jahr vornehmen“, stellt das Institut fest.

Im Grundstoff- und Produktionsgütersektor werde der Personalbestand etwa gehalten werden können. Der Personalabbau in der eisenschaffenden Industrie und der Mineralölverarbeitung werde hier durch die Entwicklung in anderen Bereichen ausgeglichen. Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe könne es erstmals wieder zu einer leichten Erhöhung des Beschäftigtenstandes kommen. Denn in einer Reihe von Branchen führe die wiedererstarke private Kaufkraft zu einer Steigerung der Produktivität.

Im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe war, so das DIW, der Beschäftigtenstand im Durchschnitt des Jahres 1985 seit langem erstmals wieder höher als im Vorjahr. Nachdem von 1980 bis 1984 etwas mehr als

800 000 Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozess ausgeschieden waren, wuchs die Zahl der Beschäftigten 1985 um 89 000 Personen oder 1,3 Prozent. Dies lag vor allem an den Neueinstellungen bei den Herstellern von Investitionsgütern. Hier lag der Beschäftigtenstand 1985 um 112 000 oder 3,2 Prozent höher als ein Jahr zuvor. In allen anderen Hauptgruppen des verarbeitenden Gewerbes wurden auch 1985 abwärts weniger Personen beschäftigt als 1984.

Der absolut stärkste Beschäftigungszuwachs wurde 1985 in der Elektrotechnik mit 45 000 Personen registriert. In der Automobilindustrie waren im Durchschnitt des vergangenen Jahres rund 24 000 Personen mehr beschäftigt. Der Maschinenbau, der größte Arbeitgeber im verarbeitenden Gewerbe in der Bundesrepublik, hat 1985 zusätzlich 20 000 Arbeitskräfte eingestellt. Er hat damit erstmals seit 1980 seinen Stand wieder aufgestockt.

In der Branche der Hersteller von Büromaschinen, ADV-Geräten und -einrichtungen hatte der traditionelle Sektor, die Herstellung von Büromaschinen, erstmals wieder einen leichten Beschäftigtenzuwachs erzielt.

Abschied vom Benzinpreis unter einer Mark

Heizölverbraucher füllen ihre Tanks auf

Bm, Bonn Die zeitliche begrenzte Einigung der Ölförderländer der Opec, ihre Produktion vom 1. September an zu drosseln, hat auch gestern den Markt für Mineralölprodukte belebt. Vor allem Benzin erfuhr in Rotterdam einen weiteren Auftrieb. Der heftige Wettbewerb in der Bundesrepublik hat bisher Preiserhöhungen verhindert. Die Ölwirtschaft weist jedoch darauf hin, daß sich der Autofahrer auf einen Abschied vom Benzinpreis unter einer Mark einrichten sollte.

Am Dienstag hatte der Benzinpreis in Rotterdam (Super) 19 Dollar je Tonne zugelegt. Am Mittwoch war dann die Aufwärtsentwicklung mit 10 Dollar etwas moderater. Der Preis lag bei 172 Mark je Tonne. Das ist seit dem Opec-Beschluß eine Preiserhöhung von 23 auf 27,5 Pfennig je Liter.

Eine viel nüchternere Entwicklung nahmen die Mitteldestillate, wie leichtes Heizöl und Diesel. In der euphorie des Opec-Beschlusses sprangen die Preise in Rotterdam am Dienstag von 95 auf 125 Dollar je Tonne. Am Mittwoch begannen die Notierungen jedoch vorsichtiger mit 120 Dollar mit leicht steigender Tendenz. Der Handel in Rotterdam: Wir warten auf die Entwicklung in den USA. Große Hoffnung macht man sich je-

doch nicht für diese Produkte, weil die Jahreszeit den Markt drosselt.

In der Bundesrepublik hat der Heizölpreis seit Dienstag um bis zu 7 Pfennig je Liter angezogen. Der Handel berichtet, daß die Verbraucher, den letzten Kubikzentimeter ihrer Tanks nachfüllen. Aber auch hier werden wegen der sehr guten Bevorratung und wegen der Witterung keine großen Preiserhöhungen erwartet.

Wie schwer es die Mineralölwirtschaft hat, die Benzinpreise zu erhöhen, zeigt die Tatsache, daß in Rotterdam die Preise seit dem Tiefstand Mitte Juli um rund 5 Pfennig je Liter angezogen haben, in der Bundesrepublik jedoch in dieser Zeit um 5,5 Pfennig gefallen sind. Das gleiche gilt auch für Diesel. In Rotterdam gelang ein Aufschlag von 6,5 Pfennig, in der Bundesrepublik fiel der Preis um 5 Pfennig. Anders bei leichtem Heizöl. Rotterdam brachte den Preis um 6,5 Pfennig voran, in der Bundesrepublik stieg er nur um 3 Pfennig.

Der Verbraucher sollte jedoch bedenken, daß die Produktpreise bis zum letzten Oprectreffen in Genf je Liter um 40 Pfennig unter den bisherigen Höchstpreisen lagen. Der Handel sieht keine Chance, diese Preiselastizität so schnell wieder wettzumachen.

Bangemann will neue Stromtarife

A. G. Bonn

Für eine Änderung der Stromtarife hat sich Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann in einem Interview mit dem Bundesverband Energie-Umwelt-Feuerungen in der Weise ausgesprochen, daß der Mehrverbrauch nicht noch mit günstigeren Tarifen belohnt werde. Das gelte auch für die Prüfung der Frage, ob Hindernisse bei der Einführung regenerativer Energien bestehen und wie sie beseitigt werden können.

Zur Zeit prüfe eine Arbeitsgruppe aus Bund und Ländern die Möglichkeiten für eine stärkere Linearisierung der Stromtarife. Der Minister wird daher erst ihr Ergebnis abwarten, bevor er sich endgültig dazu äußert. Nach Bangemanns Worten klärt auch die Elektrizitätswirtschaft selbst gegenwärtig, wie die Tarife stärker an die tatsächliche Inanspruchnahme elektrischer Leistung angepaßt werden könnten. Der Minister nimmt allerdings nicht an, daß er wegen der noch laufenden Vorarbeiten bereits zum Schluß dieser Legislaturperiode mit entsprechenden Vorschlägen aufwarten könne. Aber das Thema, wird uns weiter beschäftigen.“

Er wolle die Einführung einer Ökostromsteuer zurück. Das Ziel stärkerer Energieeinsparung, die die Bundesregierung nach Tschernobyl für besonders wichtig hält, sei auch ohne zusätzliche Steuern erreichbar. Ein schneller Ausstieg aus der Kernenergie sei nicht möglich.

Facharbeiter für Metall sind Mangelware

J. G. Düsseldorf

Spektakuläres meldet der Arbeitgeberverband Gesamtmetall, Köln, zur Arbeitsmarktlage in seinen für gut 40 Prozent aller deutschen Industrie-Produktion aufkommenden Wirtschaftszweigen. Der Facharbeitermangel, neuerdings immer häufiger von Unternehmern als Wachstumsbremse beklagt, hat da nachgerade schon schlimme Tradition. Aus einschlägiger (nur einmal im Jahr angestellter) Strukturuntersuchung der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit aus September 1985 hat der Verband herausgefunden: Bei damals 2,15 Mill. Gesamtarbeitlosen (Quote 8,7 Prozent) waren nur maximal 22 000 un- eingeschränkt vermittelbare metallindustrielle Facharbeiter ohne Arbeit. Das bedeutete eine Arbeitslosenquote von 1,7 Prozent (in Baden-Württemberg nur 0,6, in Bayern und Hessen je 1,1 Prozent), die man wegen der üblichen Fluktuation getrost als Signal für Voll- und Übervollbeschäftigung werten kann.

Im 1986 anhaltenden Konjunkturaufschwung dürfte der Facharbeitermangel eher noch wachsen sein, schätzt Gesamtmetall. Nachhaltige Abhilfe biete nur die forcierte Nachwuchsausbildung. Aber auch das mit Wermutstropfen: Im Juni 1986 hatten Industrie und Handwerk in Metallbetrieben knapp 86 000 offene Lehrstellen (plus 7,4 Prozent) für nur knapp 76 000 Bewerber (minus 2,1 Prozent) angeboten.

Nachfrage nach Baudarlehen ist stark angestiegen

A. G. Bonn

Eine starke Aufwärtstendenz bei der Wohnungsbaufinanzierung konnten die Sparkassen im zweiten Quartal dieses Jahres feststellen. Während die Neuzugänge für Wohnungsbaudarlehen noch im ersten Quartal mit rund fünf Milliarden Mark um 27 Prozent niedriger gelegen hatten als in der gleichen Vorjahreszeit, stiegen sie seit April stark an. Dadurch ergab sich bei den Sparkassen im zweiten Quartal ein Milliardenzuwachs von 6,5 Milliarden Mark, 38 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Sparkassen werten dies als Indiz für die Überwindung des Tiefpunktes im Wohnungsbau. Allerdings verlagere sich die Nachfrage nach Baudarlehen immer stärker auf die Finanzierung von Gebrauchtwohnungen sowie auf Umbau und Modernisierung. Auf diesen Bereich entfielen immerhin rund 90 Prozent des Gesamtbeitrages der im ersten Halbjahr zugesagten Sparkassendarlehen von 13,5 Milliarden Mark.

Nur 40 Prozent gingen in den Wohnungsbau und davon wiederum allein 85 Prozent in die Eigenheimfinanzierung, was verdeutlicht, daß der Mietwohnungsbau weiter darniederliegt. Bei den Hypothekenzusatzleistungen zeichnet sich die gleiche Tendenz wie bei den Zusage ab. Allerdings war der Zuwachs im zweiten Quartal wesentlich schwächer.

Der Fuchs soll wildern

Py. - „Fuchs“ und „Hase“, in den USA Newcomer Fox und Oldtimer Rabbit - da lassen sich schon originale Gedankenverbindungen schaffen. Es muß ja nicht gleich der eine Jagd auf den anderen machen, schließlich soll das Fuchschien ja im Markt der anderen wildern, unter den Hyundais, Terrels, Sentras und Horizons. Die Zielrichtung der VW-Geschäftspolitik ist klar. Man sucht und fand (hoffentlich) ein preisgünstiges und dennoch nicht primitives Einstiegsmodell für den jungen US-Käufer, der sich als College-Student noch nicht mehr leisten kann, aber nach einer Zeit der Gewöhnung und (noch besser) der Zufriedenheit nicht mehr von der VW-Palette lassen will, vom Golf

über den Passat und - gleichsam gleitend - zum Audi 80, 100 und 200.

Bei so vielen Varianten deutscher Basismodelle, die im Ausland gefertigt, unter immer neuen Phantasienamen auf fremden Märkten rollen und nie eine deutsche Straße sehen, mag sich hier manchmal der Appetit nach einem solchen „exotischen“ Modell regen. Der Fox also auch in der Bundesrepublik?

Nun hat VW schon eine außerordentlich breite Angebotspalette, die kaum nennenswerten Raum für einen Wagen unterhalb des Polos läßt - weder von wirtschaftlichen Gesichtspunkten, noch nach langem Seeweg zu einem interessanten Preis. Er ließe kaum einen Unterschied zum Polo. Die südamerikanischen Preisvorläufer wären darin. Und ob der sicher erwähnte deutsche Autofahrer sich mit einer VW-Ente anfreundet, heißt, die Frage schon verneinen.

Klein - aber Puma

Von HANNO WIEDENHAUS

Alle reden vom Sommerloch, Puma nicht. Der Kurs der jüngst emittierten Aktien des Herzensanreicher Sportartikelunternehmens stieg in den ersten beiden Tagen dieser Woche um jeweils mehr als hundert Punkte. Mit der amtlichen Notierung von 760 DM bei Mittwochschluß hat sich das Startkapital - der Ausgabekurs betrug 310 DM - für den Anleger damit innerhalb kürzester Frist mehr als verdoppelt. Ein echtes „Becker-As“.

widerspiegelt. Sicher ist aber auch, daß diese Berechnungen die spekulativen Motive der privaten Anleger nicht berücksichtigen. Doch offensichtlich sind es gerade Prestigedanken und ähnliche Überlegungen, die die zum Teil drastischen Abweichungen von den so sorgfältig ermittelten Emissionskursen der eher kleinen Firmen bewirken.

Zugegeben, mit dem erneuten Sieg in Wimbledon war der Zeitpunkt für den Gang zur Börse gut gewählt. Doch kann der Boris-

Ein anderes Bild ergibt sich, betrachtet man die Entwicklung der Kurse der großen und größten Newcomer. Die Feldmühle Nobel AG sowie der Aluminium- und Chemiekonzern Viag zum Beispiel haben Aktien im Gegenwert von 2 Mrd. DM und 766 Mill. DM auf den Markt gebracht - verglichen mit den 14 Mill. DM der Puma AG sind das Riesensummen. Die Notierungen der Papiere dieser Großunternehmen aber haben die privaten Anleger enttäuscht. Für beide Aktien rutschte der Kurs binnen kürzester Frist nach Erstnotierung unter den

Ausgabewert. Damit entsprach deren Entwicklung in etwa der Gesamtentwicklung dieses Sommers am deutschen Aktienmarkt. Flaute.

Fragt man nach einer Begründung für die unterschiedlichen Wege, die Deutschlands Neulinge in diesem Jahr gegangen sind, dann erhält man aus Börsenkreisen meist nur unbefriedigende Antworten. Die Erklärung findet sich jedoch, wenn man Art und Größe der Anleger untersucht. So wurden zum Beispiel Feldmühle-Aktien zu einem großen Teil von institutionellen Käufern aus dem In- und Ausland erworben. Derartige Anleger aber richten ihr Kaufverhalten nach gesamtwirtschaftlichen Trends und den Entwicklungen an anderen Weltbörsen. Und diese waren eben flau. Puma, Boss und andere sind jedoch für institutionelle Anleger zu klein.

Die Puma-Aktie befindet sich auf Höhenflug. Für den Neuling hat Boris Becker ein weiteres „As“ sicher verwandelt. Anscheinend bestimmen Prestigedanken und ähnliche Motive den Kursverlauf der kleineren Newcomer.

Sicher, die abwickelnden Banken bemühen sich, anhand von Kurs-Ergebnis-Zahlen, Substanzwertermittlung und anderen Verfahren, einen realistischen Ausgabekurs zu errechnen. Einen Kurs also, der den Wert und die Entwicklungsmöglichkeiten der jeweiligen Neulinge

AUF EIN WORT

„Bei Sonne, Wind, Bioenergie, Geothermie und Gezeiten wird mancher aufregt wie ein Trüffelhund. Jedoch diese Elemente können im Jahre 2000 höchstens fünf Prozent zur Energieerzeugung beitragen. Dabei sind sie umweltfreundlich, weil sie große Flächen verbrauchen und ihre Erreichung einen großen Material- und Energieaufwand erfordert. Die erneuerbaren Energien trotzdem als eine große Hilfe zu bezeichnen heißt, ein Fischauge eine Perle nennen.“



Prof. Dr. Bodo Börsner, Chef der Institute für Energie und Umwelt an der Universität Köln. FOTO WOLFF P. FRANKE

Libysche Konten in Italien eingefroren

VWD, Mailand

Libysche Einlagen bei vier italienischen Banken und einer italienisch-arabischen Bank haben Gerichte in Mailand und Rom eingefrieren lassen. Dies geht aus einem Bericht der Zeitung „Il Sole-24 Ore“ hervor.

Ein nicht genanntes italienisches Unternehmen soll einen entsprechenden Antrag gestellt haben. Es verlangt die Zahlung von zwei Handelskrediten im Volumen von insgesamt sieben Milliarden Lire. Bei der Nachrichtagentur Ansa hieß es, das Volumen der eingefrorenen Gelder sei nicht bekannt. Die Beschlagnahme gelte bis zum Frühjahr 1987, es sei denn, es wird eine Einigung zwischen beiden Parteien erzielt.

Das Volumen der langfristigen Kredite italienischer Unternehmen an Libyen wird auf rund eine Milliarde Dollar geschätzt.

Hiebe für neutralen Mitbestimmer

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Ob der Hieb auch richtig gessen hat, weiß man erst in drei Jahren, wenn der nach Montan-Mitbestimmungsgesetz rekrutierte Aufsichtsrat des „größten bayerischen Stahlproduzenten“, der oberpfälzischen Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte mbH, Sulzbach-Rosenberg, auch in der Person seines „neutralen“ Mitgliedes Ludwig Huber zu der in diesem Fall nicht gegen das Arbeitnehmervotum durchsetzbaren Neuwahl ansetzt. Der Aufsteller des Hiebes, das für Stahl zuständige und darüber in zwölf Krisenjahren zerschlagene IG-Metall-Vorstandsmitglied Rudolf Judith (61), wird vom Altenteil aus erleben, da er auf dem diesjährigen Oktober-Gewerkschaftstag nicht mehr für Amtverlängerung kandidiert.

Der wackere Gewerkschaftsmann verabschiedet sich mit Aplomb: Dem CSU-Politiker Huber, Präsident der Bayerischen Landesbank, wirft er in einem selektiv emigrierten Zeitungsmitgeteilten Brief vor, als „18 Mann“ im Maxhütte-Aufsichtsrat in zwei gravierenden Fällen seine neutrale Mittler-Funktion zu Lasten der Arbeitnehmerinteressen mißachtet zu haben. Vordergründig führt Judith dafür zwei Fälle an. Erstens habe Huber im letzten Herbst bei der von den Arbeitnehmervertretern bekämpften Stille-Nehmervotum durchsetzbaren Neuwahl ansetzt. Der Aufsteller des Hiebes, das für Stahl zuständige und darüber in zwölf Krisenjahren zerschlagene IG-Metall-Vorstandsmitglied Rudolf Judith (61), wird vom Altenteil aus erleben, da er auf dem diesjährigen Oktober-Gewerkschaftstag nicht mehr für Amtverlängerung kandidiert.

volten, bei der jungen Maxhütte-Stahl/Röhrenbetriebligung Eschweiler (gut 500 Beschäftigte) elterlich der Stahlwerk-Schließung (290 Leute) zugestimmt.

Den Hintergrund der Kontroverse, ob der Profitstahlerzeuger Maxhütte mit dem Rückzug auf 5000 (8000) Arbeitsplätze auskommt oder wesentlich mehr Plätze abgeben muß, kann freilich auch Judith nicht mit passenden Rezepten aufheilen. Sein Hinweis überdies, die öffentliche Kritik an neutralen Mann sei in vier Jahrzehnten Montanmitbestimmung beispieldlos, verkleistert die Historie. Kontroversen in paritätischen Montan-Aufsichtsräten hat es hinter den Türen oft gegeben. Der neutrale Mann mit seiner dann ausschlaggebenden Stimme wurde wiederholt zum bedauerlichen „Über-Unternehmer“. Der Maxhütte-Fall ist hierfür nur ein weiteres Beispiel mißglückten Mitbestimmungs-Ideals.

Wildern auf fremden Märkten Ab 1987 will VW den „Fuchs“ in den USA verkaufen

HARALD POSNY, Düsseldorf
Die Pläne für den neuen VW-Kleinwagen auf dem US-amerikanischen Markt warten seit einem Jahr auf die Realisierung, jetzt haben die VW-Mitarbeiter vor der erstaunten Weltöffentlichkeit den Namen für „den Neuen“ aus dem Hut gezogen. Er heißt Fox, wird nach deutschen Plänen in Brasilien gebaut und soll dort den heimischen, koreanischen und japanischen Konkurrenten Paroli bieten.

In Wolfsburg wurde gestern bestätigt, daß es sich beim Fox um einen Kleinwagen unterhalb des Golf handelt, einen Vierspitzer, der von den

satz von 60 000 Einheiten, wobei man nicht so ganz sicher ist, wie die potentielle Kundschaft auf das Produkt reagiert. Man setzt wohl weniger auf das Herkunftsland als auf den „guten Namen VW“ und die deutschen Baupläne. Ungewöhnlich herrscht auch über die möglichen Reaktionen der US-Mitbewerber, von denen zumindest Chrysler mit seinem Horizon ein erfolgreiches Modell präsentiert.

VW verfolgt seit langem die Politik eigenständiger Modelle in ihren wichtigen Produktionsländern, von denen keines in den deutschen Markt erblickt. Es sind oft für die ferneren Märkte von deutschen Basismodellen abgewandelte Versionen. So rollen in Mexiko Jetta und Golf unter den Namen Atlanta und Ceriba von den Bändern, der Passat heißt Corsar. In Argentinien läuft der Passat-Variant unter dem Namen Rural.

Die Fertigung der Gruppe VW do Brasil (über 40 000 Mitarbeiter) bleibt ganz überwiegend im Inland, ein kleiner Teil wird exportiert. Im 1. Halbjahr 1986 wurden einschließlich VW-Trucks 175 000 Einheiten produziert und in Brasilien verkauft, weitere 21 000 wurden exportiert, ein Passat-Großauftrag für Irak befindet sich in der Abwicklung. Normalerweise werden auch Fahrzeugteile für die derzeit jedoch völlig ausgefallene Montage in Nigeria exportiert.

Auf den deutschen Markt gelangen aus ausländischer Fertigung nur der Caddy aus Jugoslawien, der Golf aus Brüssel und das Allrad-Fahrzeug, das im österreichischen Steyr montiert wird, in die Bundesrepublik. Der im spanischen Pamplona hergestellte Polo bleibt ausschließlich auf außereuropäischen Märkten Europas.

Jeden Samstag
viele Seiten Stellenanzeigen für Fach- und Führungskräfte
DIE WELT
WIRTSCHAFTS-TAGSZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Grünes Licht für Sanierung Haushaltsdefizit in Belgien kann jetzt verringert werden

WILHELM HADLER, Brüssel
Guten Gewissens kann die belgische Regierung in die Ferien gehen. Nach monatelangen Verhandlungen ist es Wilfried Martens und seinen Ministern gelungen, das im Mai angekündigte Programm zur Sanierung der Staatsfinanzen in konkrete Entscheidungen umzusetzen.

Ziel ist die Reduzierung des Haushaltsdefizits im kommenden Jahr auf acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts; 1985 betrug es noch 11,6 Prozent. Die Sparmaßnahmen, die zum größten Teil über Sondervollmachten verwirklicht werden können, betreffen vornehmlich das Unterrichtswesen und den Bereich der staatlichen Sozialleistungen. Ihre Ankündigung hatte zu wochenlangen Streiks geführt.

In Verhandlungen mit Vertretern der betroffenen Bevölkerungsgruppen und mit den Koalitionspartnern mußte die Regierung Martens zwar einige Zugeständnisse machen, konnte ihr Konzept jedoch im wesentlichen durchsetzen. So bleibt es voraussichtlich bei den geplanten Einsparungen von knapp 200 Mrd. bfr. (rund 10 Mrd. DM) im kommenden Haushalt.

Interessant ist, daß sich erstmals auch die großen Banken und öffentlichen Finanzinstitutionen an dem Sanierungsprogramm beteiligen. Finanzminister Marc Eyskens vereinbarte mit ihnen eine Umschuldungsaktion für Staatsanleihen, die es erlaubt, eine Zinslast von 108 Mrd. bfr. (rund 5,2 Mrd. DM) weiter in die Zukunft zu schieben. Bei 39 Anleihen mit einem Zinssatz zwischen zwölf und 14 Prozent wollen die Banken sich künftig mit acht Prozent begnügen. Als Ausgleich dafür erhalten sie Schuldscheine mit einer Laufzeit von acht Jahren, die vorerst mit sieben Prozent und in den kommenden Jahren entsprechend der Marktentwicklung verzinst werden sollen.

Die betroffenen Anleihen machen ein Finanzvolumen von 1400 Mrd. bfr. aus. Die belgische Gesamtverschuldung beläuft sich auf rund 2300 Mrd. bfr. und ist mit 103 Prozent des Sozialprodukts eine der höchsten in der EG. Nach Darstellung der Regierung ermöglicht die Konsolidierungsaktion, den Haushalt in diesem Jahr um sechs Mrd. bfr., 1987 um 33 bis 36 Mrd. und im darauffolgenden Jahr um 30 bis 33 Mrd. bfr. zu entlasten. Das „Zinsopfer“ der Banken wird in den kommenden sieben Jahren auf 40 bis 45 Mrd. bfr. geschätzt, wofür die Regierung versprochen hat ihnen bis 1990 keine zusätzlichen Steuern aufzuerlegen.

Nach der Sommerpause will Martens seine Anstrengungen auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze konzentrieren. Dabei muß er davon ausgehen, daß das Wirtschaftswachstum schwach bleibt. Konjunkturbeobachter rechnen mit einer leichten Zunahme der Beschäftigten im privaten Sektor. Diese wird voraussichtlich jedoch nicht ausreichen, um den durch das Sparprogramm bewirkten Beschäftigungsrückgang im öffentlichen Dienst voll auszugleichen.

Das Erdöl spielt herausragende Rolle Der afrikanische Kontinent ist wichtiger Rohstofflieferant der deutschen Wirtschaft

SABINE SCHUCHART, Bonn
Die Diskussion um wirtschaftliche Sanktionen gegen die Republik Südafrika hat den Blick auf den Warenaustausch mit diesem für die Bundesrepublik wichtigen Handelspartner konzentriert. Aber auch insgesamt ist über die afrikanische Wirtschaft für die deutsche Wirtschaft vor allem als Rohstofflieferant von erheblicher und weiter zunehmender Bedeutung, wie die Bundesstelle für Außenhandelsinformation in Köln in einer Statistik der Ein- und Ausfuhrströme deutlich macht.

Eine besondere Rolle spielt das Öl: Allein knapp 42 Prozent der deutschen Rohstoffe wurden im letzten Jahr aus Afrika geliefert. 1984 waren es erst 36,3 Prozent, 1982 sogar nur 34,6 Prozent. Bei Kupfer und bei Manganzinn lag der afrikanische Anteil an den deutschen Importen bei 32,5 (1984: 29,4) Prozent und bei 52,5 (70,3) Prozent. An Bauxit bezog die Bundesrepublik 1985 49,5 Prozent aus Afrika. Die Abhängigkeit von den afrikanischen Staaten erreichte bei Kobalt (roh) sogar 74,6 Prozent, bei Tropenbläsern 90 Prozent und bei Kakaobohnen 70,3 Prozent.

Südafrika, das nach den Ölförder-

staaten Nigeria, Libyen und Algerien an vierter Stelle der deutschen Lieferanten in Afrika steht, belegt weltweit im Rohstoffhandel mit der Bundesrepublik vielfach die ersten Plätze. So war die Republik 1985 wichtigster Welt-Lieferant der deutschen Wirtschaft bei Manganzinn, Chromzinn und Kobalt (roh). Auch bei Rohphosphaten und Natururanverbindungen (jeweils Platz zwei in der Welt Rangfolge), Kupfer, Bleierzinn und unraffiniertem Platin (jeweils Platz drei) sowie bei unraffiniertem Gold, Asbestgestein und Diamanten spielt Südafrika eine herausragende Rolle.

Allein rund zwei Drittel der deutschen Einfuhren aus Afrika entfallen auf 18 mineralische Rohstoffe. Das bedeutendste Erzeugnis darunter ist mit Abstand Rohöl, das 1985 57,9 Prozent der Importe der Bundesrepublik aus Afrika ausmachte. Insgesamt sind die deutschen Einfuhren aus dem Kontinent zwischen 1981 und 1985 von 25,6 auf 28,8 Mrd. DM gestiegen. Sie konnten damit ihren Anteil an den Gesamtimporten der Bundesrepublik auf 6,2 Prozent hochschaukeln; allerdings wurde 1974 schon einmal die Rekordmarke von neun Prozent erreicht.

Während die afrikanischen Einfuhren in die Bundesrepublik angezogen haben, sind die Ausfuhren dorthin zwischen 1981 und 1985 um 18,4 Prozent auf 20,4 Mrd. DM zurückgegangen. Den Löwenanteil stellten im vergangenen Jahr mit einem Anteil von 55,7 Prozent Maschinen und Fahrzeugen, die im Wert von rund 11 Mrd. DM exportiert wurden. Allein auf Maschinen entfielen 35,8 Prozent. Auch die deutsche Chemie findet auf dem afrikanischen Kontinent wichtige Abnehmer: chemische Erzeugnisse - darunter Kunststoffe, Zellulose und Kunstharze, pharmazeutische Erzeugnisse, Farb- und Gerbstoffe - im Wert von rund 2,4 Mrd. DM wurden 1985 dorthin geliefert. Dahinter folgten Eisen und Stahl, Metallwaren sowie Textilierzeugnisse.

Wichtigstes Abnehmerland der deutschen Wirtschaft ist nach wie vor Südafrika, das im letzten Jahr ein Viertel der Warenlieferungen im Wert von rund 5 Mrd. DM aufnahm. Es folgten Ägypten (15,5 Prozent), Algerien (14,2 Prozent), Nigeria (9,3 Prozent) und Libyen (7,5 Prozent). Insgesamt flossen rund 90 Prozent der deutschen Ausfuhren nach Afrika in nur 15 Länder.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Besser verdient

Frankfurt (Wb.) - Die Hessische Landesbank-Girozentrale (Helaba), Frankfurt, hat ihr Betriebsergebnis im ersten Halbjahr 1986 um 10 Prozent auf 195 (177) Mill. DM erhöht. Die Steigerung stammt vor allem aus dem Eigenhandel, während das Teilergebnis bei einem Zinsüberschuß von 282 (275) Mill. DM und einem Provisionsüberschuß von 40 (36) Mill. DM nur geringfügig zunahm. Das Geschäftsvolumen erhöhte sich um knapp 3 Prozent auf 71 (69) Mrd. DM.

Neue Struktur

München (VWD) - Um die „Kontinuität“ der Unternehmenspolitik sicherzustellen, führt der Münchner Bau- und Brauunternehmer Josef Schörguber seinen Sohn Stefan in seine Geschäfte ein. Dafür sei ein „kollegiales Führungsinstrument“ für den Konzern eingerichtet worden, dem unter Führung von Schörguber sen. die Chefs der maßgeblichen Beteiligungsgesellschaften angehören, teilte die Schörguber-Gruppe mit. Stefan Schörguber übernehme hier den Bereich Touristik (Arabella-Hotels, Bergbahnen). Der Jahresumsatz der Schörguber-Gruppe wurde 1984 auf 2 Mrd. DM geschätzt.

Starkes Neugeschäft

Frankfurt (Wb.) - Die Deutsche Bank-Tochter Frankfurter Hypothekbank AG hat im ersten Halbjahr vor Trend zum längerfristigen Festzins-Kredit profitiert. Ihr Volumen neu zugesagter Darlehen nahm um rund die Hälfte auf 1,98 (1,32) Mrd. DM zu. Davon entfielen 1,09 (0,79) Mrd. DM auf Hypotheken und 894 (532) Mill. DM auf Kommunaldarlehen. Das Teilergebnis ergab ein vier Prozent auf 87 (91) Mill. DM zurück.

Rekord bei barem Geld

Frankfurt (dpa/VWD) - Der Bargeldumsatz in der Bundesrepublik

Staatliche Ölläger sind gewachsen

J. Sch. Paris
Der nach den jüngsten Beschlüssen der Opec zur Produktionsdrosselung erfolgte Ölpreisanstieg könnte den Mineralölverbrauch der westlichen Industriestaaten zusätzlich dämpfen. Allerdings müsse erst einmal die weitere Entwicklung der Preise am Weltmarkt abgewartet werden. Diese Auffassung vertritt die Internationale Energie-Agentur in Paris. Die IEA bleibt grundsätzlich bei den Voraussagen des jüngsten von den Genfer Beschlüssen erstellten Ölmarktberichts. Danach wird erwartet, daß der Ölverbrauch weiter zunimmt, jedoch nicht mehr so stark wie im zweiten Quartal, in welchem er sich um vier Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit erhöht hatte.

WV nach Jordanien

Wolfsburg (dpa/vwd) - An die Polizeibehörde Jordanians hat die Volkswagen AG, Wolfsburg, 440 VW und Audi-Fahrzeuge geliefert. Sie konnte sich damit gegen starke internationale Konkurrenz durchsetzen.

RWE klagt

Essen (dpa/VWD) - Die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG klagt die nach ihrer Meinung unbilligste Kürzung der zum ersten Juli beantragten Tarifpreiserhöhung gerichtlich überprüfen lassen.

Rheinhypp

Frankfurt (dpa/VWD) - Die Rheinische Hypothekbank AG, Frankfurt, erhöht ihr Grundkapital um rund 97 Mill. DM auf 95,0 Mill. DM. Den Aktionären wird in der Zeit vom 12. bis 26. August ein Bezugsrecht im Verhältnis 10:1 zum Preis von 200 DM je Aktie angeboten. Damit bekommt die zur Commerzbank gehörende Hypothekbank 38,8 Mill. DM in die Kasse. Die jungen Aktien sind rückwirkend ab 1. Januar 1986 dividendenberechtigt. Wie das Institut weiter mitteilte, stellte sich der Kurs der Altaktie zuletzt auf 680 DM ein.

Wochenausweis

	31.7.	23.7.	30.6.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	61,1	60,7	59,4
Kredite an Banken	99,3	98,5	106,2
Wertpapiere	5,1	5,1	5,0
Bargeldumsatz	118,6	115,5	116,1
Einl. v. Banken	46,9	42,9	54,1
Einlagen v. öffentl. Haushalten	3,6	10,5	6,3

Kooperation bei Lkw geplant Mexiko senkt den Erdöllexport

WVD, Stockholm
Der schwedische Automobilkonzern Volvo verhandelt mit General Motors Corp. über eine Kooperation im Lkw-Bereich. Wie ein Sprecher des schwedischen Konzerns mitteilte, werden mehrere Projekte sowohl in den USA als auch in Westeuropa in Erwägung gezogen, die von einer Zusammenarbeit bei Produktion und Vertrieb, der Zusammenlegung von Unternehmungen bis zu bis Ankaufen reichen.

Seit der Übernahme von White Motor Corp. im Jahr 1981 ist Volvo in den USA im Lkw-Bereich vertreten. Obwohl es bei der US-Tochter an der Rentabilität mangelt, hat sich das für diesen Bereich zuständige Management für ein Verbleiben in den USA ausgesprochen. Volvo müßte zumindest eine Steigerung der Lkw-Verkäufe von jährlich 12 000 Einheiten um das Dreifache erreichen, meinte dazu David Flantz, Branchenanalytiker der Morgan Stanley and Co.

Mit einem Anteil von 38 Prozent hatte 1985 der US-Markt den größten Anteil an den Lkw-Verkäufen von Volvo. Im ersten Quartal 1986 stagnierte der Lkw-Absatz des schwedischen Produzenten allerdings, obwohl die Bestellungen aus den USA und Westeuropa anozogen.

AFP, Mexiko Stadt
Die mexikanische Regierung hat am Dienstag beschlossen, ihre Erdöl-Exporte um 10 Prozent zu senken, um zur Festigung der Preise auf dem internationalen Markt beizutragen. Wie Energieminister Alfredo del Mazo bekanntgab, werden die Ausfuhren von jetzt 1,5 Mill. Barrel täglich auf 1,35 Mill. zurückgehen.

Mit dieser Entscheidung schließt sich Mexiko dem Beschluß der Organisation Erdölexportierender Länder (Opec) an, bis Ende Oktober ihren Gesamtexport auf 16 Mill. Barrel zu reduzieren. Mexiko gehört nicht der Opec an, ist aber immer deren Beschlüssen gefolgt. Die stürzenden Erdölpreise hatten in Mexiko eine schwere wirtschaftliche Krise zur Folge. Der Mazo betonte: „Das Opfer“, das Mexiko mit der Exportdrosselung auf sich nehmen werde, lohne sich, wenn dies dazu beitragen könnte, daß die Barrel-Preise um ein bis zwei Dollar steigen.

Der Minister versicherte, daß die Senkung der Exportquote keine Auswirkungen auf den Fakt von San Jose haben werde, indem sich Mexiko und Venezuela verpflichten, die mittelamerikanischen Länder und die Karibikstaaten zu Vorzugsbedingungen mit Erdöl zu beliefern.

EG zufrieden mit Ergebnissen Welttextilabkommen gibt ärmsten Ländern den Vorzug

WILHELM HADLER, Brüssel
Recht zufrieden ist die EG-Kommission mit dem Ergänzungsprotokoll zum Welttextilabkommen. Wie der Leiter ihrer Verhandlungsdelegation, Jean-Pierre Leng, berichtete, konnte die Gemeinschaft sich in Genf in allen wesentlichen Verhandlungspunkten durchsetzen.

Sowohl für die Länder der Dritten Welt wie für die auf einen Einfuhrschutz bedachten Industriestaaten sei durch die Verlängerung des Abkommens eine sichere Grundlage für unternehmerische Entscheidungen gelegt worden. Die Unsicherheit über die künftigen Rahmenbedingungen für den Handel habe auch die parallel geführten Gespräche der EG über bilaterale Selbstbeschränkungsabkommen mit den Billigpreisländern erheblich beeinträchtigt.

Immerhin konnte die Kommission bereits 17 von 26 geplanten solchen Vereinbarungen unter Dach und Fach bringen; eine weitere soll noch an diesem Wochenende paraphiert werden. Am wichtigsten ist bislang ein „Arrangement“ mit Macau, dessen Lieferungen 1985 einen Wert von rund 317 Mill. Euro (665 Mill. DM) erreichten.

Abstrachen mit den wichtigsten Exportländern stehen freilich noch aus. Ein Fragezeichen liegt vor allem über den künftigen EG-Einfuhren aus Indien (Handelswert 1985 rund 1,5 Mrd. DM), da sich die Regierung in Neu-Delhi bisher noch nicht einmal zur Aufnahme informeller Gespräche mit Brüssel bereit erklärt hat.

Hauptlieferanten der Gemeinschaft sind außerhalb der Efta und des Mittelmeer-Präferenzraumes neben Hongkong (4,1 Mrd. DM), vor allem Südkorea (2,5 Mrd. DM) und China (1,7 Mrd. DM). Diese Länder können in den kommenden fünf Jahren nur mit marginalen Aufstockungen ihrer Quoten bei den als „sensibel“ eingestuften Produktgruppen (Baumwollgarne und -stoffe, Synthetikfasern, T-Shirts, Hemden, Blusen, Hosen und Pullover) rechnen.

Die Gemeinschaft will nämlich Importsteigerungen vornehmlich den ärmsten Entwicklungsländern zugute kommen lassen. Auch die „Schwellenländer“ haben diesem Grundsatz bei der Verlängerung des Multifaserabkommens zugestimmt; was natürlich nicht bedeutet, daß die Verhandlungen mit ihnen leicht sein werden.

Besondere Vereinbarungen sind noch mit den Mittelmeerländern (Türkei, Jugoslawien, Marokko, Tunesien) sowie mit den Ostblockstaaten (vor allem Rumänien, Ungarn und der CSSR) auszuhandeln. Alle Länder können sicher sein, daß die bisherigen Quoten nicht unterschritten werden. Da die EG für die „sensiblen“ Erzeugnisse Globalkontingente festgelegt hat, besteht bei vielen Ländern ein Interesse daran, möglichst schnell zu Vereinbarungen zu kommen.

Sowjets importierten weniger Ölpreisverfall brachte Rückschläge bei der Ausfuhr

WVD, Hamburg
Die UdSSR war in den vergangenen Monaten sehr zurückhaltend bei den Getreidebestellungen in den USA. Dies schlägt sich auch sehr deutlich bei den sowjetischen Importen aus den westlichen Industrieländern im ersten Quartal 1986 nieder. Der Rückgang der sowjetischen Einfuhren aus diesen Ländern betrug mit 4418 Mill. Rubel über zwölf Prozent gegenüber 5048 Mill. Rubel in der Vergleichszeit des Vorjahres. Diese Entwicklung ist zu einem erheblichen Teil auf die Verringerung sowjetischer Bezüge aus den USA (507 Mill. gegenüber 1005 Mill. Rubel in den drei ersten Monaten des Vorjahres, Umrechnungskurs ein Dollar = 80 Kopeken).

Die Tendenz veringertem sowjetischen Westimportes ist jedoch nach Auskunft des Instituts für Ost-Marktforschung in Hamburg nicht für das Gesamtjahr 1986 hochzurechnen. Zur Zeit wird zum Beispiel wieder über sowjetisch-amerikanische Getreidelieferungen verhandelt. Die Bundesrepublik verzeichnet als Lieferant in die UdSSR im ersten Quartal dieses Jahres mit 786 (Vorjahr: 837) Mill. Rubel einen verhältnismäßig leichten Rückgang.

Auf der Exportseite hat die UdSSR im Handelsverkehr mit den westlichen Industrieländern im ersten Quartal dieses Jahres mit 3172 Mill. nach 3339 Mill. Rubel im Vorjahr einen Rückschlag hinnehmen müssen. Nach Ansicht des Hamburger Instituts dürfte dies vor allem auf den Preisverfall beim Rohöl zurückzuführen sein. Trotz erhöhter sowjetischer Exporte konnten die Mindereinnahmen nicht wettgemacht werden. Man schätzt, daß die UdSSR insgesamt im Ölexport dieses Jahres Einnahmerückgänge in Milliardenhöhe hinnehmen muß. Bei den sowjetischen Exporten in die Bundesrepublik ist allerdings mit 862 Mill. gegenüber 773 Mill. Rubel in den ersten drei Monaten 1985 eine kräftige Zunahme eingetreten.

Victoria saniert Rückversicherungen Viele Neuzugänge sorgen für gute Bilanz - Verluste beim Feuerversicherungsgeschäft

HARALD POSNY, Düsseldorf
Mit einer Steigerung des Neugeschäfts um 28,3 Prozent hat sich die Victoria Lebensversicherung AG, Düsseldorf/Berlin, 1985 einen „Ausreißer“ - wenn auch im positiven Sinn - erlaubt. Neben tatsächlich sehr guten Neuzugängen war der Anstieg maßgeblich beeinflusst durch die nachträgliche Erfassung eines Zugangs von 230 Mill. DM Versicherungssumme aus dem Jahr 1984 zu einem Gruppenversicherungsvertrag. Das Geschäft mit Einzel-Kapitalversicherungen wuchs um 18,6 Prozent, was durch zwei automatische Anpassungen um 7,8 (vier) Prozent, von der Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenze in der Sozialversicherung abhängig war. Rückläufig war das Neugeschäft mit Vermögensbildungsversicherungen.

Die gesamte Beitragsentwicklung zeigt nur auf den ersten Blick einen Rückwärtsgang auf 1,55 (1,63) Mrd. DM. Dies resultiert aus der zweiten Bonusausschüttung der Gesellschaft in 1984. Bereinigt um diesen Effekt stieg das Beitragsvolumen um 10,5 Prozent. Vom Bruttoüberschuß von 728 (666) Mill. DM gehen 97,8 (97,8) Prozent als Zuführung zur Beitragsrückstellung sowie als Direktzugriff an die Versicherten. Aus dem Jahresüberschuß von 15,8 (14,4) Mill. DM wurden fünf (7,2) Mill. DM in die Rücklagen eingestellt. Wie im Vorjahr werden auch für 1985 18 DM je 100-DM-Aktie gezahlt.

Deutlich schlechter als in den Vorjahren schloß das Geschäftsjahr 1985 bei der Victoria Feuerversicherung AG, wobei allerdings das selbst abgeschlossene Geschäft nur in beschränktem Umfang betroffen war. Der Verlust stammt aus dem Rückversicherungsgeschäft, und zwar insbesondere aus der Haftpflichtversicherung, bei der aufgrund von Meldungen der Erstversicherer ein erheblicher Nachreservierungsbedarf erkennbar wurde. Der Verlust von 64,1 Mill. DM belastete das Ergebnis schwer.

Insgesamt buchte das übernommene Geschäft einen Verlust von 68,7 Mill. DM. Die Hauptpartnerin in diesem Geschäft, die Victoria Rück, hat bereits 1985 „massive Sanierungsmaßnahmen“ ergriffen und sich in verlustbringenden Sparten und Märkten aus wesentlichen Teilen ihres Engagements zurückgezogen, vor allem aus dem USA-Geschäft. Die Prämieneinnahmen des in Rückdeckung übernommenen Geschäfts erhöhen sich, bedingt durch eine Neuordnung der konzerninternen Rückversicherungs-Beziehungen auf 118 (80) Mill. DM.

In der Industrie-Feuerversicherung wuchsen die Beiträge spürbar, auch in der Kfz-Versicherung, Unfall und Kfz-Sparte waren mit 14,3 bzw. 23,1 Mill. DM die eigentlichen Gewinnsparten bei verdienten Prämien von 202 bzw. 130 Mill. DM. In anderen schwierigen Sparten wurde die selektive Risikoeinschätzung beibehalten.

Der Jahresüberschuß schrumpfte auf 30,2 (39,5) Mill. DM. Davon wurden 19 (20) Mill. DM den Rücklagen zugewiesen. Knapp 10 Mill. DM wurden für die 18-DM-Dividende je 100-DM-Aktie aufgewendet.

Brüssel jetzt auf Rang fünf Bedeutung als Finanzplatz hat sich ständig erhöht

WVD, Brüssel
Die Rolle Brüssels als internationaler Finanzplatz hat sich in den letzten Jahren ständig verbessert. Vom siebten Rang auf europäischer Ebene im Jahre 1979 ist Brüssel 1985 auf den fünften Rang hinter London, Paris, Luxemburg und Frankfurt, vor Amsterdam, Zürich und Mailand mit einem Marktanteil von 7,1 Prozent aufgestiegen, stellt die Brüsseler Kreditbank fest. Auf internationaler Ebene konnte sich Brüssel mit einem Anteil von 3,7 Prozent vom neunten auf den siebten Rang verbessern. International führt London vor New York, Paris, Tokio, Luxemburg und Frankfurt gemessen an den Statistiken der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) über Auslandsforderungen der Banken einschließlich derjenigen in nationaler Währung.

Zur Sicherung eines weiteren Wachstums des Brüsseler internationalen Finanzzentrums hält die Kreditbank die Beseitigung von Wachstumshemmnissen, insbesondere auf steuerlichem Gebiet, für notwendig.

Victoria Leben	1985	± %	
Versicherungsbestand (Mill. DM)	35 980	+ 6,6	
Eigenes Neugeschäft	4 282	+ 28,3	
Beitragsrückstellungen	1 835	+ 5,8	
Aufw. Verz. Fülle	616	+ 5,6	
Aufw. Verz. Fülle	12 445	+ 8,9	
Ergebnisbeitrag	941	+ 8,0	
Aufw. Z. Beitr.-Sticht.	557	+ 8,0	
Rückst. Z. Beitr.-Sticht.	1 979	+ 14,1	
1985 1984 1983			
Stornoquote *)	5,1	5,2	5,8
Verw.-Kostenqu. *)	5,8	6,5	7,1
Abst. Kostenqu. *)	37,1	45,2	37,7
Überschußquote *)	34,5	32,7	51,5

*) ohne Depots; *) netto; Durchschnittsrendite: 7,8 (7,9) Prozent; *) Rückst. Umwandlung in befr. freie Verrech. u. sonst. Verz. Abgang in % d. Anfangsbestands; *) sonst. Aufw. d. Verz. Betr. in % d. Beiträger; *) in Promille d. Einzel-Neugesch.; *) Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Kurt Leyendecker GmbH, Stolberg: Ahrensberg Hartmut Lipinski, Kaufm.; Berlin: Detlef Martin Hüsener, Diem; Nachl. d. Christian Friedrich Heimbeck, Merzenich; Freiburg: Nachl. d. Ursula Yatter, Ehrenkirchen; Gießen: Frelo Hildebrand, Kaufm.; Hamburg: Kaufm. Vertriebsges. mbH; Hamm: Horst Casack, Berglamm; Hannover: Nachl. d. Manfred Oriol, Hemmingen; Iserlohn: GSG Feuerwerkerei Go-

erke OHG, Sömmern; Gerhard Alfred Julius Goerke, Menden; Sibilla Maria Goerke geb. Roemer, Menden.
Konkurs beantragt: Lörrach: P. Birkel, Geleis; u. Tiefbau GmbH; Aachen: Konrad erlöf; Stuttgart: Alois Huber, Sindelfingen.
Vergleich beantragt: Haineln: M. Schubert OHG Möbel- u. Gütertransporte, 564 Münder; Stuttgart: Herbert Heime GmbH + Co. KG, Fellbach-Oettingen.



Gewinn ist besser als erwartet Feldmühle Nobel-Konzern mit erstem Zwischenbericht

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
 Besser als erwartet habe sich das wirtschaftliche Ergebnis entwickelt. Alle verfügbaren Indikatoren deuten auf heutiger Sicht auf eine Fortsetzung dieser positiven Geschäftsentwicklung auch im zweiten Halbjahr, so daß die bei der Börsenführung im April gegebene Ertragsprognose für 1986 übertroffen werden dürfte. Die Konzernholding Feldmühle Nobel AG, Düsseldorf, mit der die Deutsche Bank durch volle Publikumsplatzierung von 350 Mill. DM Aktienkapital zum Stückpreis von 285 DM im letzten Frühjahr die größte und zweitgrößte Kapitalerhöhung der deutschen Nachkriegsgeschichte realisierte, kündigt mit solchen Sätzen im Zwischenbericht für das erste Halbjahr 1986 an, daß die damals gebotene Prognose einer Dividende von 10 DM für 1986 vielleicht noch übertroffen wird.

Zwar ist der Konzern-Weltumsatz im ersten Halbjahr um 1,7 Prozent auf 4,72 Mrd. DM gesunken. Aber bei unverändert hohen Absatzmengen stammte das Minus nur aus zum Teil in den Verkaufspreisen wiederkehrendem Verfall von Dollarkurs und Ölpreis. Deutlichen Aufwärtstrend zeigt denn auch (wie der Ertrag) die Steigerung der Konzern-Belagschaftszahl um 1,8 Prozent auf 43 387.

Noch deutlicher ist es bei den Investitionen, die der Konzern 1986 auf 720 (576) Mill. DM bei reichlich 490 (385) Mill. DM Abschreibungen stei-

germ und mit der hohen Quote von 50 Prozent für Kapazitätserweiterungen einsetzen will. Weiter ausbauen wollen man, wachstums- und gewinnstarke Gebiete wie vor allem: Heizungs- und Klimatechnik, Flugzeugzubehör, Feinststahl, chemische Zwischenprodukte, Kunststoff-Halbzeuge und -Formteile, Selbstschreibepapier und synthetische Papiere und technische Keramik. Größte Einzelinvestition ist mit insgesamt fast 300 Mill. DM der bis Ende 1986 fertige Bau einer neuen Maschine für Selbstschreibepapier im Feldmühle-Werk Hillesheim, die mit 100 000 t Jahreskapazität die größte in Europa sein werde.

Von den drei Industriegruppen des Konzerns kam allein Euderis im ersten Halbjahr auf eine Umsatzsteigerung um 2,7 Prozent auf 1,22 Mrd. DM mit Belegschaftszunahme um 2,3 Prozent auf 16 624. Die in der Beschäftigtenzahl (plus 1,5 Prozent auf 16 379) zweitgrößte Gruppe, Dynamit Nobel, ging im Umsatz um 4,7 Prozent auf 1,79 Mrd. DM zurück. Die bislang weitaus ertragsstärkste Feldmühle steigerte die Beschäftigtenzahl um 2,3 Prozent auf 9709 und sank im Umsatz um 1,5 Prozent auf 1,69 Mrd. DM.

Mit seinen Inlandswerken erzielte der Konzern in der Berichtszeit 4,35 (4,43) Mrd. DM Umsatz mit 37,7 (38,5) Prozent Exportanteil und einer um 1,3 Prozent auf 39 811 gestiegenen Belegschaftszahl.

Vor der Lehre auf die Schulbank Immer mehr Jugendliche in „Warteschleifen“

JUTTA VOSSIEG, Bonn
 Der Lehrstellenmarkt wird sich auch durch die kommenden geburtschwachen Jahrgänge nicht entspannen, denn Jugendliche, die sich zur Zeit in Warteschleifen befinden, werden sich dann um Ausbildungsplätze bewerben. Dies ist die wichtigste Feststellung einer Studie „Wege in die berufliche Bildung“ des Bundesinstituts für berufliche Bildung (BIBB), Bonn, die in Heft 2/1986 der „Mittlungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ veröffentlicht ist. Ihr liegt eine Befragung von Jugendlichen aus fünf Bundesländern zugrunde, die 1983 und 1984 durchgeführt wurde und die als repräsentativ gelten kann.

Jeder sechste Auszubildende hat heute eine Studienberechtigung. Knapp die Hälfte der Jugendlichen hat einen mittleren Abschluss; 85 Prozent einen Hauptschul- und drei Prozent keinen Abschluss. Dabei liegt die durchschnittliche Bildung der jungen Frauen deutlich über der der männlichen Kollegen.

Am schwierigsten zu vermitteln sind Jugendliche ohne Abschluss und Abiturienten, da sie sich auf wesentlich weniger Berufe konzentrieren als das starke Mittelfeld. Dabei haben die Abiturienten ihre Mitbewerber aus vielen attraktiven Lehrberufen verdrängt. Spitzenreiter ist für sie der Industriekaufmann, ebenso wie bei den Absolventen mit mittlerer Reife. Hauptschulabgänger, die meist eine Stelle im Handwerk finden, werden am liebsten Kfz-Mechaniker, und bei den Auszubildenden ohne Abschluss steht der Beruf Hochbaufacharbeiter ganz oben auf der Wunschliste.

Viele Zwischenstationen
 Um ihre Chancen beim Wettlauf um eine Lehrstelle zu verbessern, haben 18 Prozent der Auszubildenden erfolgreich eine berufliche Vorkurschule besucht, um einen Abschluss nachzuholen oder einen höheren zu erreichen. Dabei liegen die Frauen

wieder vorn: Jede vierte hat vor der Lehre eine berufliche Schule besucht. Von den Ausbildungsanfänger 1984 hatten 42 Prozent die allgemeine Schule schon 1983 und früher verlassen, 19 Prozent schon vor zwei oder mehr Jahren. Zwischenstationen sind Wehr- und Zivildienst, Schulbesuch, Arbeitslosigkeit oder „Jobben“, eine abgebrochene Lehre oder Hochschulstudium oder sogar eine Weiterbildung. Die Bedeutung dieser Warteschleifen nimmt immer mehr zu.

Vorurteile widerlegt

Häufig verzichten die Auszubildenden auf eine Anrechnung der teilkvalifizierenden Schulzeit auf die Lehrzeit, um ihre Vermittlungschancen nicht zu vermindern oder bei drohender Arbeitslosigkeit noch etwas länger „untergebracht“ zu sein. Oft verhindern auch die Betriebe eine Anrechnung, obwohl ein volles Jahr Verkürzung gängige Praxis ist. Weibliche Azubis haben weniger Chancen auf eine Verkürzung. Dabei könnte laut BIBB die Anrechnung die betrieblichen Ausbildungskapazitäten erheblich steigern, denn ein vorhandener Ausbildungsplatz könnte schneller neu besetzt werden.

Die Vorwürfe, daß die Jugendlichen ihre Situation durch Mehrfachabschlüsse oder mangelnde Mobilität verschlechtern, entkräftet die Studie weitgehend: Nur drei Prozent der Lehrlinge haben zwei Verträge abgeschlossen, die wegen des Überhangs an Lehrstellensuchenden eigentlich kurz nach Beginn des Ausbildungsjahres besetzt werden könnten, so die BIBB-Autoren.

Mehr offene Stellen als Bewerber gibt es kaum irgendwo im Bundesgebiet, zudem wechseln bereits fünf Prozent der Azubis mit Ausbildungsbeginn den Wohnort und jeder achte nimmt Fahrzeiten über 90 Minuten täglich zum Ausbildungsbetrieb in Kauf.

Erstmals seit sieben Jahren wieder Gewinn im Ölbereich Deutsche BP erntet Früchte der Strukturmaßnahmen - Marktposition im Tankstellengeschäft wurde gut behauptet

THOMAS LINKK, Hamburg
 „Die großen Anstrengungen der letzten Jahre tragen Früchte.“ Mit diesen Worten kommentierte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen BP AG, Hellmuth Buddenberg, das Berichtsjahr 1985. Die Deutsche BP habe ihre umfassenden Strukturmaßnahmen und ihr Raffinerieanpassungsprogramm erfolgreich abgeschlossen.

Dies spiegelt sich nach den Worten Buddenbergs in einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit und gesteigerten Ertragskraft als Geschäftsbereiche wider. Mit dem Abschluß der Sanierungsmaßnahmen blieb der BP als einst größtem deutschen Rohölverarbeiter (24 Mill. Tonnen pro Jahr) nur noch eine anteilige Kapazität von 3,5 Mill. Jahrestonnen in dem Raffinerieverbund Bayern.

Sicheres Zeichen der Gesundheit ist das Ergebnis des Ölkonzerns. Das Unternehmen erzielte 1985 einen operativen Gewinn von 280 Mill. DM gegenüber 10 Mill. DM im Jahre 1984. Nach Berücksichtigung der erforderlichen Bestandsabschreibungen infolge des Rückgangs der

Rohölpreise und der Dollarschwäche sowie der Aufwendungen für das Umstrukturierungsprogramm weist die Deutsche BP Aktiengesellschaft in ihrer Konzernbilanz einen Gewinn von 34 Mill. DM (1984: 7) aus.

Im Ölbereich machte BP einen besonders großen Sprung nach vorn. Erstmals seit 1979 wurde wieder ein Gewinn erzielt. Er lag bei über 100 Mill. DM. Im Vorjahr schloß dieser Bereich noch mit 130 Mill. DM Verlust. Der Absatz im Ölbereich stieg überproportional um 4,4 Prozent auf 14,2 Mill. Tonnen. „Wir arbeiten heute um 10 Mark pro Tonne wirtschaftlicher als die Konkurrenz“, erklärte Buddenberg.

Nach den jüngsten Opec-Beschlüssen erwartet Buddenberg ein Preisniveau, „daß etwas höher als jetzt“ liegen werde, aber niedriger bleibe als das von 1985. Durch die Begrenzung der Opec-Fördermenge auf 16 Mill. Barrel (158 Liter) pro Tag sei derzeit ein ausgewogenes Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Weltölmarkt erreicht - bei einem Weltgasverbrauch von 45 Mill. Barrel und

einer Produktion der Nicht-Opec-Länder von 27 Mill. Barrel.

Wenn die Opec-Staaten die beschlossenen Mengen einhalten, erwartet der BP-Chef, daß sich das Ölpreisniveau auf dem heutigen Stand einpendelt. „Die Energiekosten werden aber in der zweiten Hälfte der 80er Jahre niedriger sein als in den ersten fünf Jahren.“

Im Handelsgeschäft verkaufte die BP Stromeyer GmbH insgesamt 7,8 Mill. Tonnen Mineralölprodukte. Im Tankstellengeschäft habe die Deutsche BP Tankstellen GmbH ihre Marktposition behauptet. Über dem Bundesdurchschnitt lag der Ölkonzern mit 11 Prozent Anstieg beim Durchschnittsabsetz von Kraftstoffen an jeder der 1666 (1984: 1730) BP und Fanal-Tankstellen. Davon boten rund 400 Stationen bleifreie Kraftstoffe an. Ende dieses Jahres sollen es über 1000 sein.

Den Gewinn im Bereich der Nicht-Öl-Aktivitäten Chemie, Kohle und Gas gab Buddenberg mit 170 Mill. DM an. Das sind 30 Mill. DM mehr als im Vorjahr. Nach Buddenberg gab es in allen Nichtölsparten „dauerhafte

Ergebnisverbesserungen“. Mit 100 Mill. DM resultierte der Finanzbedarf 1985 ausschließlich aus Investitionen.

70 Mill. wurden in der Ölsparte, 20 Mill. DM in der Chemie und 10 Mill. DM in den sonstigen Sparten investiert. Der Beschäftigungsrückgang im Konzern um 1186 Mitarbeiter auf 8859 Mitarbeiter resultierte zu einem großen Teil aus dem Ausscheiden der SCS Scientific Control Systems GmbH und deren Tochtergesellschaften aus der Deutschen BP Gruppe.

Der Aufwärtstrend beim BP hat sich auch im 1. Halbjahr 1986 fortgesetzt. Buddenberg erwartet im laufenden Geschäftsjahr ein weiter verbessertes Gesamtergebnis. Vor allem die Marktentwicklung im Ölgeschäft habe sich weiter verbessert.

Deutsche BP Konzern		
	1985	± %
Umsatz (Mill. DM)	21 858	- 6,9
AG	19 328	- 5,2
Absatz (Mill. t)	14	- 4,8
Belegschaft	8 859	- 16,8
AG	2 948	- 12,4
Jahresüberschuß	34	(7)
Investitionen	100	- 17
Abschreibungen	149	- 42

Bereichsleiter bei Daimler-Benz

nl, Stuttgart
 Im Zuge der Schaffung einer neuen Führungsstruktur bei der Daimler-Benz AG, deren Einführung vor allem durch die Übernahme von MTU, Dornier und AEG erforderlich geworden ist, wurden Bereichsleiter in den künftigen Vorstandressort-Geschäftsbereich Personentraining (zuständig Vorstandsmittglied Dr. Werner Niefer) und Geschäftsbereich Nutzfahrzeuge (zuständig Vorstandsmittglied Dr. Gerhard Liener) ernannt. Im Geschäftsbereich Pkw besteht die Bereichsleitung aus Dr. Wolfgang Peter (Entwicklung), Hermann Haug (Produktion), Dr. Adolf-Heinz Fritz (Kaufmännische Fragen) und Eberhard Herzog (Vertrieb). Im Geschäftsbereich Nutzfahrzeuge setzt sich die Bereichsleitung zusammen aus Professor Arthur Mischke (Entwicklung), Rolf Knoll (Produktion), Horst Zimmer (Kaufmännische Fragen) und Jürgen E. Schrepp (Vertrieb). Verbunden damit sind Veränderungen einiger Wechselleitungen: Heiner Troppitsch wechselt in die kaufmännische Leitung des Werks Sindelfingen. Seine Position im Werk Gaggenau übernimmt Volker Heinz. Nachfolger von Hermann Haug als technischer Leiter des Werks Untertürkheim wird Klaus-Dieter Vöhriener.

Erfolg mit Schmelzbasalt

Fy, Düsseldorf
 Die Schmelzbasaltwerk Kelenborn Mauritz GmbH & Co. KG, Kelenborn/Linz am Rhein, hat 1985 ihren Umsatz um 15 Prozent auf 40 Mill. DM gesteigert. Der Gewinn hat das angestrebte Ziel von fünf Prozent vor Steuern überschritten. Das Spezialunternehmen für industrielle Verschleißschutz erwirtschaftete diesen Umsatz mit Auskleidungen aus Schmelzbasalt, Keramik, Eisenpulver und Kunststoffwerkstoffen. Der Exportanteil betrug 46 Prozent.

Die 227 Mitarbeiter erhielten über das hausinterne Erfolgsbeteiligungssystem eine Prämie in Höhe eines zusätzlichen Monatslohns. Die positive Entwicklung des Jahres 1985 täuscht nach den Worten von Mitinhaber Worter Mauritz jedoch nicht darüber hinweg, daß im Basalt-Schmelzwerk Kurzarbeit vereinbart worden ist.

Umsatzplus bei Bopp und Reuther

dpa, WVD, Mannheim
 Erstmals nach Jahren hat die Bopp und Reuther GmbH, Mannheim, Hersteller von Armaturen und Meßgeräten, 1985 beim Umsatz zugelegt. Nach Unternehmensangaben habe aber die „äußerst unbefriedigende“ Erlössituation zu einer weiteren Abschwächung des Betriebsergebnisses und einem nicht näher bezifferten Bilanzverlust geführt. Bei einem um knapp 10 Prozent höherem Auftragsingang ist der Umsatz des Stammhauses 1985 um 6,1 Prozent auf 242 Mill. DM gestiegen. Der Gruppenumsatz erreichte 1985 rund 414 (345) Mill. DM. Als Wachstumsmotor erwies sich die Industrietechnik, die gut die Hälfte des Stammumsatzes brachte. Im Bereich Kraftwerksarmaturen einschließlich Rohrreinigung konnten die Ziele dagegen nicht erreicht werden. Die Investitionen des Unternehmens betragen 12,2 (10) Mill. DM.

NRW-Exporthäuser 1985 erfolgreich

Fy, Düsseldorf
 Die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens hat 1985 voll am deutschen Exportwachstum teilgenommen und mit Ausfuhren von 144 Mrd. DM ihren Anteil an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik bei 29,7 Prozent stabilisieren können. Nach einer Auswertung der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf liegt dieser Prozentsatz sogar über dem Beitrag des Bundeslandes zum Bruttoinlandsprodukt (29 Prozent). Gut die Hälfte der Exporte (50,5 Prozent) aus NRW geht in EG-Länder.

Weitere Schwerpunkte liegen im Ostblock und im asiatischen Raum. Das größte prozentuale Wachstum wurde im Handel mit der Volksrepublik China (plus 90 Prozent) erzielt. Besonders exportorientiert sind der Maschinenbau, der Fahrzeugbau sowie der Bereich Büromaschinen/EDV-Geräte.

Nord-Deutsche weiter ohne Dividende

py, Düsseldorf

Der inzwischen 129 Jahre alt gewordene Spezialversicherer im Transportsektor, die Hamburger Nord-Deutsche Versicherungs-AG, hat 1985 nochmals durch günstigeren Schadenverlauf auf ihr technisches Ergebnis nach Zuführung von 5,5 (5,6) Mill. DM zur Schwankungsrückstellung auf 6,9 (7,9) Mill. DM verbessert, ohne jedoch ein ausgeglichenes Ergebnis präsentieren zu können.

Dennoch kommt die Sanierung, wenn auch langsam, voran. Während das in Rückdeckung übernommene Geschäft mit einem wesentlich geringeren Verlust schloß, trat im selbst abgeschlossenen eine erhebliche Ergebnisverschlechterung allein durch die Entwicklung in der Verkehrshaftungsversicherung ein.

Wiederum konnte auch das bessere Ergebnis aus dem allgemeinen Geschäft (5,8 nach 4,5 Mill. DM) keinen Ausgleich schaffen, wenn sich auch der Jahresertrag von 3,4 auf 1 Mill. deutlich verringert hat. Nach Einrechnung des Verlustvortrags von 2,5 Mill. DM und der Entnahme von 1,4 (3,4) Mill. DM aus den freien Rücklagen wiegt der Bilanzverlust von 2,2 (2,5) Mill. DM noch schwer. Die Hauptaktionäre Münchener Rück und Württembergische Feuer müssen auf eine Dividende noch warten.

Die Gesamtergebnisseinnahmen sind 1985 um 5,6 Prozent auf 51 Mill. DM gestiegen, das direkte Geschäft nahm um 7,4 Prozent bei weiterem Rückgang des indirekten Geschäfts um 2,4 Prozent zu. Die Selbstbehaltquote stieg von 61,9 auf 63,3 Prozent.

Bruttobeitragssteigerungen in der See- und Sportboot-Kaskoversicherung standen Rückgänge im Bereich Fließkasko- und Baurisikoversicherung gegenüber. Der Schadenverlauf war in allen Kaskosparten so gut, daß die Rückversicherer, aber die Nord-Deutsche selbst auch, für eigene Rechnung mit einem Gewinn abgeschlossen. In der Warenversicherung war der Schadenverlauf bei überdurchschnittlicher Beitragssteigerung noch nicht befriedigend. Im laufenden Jahr zeigt sich bei steigendem Prämienvolumen der Schadenverlauf weiter entspannt.

SEL sieht bessere Chancen in Südostasien

Dominanz der Japaner und Amerikaner in der Telekommunikation führt zu Gegenreaktionen

WERNER NEITZEL, Singapur
 Der südostasiatische Raum, der in den letzten Jahren mit kräftigen Wachstumsschüben in seiner wirtschaftlichen Entwicklung aufwarten konnte, gilt trotz gegenwärtig infolge des Preisverfalls beim Öl und bei anderen wichtigen Rohstoffen gedrosselten Wachstumstempas nach wie vor als „interessanter Wachstumsmarkt“. Gemäß dieser Einschätzung von Helmut Lohr, Vorstandsvorsitzender der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, nimmt dieses Unternehmen insbesondere auf dem Gebiet der Nachrichtentechnik diese Region fest ins Visier. Obwohl um jenen südostasiatischen Markt schon seit längerem ein heftiger Wettbewerb entbrannt ist, liefert SEL derzeit bereits etwa 40 Prozent seines gesamten Exports im Bereich der Telekommunikation in die Staaten Südostasiens.

Von dem begonnenen Großprojekt in Malaysia für den Aufbau eines landesweiten Richtfunknetzes im Auftragswert von 550 Mill. DM erhofft sich die SEL eine Art „Signalwirkung“ für die gesamte Region. Wie bei Gesprächen anlässlich einer Informationsreise in jenen südostasiatischen Raum immer wieder anklang, habe die ausgeprägte Dominanz vor allem japanischer Anbieter (NEC, Fujitsu, Hitachi) auf dem Gebiet der Telekommunikation und amerikanischer Firmen (zusammen bis zu 80 Prozent Marktanteil) zu einem gewissen psychologischen Gegendruck bei

den Asiaten geführt, sich aus dieser Abhängigkeit zu lösen. In diesem Trend, der europäischen Anbietern wieder größere Chancen einräumt, sieht auch SEL einen wesentlichen Ansatzpunkt, seine Position in jener Gegend weiter zu verfestigen und zu festigen. Und es ist noch einiges Aufholarbeit zu leisten. Denn nachdem SEL vor etlichen Jahren beispielsweise in Thailand eine 2000 km lange Richtfunkstrecke (zur drahtlosen Übermittlung von Telefongesprächen) gebaut hatte, lief dort wenig. Wie alle europäischen Firmen konzentrierte man sich bei SEL in der Folgezeit sehr viel stärker auf die bequemer erreichbaren Märkte der EG und des in einen Bestellboom geratenen Mittleren Ostens.

Unterdessen nutzen die Japaner ihren regionalen Vorteil und rissen die Märkte Südostasiens in vielen Bereichen, sei es in der Telekommunikation oder beispielsweise auch im Automobilsektor, an sich. Neben den Angeboten moderner Technik warten und warten die Japaner bei ihrer Marktoffensive vor allem mit überaus günstigen Finanzierungsbedingungen auf. Der gestiegene Yen-Kurs und das aufgrund der Sättigungstendenzen in Europa wieder erwachte Interesse europäischer Firmen an jenen Märkten in Südostasien haben inzwischen für frischen Wettbewerbswind gesorgt.

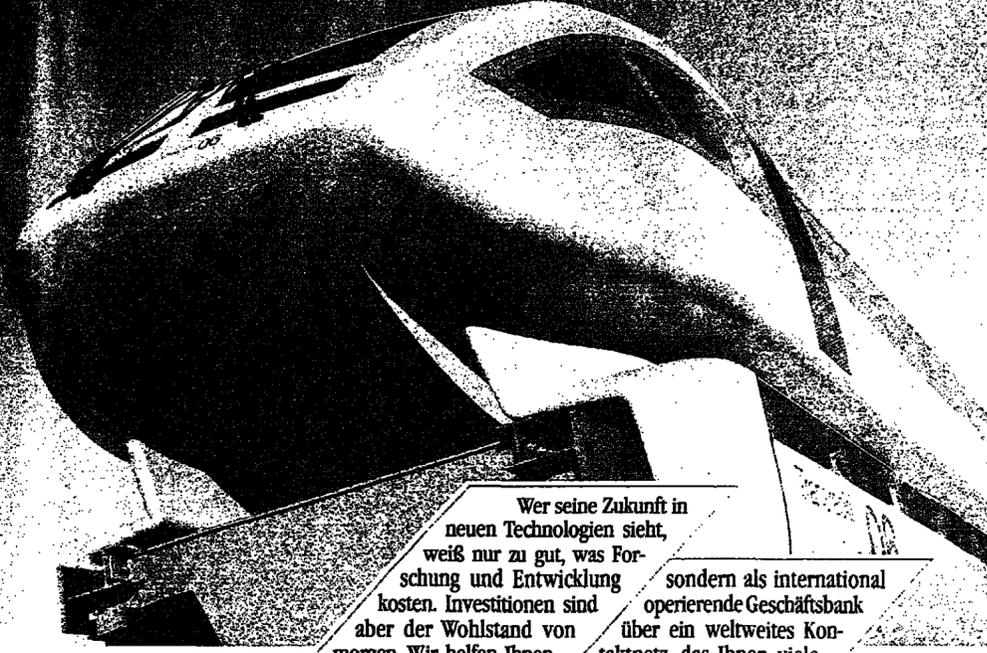
In diesem noch besser als bisher dazustehen, hofft man bei SEL nicht zuletzt durch die Zugehörigkeit zu

dem neu entstehenden Telekonzern CGEITT. Vielleicht eröffne, wie Peter Mihatsch, Direktor für das internationale Geschäft in der Telekommunikation bei SEL, diese Unternehmenskonstellation die Möglichkeit, bessere und schlagkräftigere Finanzierungsangebote zu schmieden. Hierfür komme es angesichts der verschlechterten Devisenlage in der südostasiatischen Region, die als großer Exporteur von Rohstoffen (zum Beispiel Zinn, Kautschuk, Palmöl, Erdöl) stark unter den rapide gefallenen Preisen leidet, mehr denn je an.

Zu den größeren Projekten, um die sich die SEL derzeit bewirbt, gehört auch die Erweiterung des zwischen 1960 und 1980 in Thailand aufgebauten analogen Richtfunknetzes, das für 180 Mill. DM digitalisiert werden soll. Darüber hinaus hat die thailändische Marine SEL einen Auftrag im Liefervolumen von 25 Mill. DM erteilt. Auch bemüht man sich bei SEL um einen wichtigen Auftrag aus Indonesien zur Erweiterung des Telefonnetzes.

In jener von seiner Telefondichte her noch entwicklungsbedürftigen asiatischen Region reicht freilich allein die Unternehmenspräsenz und die Marktkenntnis nicht mehr aus. So ist denn dort der Verkauf fertiger Produkte und Systeme immer weniger gefragt. Die Länder sind vielmehr an umfassenden Technologie-Transfers und Gesamtlösungen, wie auch an Kooperationen bis hin zur lokalen Produktion interessiert.

WIR FINANZIEREN DIE ZUKUNFT.



Wer seine Zukunft in neuen Technologien sieht, weiß nur zu gut, was Forschung und Entwicklung kosten. Investitionen sind aber der Wohlstand von morgen. Wir helfen Ihnen dabei mit intelligenten Finanzierungen. Sprechen Sie mit uns.

Wir verfügen nicht nur über die reichliche Erfahrung und den Background einer Staatsbank,

sondern als international operierende Geschäftsbank über ein weltweites Kontaktnetz, das Ihnen viele Türen öffnet. Mit uns gewinnen Sie nicht nur einen Partner, der schnell und unkompliziert kompetente Finanzierungs-Modelle bereitstellt, sondern auch auf anderen Gebieten Wege ebnet.

Bayerische Landesbank

In München, Nürnberg und über jede bayerische Sparkasse sowie in Bonn, Frankfurt und Luxemburg. Außenstellen in London, New York, Singapur (Niederlassungen), Johannesburg, Toronto, Wien (Repräsentanz). Sie erreichen uns auch über Btx: * 38000 #

Aktien weiter aufwärts

Puma tat einen neuen Sprung

DW. - Von der Vorbildlichkeit, in erster Linie durch Dollarschwankungen verursachten Unsicherheiten vor dem Börsenbeginn auf dem Aktienmarkt...

Frankfurt: Boss erhöht um 120 DM, Casella um 69,80 DM ein. Escada um 50 DM. Altana lag um 26 DM...

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Table with columns for Düsselort, Frankfurt, and München, listing various stocks and their prices.

Aktien-Umsätze

Table listing stock exchange turnover for various companies and sectors.

Table listing various stocks and their prices under the 'Inland' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'Inland' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'Inland' section.

Table listing various stocks and their prices under the 'Inland' section.

Grand Place, Manneken Pis, Atomium... BRUSSEL EXKLUSIV Das Herz Europas

SYLT Nordseebad Hörnum, Nähe Strandpromenade und Kurhaus.

Trim Dich durch Sport

Abonnenten-Service Attraktives Steiliges Reiseset in Luxusausführung

LINIENFLUG BERLIN-PADERBORN TEMPELHOF AIRWAYS USA

Medizin für Ihre Karriere

Medizin für Ihre Karriere (continued)

Abonnenten-Service (continued)

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Abonnenten-Service (continued) Bestellschein für WELT-Abonnenten

LANCIA. NOCH MEHR RASSE IN DER MITTELKLASSE.



DER NEUE LANCIA PRISMA.

Wer in der europäischen Mittelklasse zur Spitzenklasse gehören will, braucht Ehrgeiz, Können und Erfahrung. Alles gute Lancia-Tugenden. Und deshalb stellen wir uns ständig der Herausforderung des Marktes. Jetzt in der Mittelklasse. Wir haben beim Lancia Prisma fast jedes Detail in Frage gestellt. Und neu beantwortet. Nur eines nicht: das bewährte Grundkonzept mit klassischer Stufenheck-Karosserie, variablem Kofferraum und quer eingebauten Motoren. Fast alles andere ist neu: Die Front ist jetzt (wie beim Lancia Thema) leicht nach hinten geneigt, was zu niedrigerem Luftwiderstand führt.

Der vergrößerte Frontspoiler bietet Platz für integrierte Zusatzscheinwerfer, die hinteren Stoßflächen greifen weiter um die Karosserie herum.

Innen gibt es neue, ergonomisch geformte Sitze, neu gezeichnete Instrumente und eine Heizungs- und Lüftungsanlage mit größerem Luftdurchsatz.

Die Schaltung arbeitet leichter, Bedienungshebel und -knöpfe wurden zum Teil neu angeordnet, die Lautsprecher-Positionierung wurde akustisch verbessert, Straßenlage und Lenkung wurden durch Modifikationen am Fahrwerk weiter optimiert und darüber hinaus erhielten einige Versionen einen Lenkungsdämpfer.

Am meisten hat sich bei den Motoren getan: Das Triebwerk des Prisma 1500 erhielt einen neuen Vergaser mit Schubabschaltung, eine elektrische Gemischvorwärmung im Ansaugrohr und eine hochmoderne Kennfeld-Zündung. Es leistet 55 kW/75 PS und macht diese Variante 160 km/h schnell. Der Verbrauch konnte noch weiter auf 5,8 l/100-km bei 90 km/h, 7,7 l bei 120 km/h und 9,5 l im Stadtverkehr gesenkt werden.

Die 1,6-l-Maschine im Prisma 1600 i.e. wurde weitgehend neu konstruiert. Der Zylinderkopf

wurde um 180° gedreht. Die Auspuff-Seite liegt jetzt vorn direkt im kühlenden Fahrtwind, die neue Einspritzanlage IAW von Weber Marelli ist gegen Winterkälte auf der Hinterseite des Motors geschützt. Die Grundform des Aggregats mit zwei oberliegenden Nockenwellen blieb unverändert. Modifiziert wurde in erster

LANCIA



Linie der Zylinderkopf, die Nockenwellen, die Kolben sowie das Ansaug- und Auspuffsystem.

Die IAW-Einspritzung zeichnet sich durch die

Kombination von Zündung (mit statischer Kontrolle) und Einspritzanlage aus; beide Elemente werden von einem elektronischen Steuerelement versorgt. Der Motor leistet damit 80 kW/108 PS, das Drehmoment wurde gegenüber der Vergaserversion nochmals gesteigert und die Höchstgeschwindigkeit stieg auf 185 km/h. Ergebnis: Dieser neue 1,6-l-Einspritzmotor ist temperamentvoll und dreh-

freudig, durchzugstark und elastisch - und zudem leise und sparsam.

Der Prisma Turbo Diesel mit 59 kW/80 PS und 170 km/h Höchstgeschwindigkeit hat schon einen der modernsten Diesel-Motoren seiner Klasse. Aber selbstverständlich erhielt er sämtliche Verbesserungen an Karosserie, Interieur und Technik wie die Benzin-Versionen.

Mehr war beim besten Willen nicht zu verbessern. Überprüfen Sie es selbst. Bei einer Probefahrt.

Lancia Prisma 1500: Vierzylinder Reihenmotor mit oberliegender Nockenwelle, 1465 ccm, 55 kW/75 PS, Fünfganggetriebe, 0-100 km/h 12,1 Sek., 160 km/h.

Lancia Prisma 1600 i.e.: Vierzylinder Reihenmotor mit 2 oberliegenden Nockenwellen, IAW-Einspritzung, 1574 ccm, 80 kW/108 PS, Fünfganggetriebe, 0-100 km/h 10,0 Sek., 185 km/h.

Lancia Prisma turbo diesel: Vierzylinder Reihenmotor mit oberliegender Nockenwelle, 1911 ccm, 59 kW/80 PS, KKK-Turbo-lader und Ladeluftkühlung, Fünfganggetriebe, 0-100 km/h 12,9 Sek., 170 km/h.

Bundesanleihen

Table of German federal bonds (Bundesanleihen) with columns for maturity, interest rate, and price.

Industrieanleihen

Table of industrial bonds (Industrieanleihen) with columns for issuer, maturity, interest rate, and price.

Bundespapier

Table of German government securities (Bundespapier) with columns for maturity, interest rate, and price.

Länder - Städte

Table of state and municipal bonds (Länder - Städte) with columns for issuer, maturity, interest rate, and price.

Sonderanleihen

Table of special bonds (Sonderanleihen) with columns for issuer, maturity, interest rate, and price.

Währungsanleihen

Table of currency bonds (Währungsanleihen) with columns for issuer, maturity, interest rate, and price.

Optionsanleihen

Table of option bonds (Optionsanleihen) with columns for issuer, maturity, interest rate, and price.

Bundesbahn

Table of German railway bonds (Bundesbahn) with columns for issuer, maturity, interest rate, and price.

Renten leicht schwankend

Der Widerstand der Bonner Regierung gegen die von den USA geforderte Senkung des Diskontsatzes hat Zweifel an einer weiteren Zinssteigerung aufgeworfen. Dies führt vorläufig zu einem stärkeren Verkaufsrückgang. Mit Börsenbeginn ließ dieser jedoch wieder nach. Die Kurse öffentlicher Anleihen schwankten leicht. Insgesamt war die Tendenz jedoch beäuglicht. Ähnliches gilt für die Masse der DM-Auslandsanleihen. Bei den Pfandbriefen, die vorläufig ebenfalls unter Druck gelegen hatten, blieben die Renditen weitgehend unverändert.

Frankfurt

Table of Frankfurt market data (Frankfurt) with columns for instrument, price, and change.

DM-Auslandsanleihen

Table of DM foreign bonds (DM-Auslandsanleihen) with columns for issuer, price, and change.

Währungsanleihen

Table of currency bonds (Währungsanleihen) with columns for issuer, price, and change.

Wandelanleihen

Table of convertible bonds (Wandelanleihen) with columns for issuer, price, and change.

Düsseldorfer

Table of Düsseldorf market data (Düsseldorfer) with columns for instrument, price, and change.

Warenpreise - Termine

Table of commodity prices (Warenpreise - Termine) for various goods like wheat, oil, and metals.

Wolle, Fasern, Kautschuk

Table of wool, fibers, and rubber prices (Wolle, Fasern, Kautschuk) with columns for item, price, and change.

DM-Metalle

Table of DM metals prices (DM-Metalle) for various metals like copper, aluminum, and zinc.

Devisenmarkt

Table of foreign exchange market (Devisenmarkt) with columns for currency, rate, and change.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table of yields and prices of mortgage-backed securities (Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO).

Getreide/Getreideprodukte

Table of grain and grain products prices (Getreide/Getreideprodukte).

Öle, Fette, Tierprodukte

Table of oils, fats, and animal products prices (Öle, Fette, Tierprodukte).

Messingrohstoffe

Table of brass raw materials prices (Messingrohstoffe).

Deutsche Alu-Großlieferungen

Table of German aluminum large deliveries prices (Deutsche Alu-Großlieferungen).

Edelmetalle

Table of precious metals prices (Edelmetalle).

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures contracts prices (Energie-Terminkontrakte).

Goldmünzen

Table of gold coins prices (Goldmünzen).

Nullkupon-Anleihen (DM)

Table of zero-coupon bonds (DM) prices (Nullkupon-Anleihen (DM)).

Deutsche Bundesbank

Table of Deutsche Bundesbank data (Deutsche Bundesbank).

Getreide/Getreideprodukte

Table of grain and grain products prices (Getreide/Getreideprodukte).

Öle, Fette, Tierprodukte

Table of oils, fats, and animal products prices (Öle, Fette, Tierprodukte).

Messingrohstoffe

Table of brass raw materials prices (Messingrohstoffe).

Deutsche Alu-Großlieferungen

Table of German aluminum large deliveries prices (Deutsche Alu-Großlieferungen).

Edelmetalle

Table of precious metals prices (Edelmetalle).

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures contracts prices (Energie-Terminkontrakte).

Goldmünzen

Table of gold coins prices (Goldmünzen).

Nullkupon-Anleihen (DM)

Table of zero-coupon bonds (DM) prices (Nullkupon-Anleihen (DM)).

Deutsche Bundesbank

Table of Deutsche Bundesbank data (Deutsche Bundesbank).

Getreide/Getreideprodukte

Table of grain and grain products prices (Getreide/Getreideprodukte).

Öle, Fette, Tierprodukte

Table of oils, fats, and animal products prices (Öle, Fette, Tierprodukte).

Messingrohstoffe

Table of brass raw materials prices (Messingrohstoffe).

Deutsche Alu-Großlieferungen

Table of German aluminum large deliveries prices (Deutsche Alu-Großlieferungen).

Edelmetalle

Table of precious metals prices (Edelmetalle).

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures contracts prices (Energie-Terminkontrakte).

Goldmünzen

Table of gold coins prices (Goldmünzen).

Nullkupon-Anleihen (DM)

Table of zero-coupon bonds (DM) prices (Nullkupon-Anleihen (DM)).

Deutsche Bundesbank

Table of Deutsche Bundesbank data (Deutsche Bundesbank).

Getreide/Getreideprodukte

Table of grain and grain products prices (Getreide/Getreideprodukte).

Öle, Fette, Tierprodukte

Table of oils, fats, and animal products prices (Öle, Fette, Tierprodukte).

Messingrohstoffe

Table of brass raw materials prices (Messingrohstoffe).

Deutsche Alu-Großlieferungen

Table of German aluminum large deliveries prices (Deutsche Alu-Großlieferungen).

Edelmetalle

Table of precious metals prices (Edelmetalle).

Energie-Terminkontrakte

Table of energy futures contracts prices (Energie-Terminkontrakte).

Goldmünzen

Table of gold coins prices (Goldmünzen).

Nullkupon-Anleihen (DM)

Table of zero-coupon bonds (DM) prices (Nullkupon-Anleihen (DM)).

Deutsche Bundesbank

Table of Deutsche Bundesbank data (Deutsche Bundesbank).

Berndt Thamm zur Kulturgeschichte des Kokain

Der Schnee von morgen

Die Inkas errichteten mit ihrer Hilfe ein Imperium, die Russen ertrugen mit ihr den Ersten Weltkrieg...

Neben dem Umstand, daß man Kokain als „Refreshment“ auf einer Party konsumieren kann, ohne aus dem Rahmen zu fallen, macht(e) den „Schnee“ vor allem sein exklusiver Preis für Wohlbetuchte interessant.

Die lange Linie des Kokain hat der Journalist und Sozialarbeiter Berndt Georg Thamm nachgezeichnet.



Thamm legt erschreckende Zahlen vor: In den USA schätzt man, daß einer halben Million Heroinabhängiger schon fünf Millionen regelmäßige und 15 bis 20 Millionen gelegentliche Kokainverbraucher gegenüberstehen.

Emotionslos beschreibt der Autor die Karriere des „Weißen Riesen“, weist ihr ihren Platz zu in der Geschichte der menschlichen Zivilisation.

Die Kokain-Ströme der Gegenwart, von den Campesinos der Anden über die „Coca war lords“ mit ihren Privatarmeen bis hin zur Sisyphus-Arbeit der DEA (Drug Enforcement Administration)...

BERTHOLD SEEWALD Berndt Georg Thamm: „Andenschnee - die lange Linie des Kokain“. Sphix-Verlag, Basel 1986, 269 S., 34 Mark



Ein Sammler, der seine Verlobten verläßt: „Die Begegnung des hl. Rochus mit Gothardus“, Tafelbild eines unbekanntes florentinischen Meisters in der Münchner Ausstellung

Kostbarkeiten der Sammlung Fritz Thyssen im Bayerischen Nationalmuseum

Ein Schluck aus dem goldenen Hirsch

Ungewöhnlich sieht man sich im Obergeschoß des Bayerischen Nationalmuseums in München gegenüber. Da sitzen auf einem Gemälde von Jacob Gerritsz. Cuyt Zwillinge, „Etatis 33 wecken“, in ihren Kinderstühlen, angezogen wie die erwachsenen Holländerinnen des frühen siebzehnten Jahrhunderts.

Und rechts und links daneben in ovalen Feldern Theaterzuschauer, während die Musiker mit den Seitenflächen vorlieb nehmen müssen. Für diese Intarsien, die meist nach Entwürfen von Januarius Zick entstanden, war die Roentgen-Werkstatt in Neuwied berühmt, genauso wie für die Mechanik der Möbel, die Praktisches oder Spielwerke verfertigte.

Das zu der Sammlung gehören mehrere Madonnenskulpturen, darunter eine spätgotische, schöne Madonna von Anfang des 15. Jahrhunderts, aus Kalkstein, aber von einer Zartheit, als sei sie aus Holz geschnitten, oder eine Madonna auf der Mondsichel von Tilman Riemenschneider.

Oder man sieht in einer Vitrine einen goldenen Hirsch, auf dem im Damensitz Diana reitet, zu Füßen eine kleine Dreifaltigkeit. Im dicken Sockel dieser Augsburger Silberarbeit von Jacob I. Müller (um 1618) verbirgt sich ein Automat.

Immer handelt es sich um fein ziselierter Tiere, Zule, Eber, Hirsch oder Bär, deren Kopf abgenommen und als Becher benutzt werden konnte. Dann gibt es herrliche frühe Meißner Porzellanfiguren von Kändler, oft ebenfalls mit Szenen der italienischen Komödie, oder ein 24teiliges Kaffeeservice mit sogenannten „Bauteilendekor“, also kleinen Kampfszenen, zwischen Europäern und Türken, natürlich auf jedem Stück an-

Es kann der Reinste nicht in Ruhe atmen...

Glaubenskrieg verschärft

Längst vorbei sind die Zeiten, da ein Staatsmann wie Churchill seine David-Goliath-Zigarre zu seinem Wahrzeichen machen konnte.

Die Tabakindustrie mit 25 000 Beschäftigten muß Verluste hinnehmen. 3,7 Prozent wurde im 1. Quartal dieses Jahres - im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum - weniger geraucht.

Qualm zur Wehr. In vielen Restaurants ist die Nichtrauchererlaubnis selbstverständlich, die großen Hotels bieten „Non Smoking-Zimmer“ an und freuen sich um eine Auslastung von 90 Prozent.

In der Dokumentation „Zug um Zug“ stellt der Autor Claus Bienenfiedl Gegner und Befürworter vor. Erwa eine Frau, die ihren rauchenden Freund verlassen hat, weil sie ihn buchstäblich nicht mehr riechen konnte.

Wann Oma zeigen kann, was sie weiß

Risiko - Musik schwilt an, Scheinwerfer blenden auf die Kandidaten im „großen Preis“, die einen Begriff und eine Zahl auf der Rätselwand aufgerufen haben, stehen wieder vor der Frage: Was wollen sie wagen, wieviel Geld riskieren?

dann die Fragen dazu. Dabei meint er, es gehe nicht nur um Allgemeinwissen - ihm zumindest gehe es vor allem um den Unterhaltungswert.

Während die Fragen zu den Wissensgebieten der Kandidaten von Experten ausgearbeitet werden, führt der ehemalige Schauspieler Rödel die Rätselwand. In seinem Kopf wird die Stein für Stein zusammengewürfelt.

Wenn Rödel Fragen und Antworten formuliert hat, geht es ans Illustrieren. Ihm hilft es, daß er schon zu Zeiten Peter Frankenfelds im ZDF-Quiz-Ressort gearbeitet hat, und so bestens über das Archiv des Senders Bescheid weiß.

Preisgekürzte Hörspiele über das Sterben im WDR

Nichtseßhaft im Tode

Übungsstück für eine Schauspielerschülerin“ nennt der junge Autor Florian Felix Weh sein erstes Hörspiel „Massbach“ (heute, WDR 1, 20 Uhr), das beim Treffen der nordrhein-westfälischen Autoren 1985 in Düsseldorf szenisch gelesen und mit dem 1. Preis bedacht wurde.

det wird. Auch hier geht es um den Tod. Autor Hans-Peter Karrs Held, der junge Berthold, will niemandem mit seinem endgültigen Abschied Ungelegenheiten bereiten.

Das Hörspiel spiegelt die Vielfalt schauspielerischer Ausdrucksformen im absurden Detail wider und ist eine beißende Kritik am Menschen, der blind und unerlöst ins Verderben tobt.

Auch hier sind die Mitmenschen nicht Mitleidende, winkt am Ende kein Erbarmen. „Schwester, machen Sie doch schneller! Wenn er bei Bewusstsein wäre, könnte man nach seinem Namen fragen und nach seiner Versicherung“, sagt der Notarzt zum Schluß.

KRITIK

Volksfront?

In der Kontraste-Redaktion sitzen 14 gute Journalisten. Dies hat die Tatsache verdeutlicht, daß dieses Team die Nase vorn hatte bei der Entzauberung des angeblichen geflüchteten „Puppenspielers“.

Die Kontraste-Redaktion sitzen 14 gute Journalisten. Dies hat die Tatsache verdeutlicht, daß dieses Team die Nase vorn hatte bei der Entzauberung des angeblichen geflüchteten „Puppenspielers“.

Wenn der große Wim dann das Studio betritt, erhält er einen Plan, der ihn über alle Fragen und Antworten in Kenntnis setzt. Was heute gefragt wird? Rödel: „Wir sollten den WELT-Lesern nicht die Spannung nehmen.“

Noch schlimmer war der Bericht über die SPD. Was hier an Polemik zusammengetragen wurde, bot ein Zerbröckel. Da wurde der Eindruck erweckt, als ob die Volksfront vor der Tür stehe, die die SPD-Spitze aus Trümmern und Liebedienern vor Kommunisten bestche.

Scherze inbegriffen: Glenn Miller in Neuauflagen

Stramme Jungs aus USA

Deutsche Soldaten - hier spricht „Ise“. So begrüßte in den letzten Kriegsmonaten eine junge deutsche Frau von London aus Radiohörer, die es wagten, ihren Volksempfänger auf die Welle der ABSIE (American Broadcasting Station in Europe) oder der BBC einzustellen.

„Glenn Miller Army Air Force Band“ (RCA RJ-2723/27 TIS), die 75 Aufnahmen dieses Orchesters enthält. Das ist eine durchaus repräsentative Auswahl in hervorragender Klangqualität.

Den im Juni war der Soft-Swing-König Glenn Miller mit 52 Musikern nach England gekommen, um die amerikanischen Soldaten moralisch zu stärken.

Damit gibt es ein weiteres Kraftpaket in Sachen Swing-Renaissance. Angesichts der amerikanischen Musikpropaganda wird sicherlich der Wunsch wieder wach werden, nun auch das kennenzulernen, was der anderen Seite dazu einfiel.

Die Sendungen wurden im Studio von „His Masters Voice“ vorproduziert und blieben auf speziellen Schallplatten erhalten. Jetzt legen die JASMIN-Records in ihrer Reihe mit Glenn-Miller-Live-Aufnahmen die erste LP mit zwei dieser deutsch-englischsprachigen Propaganda-Broadcasts vor (JASM 2504-TIS).

Das Propaganda-Ministerium hatte hierfür Tanzmusiker angeheuert, die als „Charlie und his Orchestra“ (dahinter steckte niemand anders als Lutz Templin) musizierten.

Das sind nun nicht nur historische Tondokumente ersten Ranges, sondern auch nostalgische Leckerbissen für diejenigen, die damals so mit Glenn Miller in Berührung kamen.

Über die Veröffentlichung dieser wohl nicht nur heute allem ammutenden Liedchen zu meist bekannten englischen oder amerikanischen Schleglern sowie die vom selben Orchester eingespielten Stücke ohne Propagandatext wurde in Deutschland verboten. Das führt nun dazu, daß sich die Sammler von frühen deutschen Swing-Veruchen (darunter waren immerhin Leute wie Willy Berking, Freddie Brockstetter, Detlef Lais u.a.) an obscure ausländische Propaganda wenden - die sich auf nationalsozialistische Besonderlichkeiten spezialisiert haben.

ARD ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM table with columns for ARD and ZDF programs and times.

3SAT table with columns for 3SAT programs and times.

Fehlt der Schlüssel?

M. v. Z. - Mit unverhohlener Ironie berichtet Montanellis „Giornale“ über das Projekt eines deutschen Reisebüros zur 200-Jahr-Feier von Goethes Aufbruch nach Italien...

Als erste „selten zitierte und doch höchst erwähnenswerte Anekdote“ wird geschildert, wie Goethe, der unter dem Pseudonym „Phillip Moeller, pittore tedesco“...

Dazu meint das „Giornale“: „Dies war Goethes erster Dialog mit einem Italiener, seine erste direkte Erfahrung mit dem Leben hierzulande.“

Der Pseudo-Goethe, so schließt der Bericht, doch nicht strikt an den Goethe-Text halten. Nur nicht bei der Stelle mit dem fehlenden Schlüssel...

Wer sind, was tun und was verdienen eigentlich „musikalische Arrangeure“? Mönche taten's mit Chorälen

Preisfrage: Was ist ein Arrangeur? Jemand, der Blumen zum Bouquet bindet? Der ein Rendezvous oder silberne Hochzeit anberaumt...

Weil die Vermutung immer noch falsch ist, fühlen sich die Leute, die damit ihr Geld verdienen, Einfälle anderer auf die erfolgversprechende Tagelohnform zu bringen...

Das Wort „Arrangeur“ kam als musikpraktischer Begriff aus Frankreich, später auch aus den USA in den deutschen Sprachraum.

Die „Vereinigung Deutscher Musik-Bearbeiter“ stellt in einem von dem Hamburger Arrangeur Lem Arcon verantworteten Manifest klar: Das Arrangeur oder die Musikbearbeitung ist „eine nach musikalischen Vorlagen tonsetzerisch geschaffene Arbeit...“

Arrangeure möchten nicht länger als Komponisten zweiter Wahl gelten. Um den Ruch des Zweitklassigen zu verschleppen, weist Lem Arcon gern darauf hin...

einen Unterschied zwischen dem Melodie-Erfinder (der meist in Anonymität versank) und dem Kontrapunktiker. Letzterer war der „componista“, der zusammensetzende Bearbeiter.

Unzählige sind die Beispiele bearbeiteter Vorlagen bis hin zu Johann Sebastian Bach, ohne daß der Vorwurf des Plagiats aufkam.

Etwa 85 Prozent der heute produzierten populären Musik lebt von der Hand des Bearbeiters. „Von 1970 bis 1985 sind hierzulande über 170 000 Arrangements geschaffen und auf Tonträger aufgenommen worden.“

Kein Geld für verkaufte (gesendete) Schallplatten, zusätzlich mit dem ausschließlichen Begriff „unwesentlich“ bedroht - eine Minderheit, die dank des Populärmusik-Booms...

gesendet. Gleichzeitig werden 100 000 und mehr Schallplatten gepresst. Das Druck-Arrangement wird an den Sendungen und Veröffentlichungen beteiligt...

Die Sound-Kulis der Tonträger-Industrie, denen die gewaltigen Umsätze hauptsächlich zu verdanken sind, gehen leer aus.

Das Urheberrechtsgesetz billigt dem Bearbeiter einen Schutz zu, der dem Schutz des bearbeiteten Werkes gleichkommt. Dieser Paragraph drei erhielt am 24. Juni 1985 eine Einschränkung...

Doch wie das so ist: Wer am Napf sitzt, verteidigt seinen Platz gegen die Futterneid und Hungergeier. Vielleicht muß man zuerst die romantische Glorie des Originalgenies entzaubern...

Lem Arcon: „Ein Erfolgsstück wird heute 500 bis 1000mal im Jahr gesendet.“



Landschaftsmalerei vom Feinsten in Baden-Baden Wenn Wetter aufziehen

Drei Jahre bleibt das Von-der-Heydt-Museum in Wuppertal geschlossen, ein grundlegender Umbau und nicht länger aufzuschieben. Damit die Bilder nicht im Depot verschwinden...

Die mittelalterliche Malerei kannte keine „Landschaft“. Was wir in spätmittelalterlichen Bildern an landschaftlichen Zügen entdecken, kann höchstens „Begleitlandschaft“ (Pinder) genannt werden...

„Landschaft“ um ihrer selbst willen wird erst im Jahrhundert später, bei den großen Niederländern, gesehen und fürs Bild entdeckt.

Als Beispiele seien vor allem Johann Erdmann Hummels „Park von Schloß Buch“, Carl Blechens „Kloster Santa Scholastika“...

ist es jetzt vor allem Italien, dessen Länder und Küsten sich die Augen zuwenden, die schließlich übertragen werden in ideale, erträumte Landschaften wie bei Gottlob Friedrich Steinkopf.

Die Wege und Vorstellungen der Maler (denn noch handelt es sich keineswegs um bloße naturalistische Abschilderungen) verzweigen sich in vielfältiger Weise.

Aber die Fülle des Bemerkenswerten führt zur bloßen Aufzählung. Die Beziehungen der Bilder untereinander bringen den Betrachter zu ganz anderen, vergleichenden Überlegungen...

Neben malerischen Herrlichkeiten wie den Landschaften von Renoir oder dem großartigen Winterbild von Munch hängt freilich auch das eine oder andere Mißglückte, was man vielleicht gar nicht hätte ausstellen brauchen - wie der schlechte Slevogt (Annweilerlertal)...

JOURNAL

Porträts als Erinnerung und zur Repräsentation

DW Zürich Mit mehr als hundert Beispielen wird im Seemann-Kulturzentrum Pfäffikon (bei Zürich) aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens dieser privaten Einrichtung „Das Porträt im Wandel der Zeit“ vorgestellt.

Katalogverlag zu Hoffmann und Campe

DW Hamburg Die beiden Verleger Gerd Frölich und Andreas Kaufmann haben für ihren gleichnamigen Verlag und Vertrieb Konkurs angemeldet.

Ramses-Statue zieht auf Nil-Insel um

dpa, Kairo Die zehn Meter hohe Monumentalstatue von Pharao Ramses II. soll den Bahnhofplatz von Kairo verlassen und in einen anderen Stadtteil umziehen.

Jedes 3. Ausländerkind zur „höheren“ Schule

In Nordrhein-Westfalen erreichen derzeit über 75 Prozent aller ausländischen Schüler einen Schulabschluss, knapp ein Drittel davon verläßt die Schule sogar mit dem Fachhochschul- oder der Hochschulreife.

Israel feierte zwei Wochen lang sein 14. Sängerfest Amüsantes Textlernen

Chorgesang gehört in Israel, wie in vielen anderen Kulturländern, zu den populären Künsten. Bereits kurz nach der Staatsgründung, 1952, initiierte A. Z. Propes das erste internationale Chorsänger-Festival im Lande...

Reiner Zufall war es, daß sich an diesem 14. Sängerfest genau 14 Chöre, darunter zehn aus dem Ausland, beteiligten. Aus der Bundesrepublik Deutschland kamen der Jugendchor Nordrhein-Westfalen (Dirigent: Fritz ter Weij), der Oldenburger Jugendchor (Dirigent: Gerd Meyer)...

Während der zwei Wochen des Festes konzertierten fast allabendlich Gruppen von je vier Chören in den verschiedenen Städten des Landes. Außerdem arrangierte die Festleitung eine Reihe von „musical workshops“, insbesondere für jugendliche Sänger und Sängerinnen.

Den Abschluß des Festes bildete dann ein Galakonzert in Tel Aviv, bei dem die Ergebnisse dieser „workshops“ aufgeführt wurden.

Einstudiert wurden zeitgenössische Lieder israelischer Tonschöpfer wie zum Beispiel von Zwi Awni oder Jecheskel Braun.

Dabei ergaben sich oft amüsante Momente, weil deutsche Kinder hebräische Texte lernten, indes sich die Israelis erstmals deutschen Gedichten zuwandten.

Oper in Stockholm: Sehr gut bei Richard Wagner Johanna hat triumphiert

Mit der Premiere der Stockholmer Königlichen Oper von Tschaiwskys „Jeanne d'Arc“ (auch so vom Komponisten genannt, um es von Schillers Drama zu trennen) gelang eine doppelte Ehrenrettung...

In der traditionellen, außerhalb der Sowjetunion nur selten aufgeführten Version braucht das Werk mit all ihrem Zubehör à la Grande Opéra vier-einhalb Stunden.

Vor einigen Jahren traf er in London mit Galina von Meck zusammen, einer Enkelin väterlicherseits von Tschaiwskys berühmter Brieffreundin Nadeschda von Meck...

In der Sowjetunion hatte Aronowitch bereits früher Zugang zur Originalpartitur der „Jeanne d'Arc“ gehabt, voll von Anmerkungen und Kürzungen des Komponisten.

Der seit zwei Jahren amtierende Generalintendant Lars af Malmborg

hat damit seinen ersten wirklichen und wohlverdienten Erfolg. Zuvor hatte Siv Wenberg in der mehr als 20 Jahre alten „Tosca“-Inszenierung Aufsehen erregt.

Weniger gelungen war dagegen Verdis „Maskenball“, eine Neuproduktion der speziellen schwedischen Version von 1958...

Die Wagner-Freunde konnten sich während der Wintermonate an einigen kleinen „deutschen Stagnationen“ erfreuen. Das „Rheingold“ (leider auf schwedisch vorgeführt)...

Zum Saisonschluß war eigentlich die Uraufführung einer neuen schwedischen Oper vorgesehen: „Königin Christina“, mit der Musik von Hans Gefors und dem Libretto von Lars Forsell.

Zum Tode des Dichters Manfred Hausmann Weg in der Dämmerung

Wenn die Bezeichnung „Poet“ ein offizieller Titel wäre, dann man diesem oder jenem Schreiber ehrenhalber verleihen könnte - Manfred Hausmann, der jetzt 87jährig in Bremen verstarb...

Der Habitus des Poeten prägte auch Hausmanns Lebensstil. Dieser äußerlich so ordentlich-genaue Fabrikantensohn aus Kassel mit dem schmalen Langschädel brannte immer wieder durch...

Seine Lieblingsgegend war der europäische Norden, Ginster über der Marsch, tief eingeschüttete Fjorde, schwermütige Moore und Tundren.



Der nordischen Landschaft und dem Absoluten verbunden: Der Dichter Manfred Hausmann (1896-1986)

auch als Laienprediger der evangelischen Gemeinde betätigt. Viel ist über sein „Saulus-Erlebnis“, seine Begegnung mit Karl Barth, geschrieben worden...

Jede Zeile, die Manfred Hausmann schrieb, zeugt von seinem glücklichen Temperament und seiner eminenten Begabung im Umgang mit der Sprache.

Die große, liebende Gemeinde des Dichters aber wird ihn nicht zuletzt gerade dieser schöpferischen Einsicht wegen in dankbarer Erinnerung behalten.

Die große, liebende Gemeinde des Dichters aber wird ihn nicht zuletzt gerade dieser schöpferischen Einsicht wegen in dankbarer Erinnerung behalten.

